

100 Jahre Städtestatistik in Braunschweig
1905 - 2005

Titelbild:

Das Titelbild zeigt anhand der Gegenüberstellung von zwei Alterspyramiden einen zeitlichen Vergleich der prozentualen Verteilung der Bevölkerung nach Altersjahren und Geschlecht. Die zu Grunde gelegte flächenhafte Alterspyramide skizziert die Altersstruktur der Stadt Braunschweig am 1. Dez. 1905 (136.397 Einwohner), die eingeblendete Linienführung verkörpert den aktuellen Altersaufbau Braunschweigs zu Beginn des Jahres 2005 (239.921 Einwohner). In dieser Darstellungsweise kommen die demografischen Veränderungen der letzten 100 Jahre in Form einer starken Zunahme der Anteile älterer Menschen bei gleichzeitigem Rückgang des Anteils von Kindern und Jugendlichen besonders deutlich zum Ausdruck.

Impressum

Herausgeber: Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister
Referat Stadtentwicklung und Statistik, April 2005

Referatsleitung: H. Klein

Mitarbeiter: A. Beller, F. Braunschweig, A. Hantelmann, J. Hohmeier, J. Jaenke,
B. Kottwitz, R. Krieger, G. Pätzold, K. Papenfuß, H. Philipp, G. Schulenburg,
B. Wiedig, M. Zwillich

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des Herausgebers. Es ist insbesondere nicht gestattet, ohne ausdrückliche Genehmigung des Herausgebers diese Veröffentlichung oder Teile daraus für gewerbliche Zwecke zu übersetzen, zu vervielfältigen, auf Mikrofilm/-fiche zu verfilmen oder in elektronische Systeme einzuspeichern.

Hinweis:

Diese Veröffentlichung zum 100-jährigen Bestehen der Städtestatistik in Braunschweig finden Sie im Internet mit einem etwas umfangreicheren Anlagenteil unter <http://www.braunschweig.de/statistik/100jahre>.

100 Jahre Städtestatistik in Braunschweig

Inhaltsverzeichnis	Seite
Vorwort	3
Einführung	5
1. Überblick über die Amtsgeschichte 1905 – 2005 Von der Statistischen Stelle bis zum Referat Stadtentwicklung und Statistik	9
2. Das Dienstgebäude Reichsstraße 3 „Achtermannsches Haus“ von 1626	12
3. Chronologie über Aufgaben, organisatorische Veränderungen sowie wahl- und statistisch relevante Ereignisse in Stichworten	14
4. Konzeption und Inhalte statistischer Jahrbücher im Wandel der Zeit	19
5. Tabellenaufbau und Grafikgestaltung gestern und heute	37
6. Die Bevölkerungsentwicklung Braunschweigs 1905 – 2005 Von der Großstadt mit mehr als 100.000 Einwohnern zur Viertelmillionenstadt	44
7. Das Phänomen des „demografischen Wandels“ Über die Ursachen, das Ausmaß und die Aussichten	48
8. Statistisches in der Presse Zeitungsauszüge aus 1905, 1955 und 2005	54
Ausblick	65
Anlagen (Einzelaufstellung siehe nächste Seite)	69
Anhang	
I - Aus der Geschichte Braunschweigs	102
II - Einwohnerzahl seit 1551	103
III - Statistisches Kurzportrait Braunschweigs	104
IV - Strukturdaten der Region Braunschweig	105
V - Verzeichnis der Veröffentlichungen 1955 – 2005	107
VI - Braunschweiger Wahl- und Abstimmungsergebnisse von 1919 – 1945	125
VII - Braunschweiger Wahlergebnisse seit 1946	129
VIII - Vom statistisch toten Hasen und anderen Kuriositäten	132
IX - Quellenverzeichnis	135

Anlagenverzeichnis		Seite
Anlage 1	Stadtverordnete wollen ein statistisches Amt.....	71
Anlage 2	Alkoholgenuss von Schulkindern, Umfrage aus 1905.....	72
Anlage 3	Inanspruchnahme der städtischen Statistikstelle für kriegswirtschaftliche Aufgaben.....	73
Anlage 4	1. Braunschweiger Statistischer Monatsbericht, April 1934 (Auszug).....	74
Anlage 7	43. Tagung des VDSt, Braunschweig 1936 (Auszug aus dem Verhandlungsbericht).....	77
Anlage 8	Statistisches Amt wird für die Erfüllung kriegsbedingter Sonderaufgaben eingesetzt.....	79
Anlage 9	Grafik zu den Ergebnissen der Braunschweiger Wahlen 1946 – 1949.....	82
Anlage 10	Stimmzettel der Kreiswahl im Stadtkreis Braunschweig 1948	83
Anlage 12	50 Jahre Städtestatistik in Braunschweig (Auszug aus: Kommunalpolitische Schriften der Stadt Braunschweig, Heft 17, 1955).....	85
Anlage 15	Baublockkarte der Stadt Braunschweig – Auszug	92
Anlage 20	„Sie können uns mal kreuzweise...“ (Wahlhelferwerbung 1993)	97
Anlage 21	Internationaler Forschungspreis „Braunschweig Preis“	98

Kartenverzeichnis

Anlage 5	Erweiterungen des Stadtgebietes 1900 – 2000	75
Anlage 6	Einteilung des Stadtgebietes in 16 Statistische Bezirke (1934).....	76
Anlage 11	Einteilung des Stadtgebietes in 19 Statistische Bezirke (1949/1950).....	84
Anlage 13	Einteilung des Stadtgebietes in 25 Statistische Bezirke (1961).....	90
Anlage 14	Einteilung des Stadtgebietes in 55 Statistische Bezirke (1967).....	91
Anlage 16	Übersichtsskizze der Eingemeindungen von 1974	93
Anlage 17	Einteilung des Stadtgebietes in 74 Statistische Bezirke (1974).....	94
Anlage 18	Bildung von 22 Stadtbezirken (1981).....	95
Anlage 19	Reduzierung auf 21 Stadtbezirke (1991)	96
Anlage 22	Reduzierung auf 20 Stadtbezirke (2001)	99

Vorwort

Die Städtestatistik und mit ihr die Stadtforschung hat in den vergangenen 100 Jahren im öffentlichen Leben einen bemerkenswerten Bedeutungswandel erfahren. Vor 100 Jahren galt es noch, mit Hilfe der systematischen Erfassung statistischer Daten das Wachstum der Städte in geordnete Bahnen zu lenken und soziale Spannungen sowohl im Allgemeinen als auch in speziellen Stadtquartieren zu vermeiden. Nach dem 1. Weltkrieg und auch nach dem 2. Weltkrieg trug die Städtestatistik ihren Teil dazu bei, die nötigen Vorkehrungen zur Bewältigung des Bevölkerungswachstums in den Städten zu treffen. Seit Mitte der 70er Jahre haben wir jedoch eine andere Situation. Die Trennung der Funktionen innerhalb der Stadt und die räumlich-funktionale Arbeitsteilung zwischen Stadt und Umland schreiten unaufhörlich voran. Die Verflechtungsbeziehungen zwischen Umland und Stadt innerhalb der Wirtschafts- und Arbeitsmarktregion Braunschweig werden von Jahr zu Jahr intensiver und vielschichtiger. Stadt und Umland ergänzen sich mit ihren Ressourcen, unabhängig von administrativen Grenzen, die mit der Lebenswirklichkeit kaum etwas zu tun haben.

Die Komplexität der Zusammenhänge des Organismus Stadt bzw. Stadtregion hat über die Jahre zugenommen und die Taktzahl, mit der auf Veränderungen in vielen kommunalen Aufgabebereichen statistisch belegt und fachlich fundiert reagiert werden muss, erhöht sich stetig. Zwei Zitate aus 1955 und 1979 sollen an dieser Stelle genügen, um deutlich zu machen, dass eine funktionsfähige städtische Statistikstelle trotz aller Veränderungen im Laufe der Zeit, trotz des allgemeinen Sparzwangs, heute und auch in Zukunft als laufende Raubeobachtungsstelle und strategische Informationsquelle für die Stadtspitze sinnvoll und notwendig ist:

„Es ist unmöglich, in einem klaren, sparsamen, modernen Gemeindewesen wichtige Entscheidungen nur mit dem Herzen und nur mit gutem Menschenverstand, mit Höflichkeit, Fingerspitzengefühl und gutem Fach- und Sachwissen zu treffen. Wir müssen uns für alle im öffentlichen Leben auftretenden Zusammenhänge vom Grundsatz her mit der Materie und der Idee beschäftigen, die Zusammenhänge prüfen und eine möglichst weitgehende Unterrichtung über die Voraussetzungen, über die Gegebenheiten und über die voraussichtlichen Auswirkungen einer beabsichtigten Maßnahme anstreben. Die Unterlagen für eine derartige, vom Verantwortungsbewusstsein gegenüber der Allgemeinheit getragene Disposition der öffentlichen Belange vermag innerhalb der Verwaltung am besten das Statistische Amt bereitzustellen“ (Oberstadtdirektor Dr. Lotz, in: 50 Jahre Städtestatistik in Braunschweig, Kommunalpolitische Schriften der Stadt Braunschweig, Heft 17, April 1955, Seite 3).

„Die Bedeutung der Statistik für den kommunalen Bereich ist heute unbestritten. Die Weiterentwicklung der Städte, die sich angesichts knapper werdender Entscheidungsspielräume auf den verschiedenen Gebieten existenzbedrohenden Fragen gegenüber sehen, ist ohne eine gesicherte Datenbasis und ohne Kenntnis des Entwicklungsprozesses nicht mehr möglich. Dazu ist es weiter unerlässlich, den Blick in die mutmaßliche Zukunft zu wagen und die gegenwarts- und vergangenheitsbezogenen Kenntnisse durch Prognosen zu ergänzen, die trotz aller Schwächen und Grenzen den Verwaltungen und den Räten Anhaltspunkte für die Bewertung planerischer Notwendigkeiten an die Hand geben. Wenn man investieren will, muss man wissen, „wohin der Zug fährt“ und „wohin er fahren soll“. Stadtentwicklung kann weniger denn je im Blindflug erfolgen. Die Datenbasis der Statistik und die Ergebnisse der Stadtforschung halten Erkenntnisse bereit, die einfach Voraussetzung dafür sind, die Entwicklung planvoll lenken zu können“ (Oberbürgermeister Schmalstieg und Oberstadtdirektor Dr. Lehmann-Grube, Hannover, in: Städtestatistik und Stadtforschung 1879 - 1979. Leistungen, Aufgaben, Ziele. Verband Deutscher Städtestatistiker, Hamburg 1979, Seite 5).

Auf die heutige Zeit und die absehbare Zukunft bezogen bleibt nur noch zu ergänzen: Wenn bislang mögliche Leistungen der öffentlichen Hand aufgrund des Sparzwangs deutlich reduziert werden mussten, muss man wissen, mit welchem Maßnahmenbündel die unterstützungsbedürftigen Teile der Stadtgesellschaft am wenigsten von notwendigen Einschnitten belastet werden.

Die städtische Statistik ist nach wie vor Datenproduzent, Datenlieferant und in Verbindung mit der Stadtforschung ein wichtiger, unverzichtbarer Bestandteil der Verwaltung, wenn die sachliche, unabhängige Analyse und Bewertung komplexer sozialer, ökonomischer und struktureller Veränderungsprozesse zur Grundlage von Entscheidungen der Verwaltungsspitze und des Rates über den künftig einzuschlagenden Weg der Stadt gemacht werden soll.

Mit Hilfe der modernen Informations- und Kommunikationstechnik ist im Internet inzwischen eine schnelle Verfügbarkeit vieler Statistiken der Städte, der Länder und des Bundes gegeben. Die städtische Statistik und Stadtforschung kann daher heute in bislang ungeahnt kurzer Zeit Fragen nach Ursachen und Folgen bestimmter Entwicklungsprozesse beantworten und Prognosen erstellen. Um diese Leistungsausbeute aufrechtzuerhalten und weiterzuentwickeln, kann eine im europäischen Rahmen erfolgreich operierende Großstadt ihre Wettbewerbsfähigkeit nur dann nachhaltig sichern, wenn die Statistikdienststelle und die Stadtforschung über einen festen Stamm an wissenschaftlich ausgebildeten Fachkräften verfügt, der die Klaviatur der laufenden Raumbesichtigung als Trendmelder und „Frühwarnsystem“ für die Stadtspitze zu bedienen versteht.

Global denken und lokal Handeln gewinnt im Zuge der voranschreitenden Globalisierung der Wirtschaft und der europäischen Integration weiter an Bedeutung. Den Veränderungen im interkommunalen und im internationalen Wettbewerbsumfeld wird die Städtestatistik in Zukunft immer mehr Beachtung schenken müssen, um ihrer Rolle als stiller strategischer Berater der Stadtspitze weiterhin gerecht werden zu können.

Der zum 100jährigen Bestehen der städtischen Statistikstelle vorgelegte Berichtsband soll der interessierten Öffentlichkeit einen schlaglichtartigen Überblick über die wesentlichen Entwicklungsstationen der Stadt und der damit verbundenen Entwicklung des Aufgabenspektrums und der Aufgabenschwerpunkte des Statistischen Amtes im Laufe dieses Zeitraums geben. Es ist ein Beitrag, auf die Bedeutung der überwiegend im Hintergrund ablaufenden Arbeit der städtischen Statistik und Stadtforschung aufmerksam zu machen. Mit Blick auf die absehbaren, in den kommenden Jahrzehnten (notgedrungen) bevorstehenden grundlegenden Veränderungen in Staat und Gesellschaft, wie z. B. der demografische Wandel, die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und die Reduzierung staatlicher Leistungen ist es zugleich ein Plädoyer, aufgrund des hohen praktischen Gebrauchswertes der Arbeitsergebnisse, die Leistungsfähigkeit von Statistik und Stadtforschung aufrecht zu erhalten und ihre Potenziale für eine fachlich fundierte und objektive Aufbereitung von Entscheidungsgrundlagen weiterhin ausgiebig zu nutzen.



Wolfgang Zwafelink
Stadtbaurat

Einführung

Die Städtestatistik ist weit älter als 100 Jahre. Bremen (1861), Berlin (1862), Frankfurt (1865) und Hamburg (1866) zählen zu den ersten Städten in Deutschland, die städtestatistische Ämter eingerichtet haben. In den 20 Jahren danach folgen ca. 15 weitere Städte, u. a. München (1875), Magdeburg (1885) sowie Dortmund und Mannheim (1895).

Die kleineren Städte gingen erst sehr viel später als die meisten großen Großstädte dazu über eigenständige Statistikstellen einzurichten, Hannover z. B. erst im Jahre 1894, Karlsruhe in 1896, Nürnberg erst in 1900 (Dr. Bernhard Mewes, Werden und Wesen städtestatistischer Ämter, in: Städtestatistik in Verwaltung und Wissenschaft, VDSt (Hrsg.), Berlin 1950, S. 94 ff).

Im Lande Braunschweig reichen die ersten Anfänge der Bevölkerungsfortschreibung in das Jahr 1756 zurück. Prediger mussten neben der Ermittlung der Bevölkerungsbewegung auch den Stand der Bevölkerung regelmäßig und pünktlich feststellen. „Die Braunschweiger Fürsten waren also moderne Fürsten, die den Wert derartiger statistischer Nachweise für ihre Regierungstätigkeit erkannten. ... Mit der Gründung des Statistischen Bureaus des Herzogl. Braunsch.-Lüneburgischen Staatsministeriums am 1. Januar 1854 setzte eine rege statistische Tätigkeit ein. ... Das herzogliche Statistische Bureau konnte bereits auf sein 50jähriges Bestehen zurückblicken, ehe der Gedanke eines städtestatistischen Amtes in Braunschweig ernsthaft erwogen wurde“ (Stadt Braunschweig (Hrsg.): 50 Jahre Städtestatistik in Braunschweig, 1955, Seite 10 f).

Mit dem vorliegenden Bericht soll ein Einblick in die 100jährige Geschichte des Statistischen Amtes der Stadt Braunschweig gewährt werden, dem ab 1925, also seit 80 Jahren zugleich auch die Funktion des Wahlamtes zugeordnet ist. Zu den ersten 50 Jahren werden hier nur herausragende Ereignisse erwähnt, weil in der oben bereits zitierten Veröffentlichung über „50 Jahre Städtestatistik in Braunschweig“ aus dem Jahr 1955 recht ausführlich die schwierigen und vergleichsweise schnell wechselnden Verhältnisse beschrieben sind, unter denen seinerzeit gearbeitet wurde, mit dem enormen Aufgabenwandel und -umfang in den jeweiligen Zeitabschnitten – geprägt von friedlichen, von Mangel regulierenden und nicht zuletzt auch von kriegsbedingten Erfordernissen. „Durch den Luftangriff am 15. März 1944 verlor das Statistische Amt sein gesamtes Aktenmaterial und den wertvollsten Teil seiner Bücherei. ... Am Ende des Krieges stand das Amt vor dem Nichts, ohne Akten und ohne Wahlkartei, jahrzehntelange Aufbauarbeit war vernichtet worden“ (Stadt Braunschweig (Hrsg.): 50 Jahre Städtestatistik in Braunschweig, 1955, Seite 25). Trotz all dieser Widrigkeiten ist es den Verantwortlichen in den Nachkriegsjahren gelungen, den fachlichen Anspruch, mit dem die Städtestatistik geführt wurde, sukzessive auszubauen und damit nicht nur den praktischen, sondern auch den wissenschaftlichen Gebrauchswert der Städtestatistik zu erhöhen.

Das 100jährige Bestehen des Statistischen Amtes ist zugleich Anlass, um dem interessierten Leser anhand einiger weniger Rahmendaten – Bevölkerungsentwicklung und Stadtgebietserweiterungen – einen Überblick über die wesentlichen Entwicklungsabschnitte der Stadt Braunschweig zu geben. In dem anschließenden Kapitel über den demografischen Wandel werden die Ursachen und die wesentlichen Einflussfaktoren der Bevölkerungsentwicklung sowie die nach derzeitigem Kenntnisstand prognostizierbaren Entwicklungsperspektiven und strukturellen Veränderungen der Bevölkerung dargestellt.

In vielen Städten, insbesondere in größeren, wurden weit früher als in Braunschweig Statistische Ämter geschaffen. Das Besondere am Fall Braunschweig sind die Rahmenbedingungen, unter denen die Städtestatistik zu einer amtlichen städtischen Aufgabe erhoben wurde. Das Statistische Amt der Stadt Braunschweig begann mit der Einstellung von Dr. Bernhard Mewes im Jahr

1934 eine deutschlandweit beachtliche Bedeutung zu erlangen. Seinem fachlichen Engagement ist es zu verdanken, dass 1936 bereits eine Statistische Tagung – die 43. des Verbandes Deutscher Städtestatistiker – in Braunschweig durchgeführt wurde.

Dr. Mewes war nach dem 2. Weltkrieg der wohl profilierteste und einflussreichste deutsche Städtestatistiker. Von 1934 bis 1950 war er unmittelbar verantwortlich für die Arbeit des Statistischen Amtes. Anschließend war er in seiner Funktion als Stadtrat/Kulturdezernent bis zu seinem Ruhestand (1965) und auch noch danach „innen- und außenpolitisch“ für den Verband Deutscher Städtestatistiker (VDSt) und den Deutschen Städtetag (DST) aktiv. Zu seinen herausragenden Leistungen als „Diplomat“ und kompetenter Fachmann (mit dem dazu erforderlichen Durchsetzungsvermögen) gehören schon bald nach dem 2. Weltkrieg die Zusammenführung der statistischen Arbeitsgemeinschaften in der amerikanischen und der britischen Besatzungszone zum wieder gegründeten Verband Deutscher Städtestatistiker.

Auf dieser Basis hat Dr. Mewes mit viel Geschick als Vermittler zwischen den Interessensphären der Kommunalstatistik und des Deutschen Städtetages einerseits sowie den statistischen Ämtern des Bundes und der Länder andererseits gewirkt. Er führte darüber hinaus mit besonderem Weitblick den VDSt in die Mitgliedschaft beim Internationalen Statistischen Institut (ISI). Das 1890 neu geschaffene Statistische Jahrbuch Deutscher Gemeinden erweckte er im Rahmen des Deutschen Städtetages mit Städtestatistikern als Fachautoren zu neuer Bedeutung. Es ist seither ein unentbehrliches Nachschlagewerk für Fachleute ebenso wie für Politiker und deren Berater.

In den 60er und 70er Jahren hat sich mit dem Wandel der Aufgaben, der Arbeitsweise und dem Umgang mit Daten in Braunschweig die Rolle der städtischen statistischen Stelle verändert. Anfang der 70er Jahre wurde das Referat für Stadtentwicklung eingerichtet, das mit seinem fachübergreifenden Ansatz die gesamtstädtischen Funktionszusammenhänge im Fokus hatte und eine Reihe von Fachprogrammen auf den Weg gebracht hat. Die Fachämter haben auf dieser Grundlage dann die Detailplanungen ausgeführt. Die städtische Statistik und Stadtforschung wird stets eingeschaltet bzw. hinzugezogen, wenn die Revision der Fachplanung ansteht oder die Stadtforschung Trendänderungen festgestellt hat.

In den 80er, vor allem aber in den 90er Jahren, nach der Öffnung des europäischen Binnenmarktes und der innerdeutschen Grenze, wird der wirtschaftliche Strukturwandel zunehmend zum Untersuchungs- und Beobachtungsgegenstand von Statistik, Stadtforschung und Stadtentwicklung. Der Abteilung Stadtentwicklung wird in diesem Zuge die Aufgabe Europaangelegenheiten zugeordnet. Es dauert aber gut 9 Jahre, bis im Jahr 2001 eine ausgebildete Fachkraft engagiert werden kann, die seitdem pro Jahr mehrere hunderttausend Euro Fördermittel aus den Strukturfonds der Europäischen Union für stadtentwicklungsrelevante Projekte vieler Fachabteilungen der Verwaltung erfolgreich akquiriert.

Die heutige Rolle Braunschweigs in der deutschen Städtestatistik ist bedingt durch neue Aufgabenkonstellationen und -schwerpunkte weitaus bescheidener als zu Dr. Mewes Zeiten. Heute profitieren wir mehr von der Mitwirkung in themenspezifischen Arbeitsgemeinschaften der deutschen Städtestatistiker und bringen gemeinsam entwickelte Werkzeuge und Produkte zum Einsatz. Dies ist eine der Ressourcen sparenden Lösungen zur Nutzbarmachung von fachlichem und methodischem Wissen für die eigene Arbeit.

Die städtische Statistikdienststelle führt heute turnusmäßig zahlreiche Erhebungen für die Landes- und die Bundesstatistik aus. Sie ist z. B. eine von nahezu 200 kommunalen Erhebungsstellen für die bundesweite monatliche Preisermittlung. Sie hat u. a. aber auch den gesetzlichen Auftrag, landwirtschaftliche Erhebungen, wie z. B. Viehzählungen durchzuführen, deren Ergebnisse bundesweit durchaus, für eine Großstadt jedoch kaum von Belang sind. Anders verhält es sich mit Daten, die auf der Grundlage städtischer Satzungen z. T. selbst erhoben oder aus dem Verwaltungsvollzug der jeweils zuständigen Fachabteilungen gewonnen werden, wie z. B. über Fremdenverkehr, Standesamtsdaten, Bautätigkeit, Gewerbean- und -abmeldungen etc.. Darüber

hinaus werden aus dem Finanz- und dem Umweltbereich Daten der Stadt für die Landesstatistik zusammengestellt.

Der Datensammlung folgt die Verarbeitung zur Information: Der jährlich aktualisierte Datenbestand wird dem Deutschen Städtetag (Statistisches Jahrbuch Deutscher Gemeinden, Vergleichende Großstadtstatistik) und dem Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung in speziell aufbereiteter Form zur Verfügung gestellt. In die Pflege und laufende Aktualisierung von ca. 230 Tabellen des Statistischen Jahrbuchs sind nahezu alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Referates eingebunden.

Das Referat Stadtentwicklung und Statistik ist nicht nur für die Beschaffung und Erhebung von Daten und die Bereitstellung von Statistiken zuständig, sondern hat auch die Aufgabe, die gewonnenen Daten so weit wie möglich auszuwerten und die Ergebnisse in Form von Stellungnahmen und Berichten mit Tabellen, Grafiken und Karten darzustellen: Aus Information (Rohdaten) „Wissen“ um Strukturen und Trends generieren. Die analytische Darstellung von Sachverhalten durch die Stadtforschung orientiert sich im Wesentlichen an den jeweils akuten gesellschaftlichen Fragestellungen und Problemlagen. Die Arbeitsergebnisse finden ihren Niederschlag in den fachlichen Stellungnahmen, die regelmäßig insbesondere gegenüber den Fachbereichen Schule, Soziales, Jugend sowie Stadtplanung und Umweltschutz zu ganz unterschiedlichen Fragestellungen abgegeben werden. Um fachlich fundierte Prognosen mit einer hohen Eintreffwahrscheinlichkeit erstellen zu können, wie es im letzten Jahrzehnt möglich war, bedarf es nicht nur einer möglichst breiten, lückenlosen soliden Datenbasis, sondern auch einer kontinuierlichen Beobachtung räumlicher und struktureller Entwicklungen durch eine bzw. mehrere wissenschaftliche Fachkräfte.

Die städtische Statistik und Stadtforschung ist auch für die Pflege der Gebäudedatei und des statistischen Raumbezugsystem verantwortlich. Das Straßenschlüsselsystem und das Straßenverzeichnis müssen laufend aktualisiert, dokumentiert und für die übrigen Verwaltungsabteilungen zur Verfügung gestellt werden. Baublöcke (mit Untereinheiten), Wahlbezirke, statistische Bezirke (mit Untergliederung), Stadtteile und Stadtbezirke sind die Teilräume des Stadtgebietes, für die statistische Daten bereit stehen, die ausgewertet werden können. Stadtbezirks- und Nahversorgungsbereichsdaten bilden wichtige Grundlagen für

- die Stadtentwicklungs-, die Einzelhandels- und die Planungspolitik,
- die Dimensionierung, den Ausbau oder die Umstrukturierung von Infrastruktureinrichtungen (von Spielplätzen, Kinderkrippen, Kindergärten, Kinderhorten, Schulen, Jugendeinrichtungen über Sportstätten bis hin zu Altentagesstätten) sowie
- die fachlichen und politischen Prioritätensetzungen.

Dem Statistischen Amt in Braunschweig ist ab 1925 das Wahlamt zugeordnet worden, ähnlich wie in vielen anderen Städten zu dieser Zeit. Diese Verknüpfung beider Aufgabenkomplexe erfolgte nicht ohne Grund. Die Vorbereitung und Durchführung von Wahlen erfordert regelmäßig mehr Personal als der Mitarbeiterstamm des Wahlamtes besitzt. Gleiches trifft im Falle von breit angelegten statistischen Erhebungen, wie z. B. bei Wohn- und Arbeitsstätten- oder bei Volkszählungen zu. Die Durchführung der Wahlen erfolgt mit Unterstützung der Mitarbeiter der Statistikstelle. Die Statistkarbeit muss dann zwangsläufig weitgehend zurückgestellt werden. Im Gegenzug helfen die Mitarbeiter der Wahldienststelle bei der Durchführung von Zählungen und Erhebungen sowie bei der Erstellung des statistischen Jahrbuchs. Es hat sich bis heute bewährt, wechselseitig auf den Erfahrungsschatz des Mitarbeiterstamms zurückzugreifen. Es gibt Städte, die aus innerbetrieblich-organisatorischen Gründen andere Lösungen gewählt haben. In Braunschweig hat sich im Laufe der Jahre gezeigt, dass sich in Bezug auf Ressourceneinsatz und Durchführungssicherheit die Kombination der Wahldienststelle mit dem Bereich Statistik bewährt hat.

Zwischen 1925 und 1938 hat das Wahlamt mehr als 20 Wahlen und Abstimmungen durchgeführt. Seit 1946 wurden insgesamt 58 gesamtstädtische Wahlen organisiert (jeweils 15 Gemeinde-,

Landtags- und Bundestagswahlen, 5 Stadtbezirksratswahlen, je eine Oberbürgermeisterwahl und Oberbürgermeister-Stichwahl sowie 6 Europawahlen (siehe Anhang Nr. VI und VII). In den 70er Jahren fanden außerdem noch Ortsratswahlen in den seit 1974 neu eingemeindeten Ortsteilen und 1988 sowie 1992 Wahlen für die Vorschlagslisten der Bürgermitglieder des Ausschusses für Ausländerangelegenheiten statt. Im Durchschnitt war damit zumindest rechnerisch in jedem der vergangenen 80 Jahre eine Wahl durchzuführen.

Darüber hinaus ist das Wahlamt stets bei landesweiten Volksinitiativen und Volksbegehren sowie städtischen Bürgerbegehren oder Bürgerbefragungen nach der niedersächsischen Gemeindeordnung gefordert. Neben politischen Wahlen ist das Wahlamt auch örtlicher Verfahrensführer bei den Wahlen zu den Landwirtschaftskammern und es betreut die Vorverfahren zur Aufstellung der Vorschlagslisten der Schöffen für die Amts-, Land- und Sozialgerichte und der ehrenamtlichen Richter für das Verwaltungsgericht, die alle fünf Jahre neu zu bestellen sind.

Diese Ausführungen sollen genügen, um die Rahmenbedingungen, den Umfang und das Spektrum der Tätigkeiten der städtischen Statistik und Stadtforschung einschl. des Wahlamtes im „Referat Stadtentwicklung und Statistik“ zu erläutern, in dem einschließlich dem EU-Beauftragten insgesamt 14 Kräfte, davon drei in Teilzeit arbeiten.

Die Aufmachung des vorliegenden Berichtes und dessen Präsentation im Internet ist zugleich Ausdruck eines Wandels des Arbeitsstils, der von der rapiden Entwicklung der neuen Informations- und Kommunikationstechnik ausgelöst und von der Erhöhung der Taktzahl von internen Anfragen mit immer kürzer vorgegebenen Bearbeitungszeiten bei steigender Informationsflut geprägt ist.

In einer Zeit des Informationsüberangebots, in der jeder gefordert ist, interessierende Informationen schnell herauszufiltern, wird die Suche so lange fortgesetzt bis das Stichwort gefunden und per Mausklick das Vertiefungsangebot „aufgeschlagen“ ist. Wir nutzen daher parallel das Medium Internet, um diesen Bericht zu präsentieren und den interessierten Lesern den Zugang zu weiteren Informationen zu ermöglichen, welche aufgrund der Materialfülle die bereits recht umfangreiche gedruckte Fassung eher unlesbar machen würden.

Diese Veröffentlichung soll nicht nur eine kurz gefasste Bilanz über ein seit 100 Jahren bestehendes Aufgabengebiet sein, sondern auch den Bedarf und die Perspektiven der weiteren Entwicklung aufzeigen. Sie soll zum Reflektieren anregen, was städtische Statistik und Stadtforschung zu einer städtischen Ressourcen schonenden Entwicklung der Stadt beitragen kann und nicht zuletzt auch zu einem vorurteilsfreien Informations- und Wissensaustausch zwischen Öffentlichkeit und Fachleuten aus Politik und Verwaltung motivieren.



Hermann Klein
Referatsleiter

1. Überblick über die Amtsgeschichte 1905 – 2005

Von der Statistischen Stelle ...

Am 01.04.2005 jährt sich zum 100. Mal der Tag, an dem in Braunschweig erstmalig eine eigenständige kommunalstatistische Dienststelle eingerichtet wurde. Es gab auch schon vorher umfangreiches Zahlenmaterial über die Entwicklung der Stadt Braunschweig, wie wir es z. B. in den bereits seit 1880 erschienenen Verwaltungsberichten der Stadt Braunschweig unter der Verantwortung des Magistrats entnehmen können. Hier breitete sich schon damals eine neben den textlichen Ausführungen beachtliche Fülle von Geschäftsstatistiken in Form von kleineren und größeren Tabellen oder im Text vorhandenen Zahlen aus.

Den bereits erwähnten Verwaltungsberichten verdanken wir auch einige Informationen über die Entstehungsgeschichte der Städtischen Statistischen Stelle, wie sie damals genannt wurde. Die Braunschweiger Stadtverordneten beschlossen am 18.02.1904 zusätzliche statistische Erhebungen in städtischen Angelegenheiten über den bis dahin geltenden Umfang hinaus durchzuführen. Der Magistrat war wegen des Wachstums der Stadt zwar grundsätzlich der gleichen Ansicht, hatte aber Bedenken hinsichtlich der sofortigen Einrichtung eines selbstständigen statistischen Amtes und schlug zunächst die Einrichtung einer statistischen Stelle vor. Die Stadtverordneten stimmten dem Vorschlag des Magistrats am 06.10.1904 zu, und die Städtische Statistische Stelle nahm am 01.04.1905 im Rathaus ihre Arbeit auf.

Als Hauptaufgaben der Stelle waren vorgesehen:

- Mitwirkung bei der Erstellung von Verwaltungsberichten,
- Zuarbeit für die Veröffentlichungen des schon damals existierenden Verbandes Deutscher Städtestatistiker,
- Mitwirkung bei den Großzählungen sowie
- sonstige Statistiken, deren Erstellung für die damalige Stadtverwaltung von Bedeutung war.

Die Ergebnisse der Arbeiten der Städtischen Statistischen Stelle wurden in Form von Vierteljahresberichten veröffentlicht. Bedingt durch die Nöte in den Zeiten des 1. Weltkrieges und der darauf folgenden Inflation war die Erscheinung von Vierteljahresberichten vom Frühjahr 1916 bis zum Frühjahr 1924 durch die Herausgabe von Statistischen Jahresberichten ersetzt worden. Erstmals wurden im April 1934 Statistische Monatsberichte veröffentlicht, die - zeitweilig unterbrochen durch die Ereignisse des Zweiten Weltkrieges - bis März 1943 erschienen. Die Not der Nachkriegszeit erforderte es, von Anfang 1946 bis Mitte 1947 erneut nur Vierteljahresberichte erscheinen zu lassen. Ab Juli 1947 sind dann erneut bis 1996 die "Braunschweiger Statistischen Monatsberichte" erschienen. Ihnen folgten ab Oktober 1997 Drei-Monats-Berichte, die von Oktober 1999 an ins Internet gestellt wurden und deren Printausgabe fast vollständig durch E-Mail-Versand abgelöst wurde.

Als weitere wichtige Datenquelle und Präsentation der Ergebnisse der Braunschweiger Kommunalstatistik wurde 1936 mit der Veröffentlichung von Jahreszahlen in "Braunschweig in der Statistik" begonnen und bis 2001 in 23 Folgen veröffentlicht. Abgesehen von der großen Pause, die durch den Zweiten Weltkrieg bedingt war, konnten die Bände in zwei- bis vierjährlichem Abstand erscheinen. Nach 2001 begann mit dem Internet auch für „Braunschweig in der Statistik“

die papierlose Zeit mit der jährlichen Aktualisierung der Zahlenreihen und ihrer Präsentation auf den Webseiten der Stadt Braunschweig (siehe <http://www.braunschweig.de/statistik>).

Seit Einrichtung der Städtischen Statistischen Stelle im Jahr 1905 gab diese auch die Verwaltungsberichte heraus, die bis 1933 immer mehrere Jahre, im Extremfall bis zu 10 Jahre, umfassten. Seit 1933 wurden jährliche Verwaltungsberichte herausgegeben (mit Ausnahme des Vierjahresbandes 1973/1976); diese wichtige Dokumentation der Verwaltungstätigkeit reicht bis 1996. In den Jahren 1941 bis 1944 konnten aufgrund des Zweiten Weltkrieges keine Verwaltungsberichte herausgebracht werden. Bedingt durch die Krise der Kommunalfinanzen und die durch sie ausgelösten Einsparungsbemühungen, wurde die Herausgabe der Verwaltungsberichte mit dem Jahresband 1996 eingestellt. An deren Stelle sind seit 2001 die vom Fachbereich Finanzen entwickelten Controllingberichte in Form von Produkthaushalten mit den jeweiligen Ziel- und Maßnahmenplanungen der Fachbereiche und Referate der Stadtverwaltung getreten.

... über das Statistische Büro ...

Der Ausbau der Städtischen Statistischen Stelle zu einem Statistischem Büro mit einem Fachmann an der Spitze wurde in der Stadtverordnetenversammlung vom 29.09.1921 beantragt und einstimmig angenommen. Zum 01.02.1922 wurde erstmalig ein Akademiker für die Leitung des als selbständige Unterabteilung der Stadtverwaltung einzurichtenden Städtischen Statistischen Amtes ausgewählt.

... und das Statistische Amt ...

Abgesehen von einigen kleineren Aufgaben, die dem Amt zum Teil nur vorübergehend zugeteilt wurden, hatte sich der Aufgabenkatalog seit 1905 nicht wesentlich verändert. Er umfasste die Bereiche Kommunalstatistik mit all ihren Unteraufgaben und die Bearbeitung der Verwaltungsberichte. Erstmals wurde 1925 dem Amt die Zuständigkeit für Wahlangelegenheiten übertragen.

Wahlen und Großzählungen sind Ereignisse, die den Aufgabenumfang und damit auch den Personalbestand des Amtes im jeweils notwendigen Zeitraum vervielfachen können. Allein seit 1945 waren 15 Kommunal-, 15 Landtags-, 15 Bundestags- und 6 Europawahlen vorzubereiten und durchzuführen. Großzählungen in Form von Volks-, Gebäude- und Wohnungs- sowie Arbeitsstättenzählungen fanden seit 1946 insgesamt fünf Mal statt.

In der Nachkriegszeit wurde entsprechend den gewachsenen Aufgaben des Amtes auch das Veröffentlichungsprogramm erweitert. Zur konzentrierten Information der Nutzer der Statistik wurde seit 1951 der "Braunschweiger Taschenkalender" herausgegeben. Er vereinte in der Form eines kleinen Almanachs ein Kalendarium mit allgemein wissenswerten Angaben über Braunschweig sowie eine zusammengefasste kurze Statistik aus den bedeutendsten Sachgebieten und eine Auflistung wichtiger und nützlicher Adressen. Seit der Ausgabe 2004 liegt die Verantwortung für diese Veröffentlichung beim Fachbereich Zentrale Dienste.

Als besondere Schriftenreihe gibt das Amt seit 1947 die "Kommunalpolitischen Schriften der Stadt Braunschweig" heraus. In dieser Reihe wurden vor allem in zeitgeschichtlichen Untersuchungen die Verhältnisse der Nachkriegszeit mit ihren Nöten und Umwälzungen festgehalten. Aber auch landeskundliche Darstellungen und die Dokumentation von Wahlergebnissen waren Thema der bis heute erschienenen 31 Bände dieser Schriftenreihe. Wie auch vorher schon teilweise geschehen, wurden die Wahlergebnisse seit 1980 dann zunächst als Sonderbeilage zu den Statistischen Monatsberichten und später in der Reihe „Wahlen aktuell“ veröffentlicht.

Grundsätzliche Erweiterungen des Aufgabenbereiches erfuhr das städtische Statistische Amt mit Beginn des Jahres 1991. Das bis dahin als Dienststelle dem Oberstadtdirektor unmittelbar unterstellte Referat für Stadtentwicklung wurde in das Amt für Statistik und Stadtforschung eingegliedert und das Amt in „Amt für Statistik und Stadtentwicklung“ umbenannt.

... sowie die Stadtmarketing-Episode ...

Ende 1992 erfolgte eine weitere Angliederung von Aufgaben. Das Büro für EXPO-Angelegenheiten, die Abteilung Stadtwerbung (bis dahin im Amt für Wirtschaftsförderung) und die neue Aufgabe Stadtmarketing wurden in einer neuen Abteilung mit dieser Bezeichnung zusammengefasst. Aus diesem Anlass erfolgte eine erneute Änderung des Namens in "Amt für Stadtentwicklung und Stadtmarketing". Es bestand nunmehr aus den drei Abteilungen "Stadtentwicklung und Stadtforschung", "Stadtmarketing" und "Statistik und Wahlen".

Die jüngsten organisatorischen Änderungen erfolgten dann in den Jahren 2001 und 2002. Zunächst wurde der immer größer werdenden Bedeutung des europäischen Einigungs- und Integrationsprozesses für die kommunale Ebene Rechnung getragen. Die seit Ende der 80er Jahre bestehende Zuständigkeit für Europa-Angelegenheiten führte im September 2001 wegen des gestiegenen Aufgabenumfanges in diesem Sachgebiet zur Einstellung eines hauptamtlichen Mitarbeiters, während im Zuge der Neuordnung von Aufgabenbereichen zu Beginn des Jahres 2002 die Abt. Stadtmarketing aus dem Amt ausgegliedert wurde und zum Jahresbeginn 2004 zusammen mit dem Städtischen Verkehrsverein in der neu gegründeten „Braunschweig Stadtmarketing GmbH“ aufging.

... zum Referat Stadtentwicklung und Statistik

Im Zuge der grundlegenden Neuorganisation der Verwaltung zum Jahresbeginn 2002 wurde mit dem so genannten Neuen Steuerungsmodell ein Organisationskonzept umgesetzt, das die bis dahin über 30 Ämter und Referate der Stadtverwaltung in 12 Fachbereiche und 8 Referate gliederte. Seit dem 1. Januar 2002 wird die städtische Statistikdienststelle im „Referat Stadtentwicklung und Statistik“ geführt.

Räumliche Unterbringung

Die Aufgabenerledigung des Statistischen Amtes, insbesondere die Durchführung von Großzählungen und Wahlen, erforderte stets besondere räumliche Voraussetzungen. Dies war vermutlich einer der wesentlichen Gründe, weshalb das Amt 1950 für kurze Zeit in die Campestraße 7 ausgelagert wurde, bevor es 1953 in das Haus Salve Hospes am Lessingplatz umzog. Dort war der Sitz des Kulturdezernenten Dr. Bernhard Mewes, dem aufgrund seiner vorherigen Amtsleiterfunktion das Statistische Amt organisatorisch zugeordnet wurde. Im Haus Salve Hospes war das Amt 20 Jahre lang untergebracht. Ab 1973 wurde ins Rathaus und innerhalb des Rathauses gewechselt, bevor 1978 der Einzug in das von der Firma Wullbrandt & Seele in den Besitz der Betriebskrankenkasse der Stadt Braunschweig übergegangene Haus Reichsstraße 3 erfolgte. Da dieses baugeschichtlich interessante Gebäude seit mehr als einem Vierteljahrhundert Sitz des Statistischen Amtes - heute des Referates Stadtentwicklung und Statistik - der Stadt Braunschweig ist, und vielen Bürgerinnen und Bürgern als (Brief-)Wahlzentrale vertraut ist, soll es in dieser Veröffentlichung nicht unerwähnt bleiben.

2. Das Dienstgebäude Reichsstraße 3

Eine 100 Jahre alte Dienststelle in einem historischen Gebäude,
dem „Achtermannsches Haus“



Inschrift des Epitaphs im Saal des Gebäudes Reichsstraße 3 (Erdgeschoss):

DIESES HAUS WURDE ERBAUT IN DEN JAHREN 1626 - 1630
DURCH ULRICH STAMM FÜR DEN BÜRGERMEISTER ACHTERMANN
UND SEINE EHEFRAU L. VON STROMBECK

ZUM ERSTEN MAL RESTAURIERT IM JAHRE 1936
UND ZUM ZWEITEN MALE NACH FAST VÖLLIGER ZERSTÖRUNG
AM 14. OKTOBER 1944 VON DER FIRMA WULLBRANDT UND SEELE
DURCH PROF. DR. H. FLESCHKE UND DR.-ING. K. FLESCHKE
IN DEN JAHREN 1947 - 1949.

Das „Achtermannsche Haus“ und die Reichsstraße im Jahre 1936 - Blick nach Norden -



Quelle: Städtischer Bilddienst, Sammlung Schröder-Brinkmann

Gebäudebeschreibung aus dem Braunschweiger Stadtlexikon:

Achtermannsches Haus Das breit gelagerte Patrizierhaus, Reichsstr. 3, wurde von 1626 bis 1630 durch Ulrich Stamm für Georg Achtermann errichtet. Über zwei Massivgeschossen befand sich straßenseitig ehemals ein überkragendes Fachwerkgeschoss (hofseitig Fachwerk ab dem Erdgeschoss). Das 1944 bis auf die massiven Außenwände zerstörte Gebäude wurde 1948 durch H. Flesche massiv, jedoch unter Wiederherstellung des historischen Gebäudekubus (Überkragung des zweiten Obergeschosses) wieder aufgebaut. Portal und Erker der erhaltenen Straßenfront sind überaus reich mit figürlichem Schmuck sowie mit Knorpelwerk verziert. Die Giebel der Fenster werden im Erdgeschoss von Obelisken und im Obergeschoss von Masken durchbrochen.

Quelle: Stadt Braunschweig (Hrsg.): Braunschweiger Stadtlexikon, 4. Auflage, Braunschweig 1996, Seite 9 f

3. Chronologie über Aufgaben, organisatorische Veränderungen sowie wahl- und statistisch relevante Ereignisse in Stichworten

Im Folgenden werden die wichtigsten Daten und Ereignisse, die das Statistische Amt in den vergangenen 100 Jahren bewegt haben, stichwortartig chronologisch aufgelistet. Dem Leser wird auf diese Weise ermöglicht, einen schnellen Überblick über die Aufgabenstruktur und die organisatorische Einbindung des Amtes in die Verwaltung der jeweiligen Zeit zu erhalten. Die Rahmenbedingungen und Ergebnisse des Schaffens in der Zeit zwischen 1905 und 1955 sind in der Veröffentlichung „50 Jahre Städtestatistik in Braunschweig“, Heft 17 der Kommunalpolitischen Schriften der Stadt Braunschweig, ausführlich beschrieben. Der Arbeitsumfang hat es nicht erlaubt, die Ereignisse des Zeitraums ab 1955 in ähnlich ausführlicher Weise festzuhalten. Aus diesem Grund sind zahlreiche Anlagen und Karten beigelegt, aus denen man sich ein Bild von den Arbeitsmitteln und Produkten des Statistischen Amtes und der Veränderungen in der Stadt machen kann. Im Internetbeitrag sind zum Teil noch weitergehende Anlagen enthalten, auf die in dieser Veröffentlichung aus Platzgründen verzichtet werden musste.

- | | | |
|-------------------------|---|-----------------------|
| 1. April 1905 | Einrichtung einer "Städtischen Statistischen Stelle" | <i>Anlage 1</i> |
| 2. Halbjahr 1905 | Herausgabe des ersten Vierteljahresbericht | <i>siehe Seite 19</i> |
| 1. Dezember 1905 | Volkszählung 1905 → Einwohnerzahl: 136 397 | |
| Januar 1906 | Umfrage in städtischen Bürgerschulen über Alkoholgenuss der Schulkinder | <i>Anlage 2</i> |
| 1. Dezember 1910 | Volkszählung 1910 → Einwohnerzahl 143 552 | |
| April 1916 | Inanspruchnahme der Statistikstelle für kriegswirtschaftliche Aufgaben | <i>Anlage 3</i> |
| 1. Dezember 1916 | Volkszählung 1916 → Einwohnerzahl 132 697 | |
| 1. Dezember 1917 | Volkszählung 1917 → Einwohnerzahl 130 386 | |
| 1. Oktober 1919 | Volkszählung 1919 → Einwohnerzahl 139 544 | |
| 1. Februar 1922 | Umwandlung der Statistischen Stelle in „Statistisches Amt“ | |
| 1925 | Eingemeindung Prinzenpark | <i>Anlage 5</i> |
| 16. Juni 1925 | Volks-, Berufs- und Betriebszählung → Einwohnerzahl 146 725 | |
| 1. August 1925 | Übertragung der Aufgabe "Wahlen" an das Statistische Amt | <i>Anhang VI</i> |
| 1. April 1931 | Eingemeindung Veltenhof | <i>Anlage 5</i> |
| 1933 | Einteilung des Stadtgebietes in 9 Statistische Bezirke:
Altstadt, Neustadt, Sack, Wilhelmitor, Petritor, Hagen, Stadtpark, Altewiek, Veltenhof | |

16. Juni 1933	Volks-, Berufs- und Betriebszählung → Einwohnerzahl 156 840	
1. April 1934	Herausgabe des ersten Statistischen Monatsberichtes	<i>Anlage 4</i>
1. April 1934	Eingemeindungen: Gliesmarode, Lehndorf, Meverode, Ölper (einschl. PTB- und FAL-Gelände), Querum, Riddagshausen, Rühme, -Gartenstadt, "Weststadt"	<i>Anlage 5</i>
1934	Einteilung des Stadtgebietes in 16 Statistische Bezirke	<i>Anlage 6</i>
8. Mai 1934	Dr. Bernhard Mewes wird Amtsleiter	
1936	Eingemeindung Flughafengelände Waggum	<i>Anlage 5</i>
1. Juni 1936	Herausgabe des ersten Jahrbuches "Braunschweig in der Statistik"	<i>siehe Seite 21</i>
23., 24. Juni 1936	Durchführung der 43. Jahrestagung des Verbandes der Deutschen Städtestatistiker (VDSt) in Braunschweig	<i>Anlage 7</i>
1939	mit Kriegsbeginn Übernahme der Aufgaben des Ernährungsamtes und des Wirtschaftsamtes sowie Erfüllung kriegsbedingter Sonderaufgaben	<i>Anlage 8</i>
17. Mai 1939	Volks-, Berufs- und Betriebszählung → Einwohnerzahl 196 068	
1. Oktober 1945	Erhebung zur Wohnbevölkerung und Wohnraumbeschaffung	
13. Oktober 1946	Erste Gemeindewahlen nach dem Krieg nach überwiegend englischem Recht	<i>Anhang VII, Anlage 9</i>
29. Oktober 1946	Volks- und Berufszählung → Einwohnerzahl 181 375	
12. Dezember 1946	Gründungsversammlung des Verbandes Deutscher Städtestatistiker in der britischen Zone im Braunschweiger Rathaus sowie Mitwirkung am Aufbau eines Statistischen Zentralamtes für die britische Zone	
20. April 1947	Wahl zum 1. Niedersächsischen Landtag	<i>Anhang VII, Anlage 9</i>
28. November 1948	Erste Gemeindewahl nach Niedersächsischem Wahlrecht	<i>Anhang VII, Anlagen 9, 10</i>
15. Juni 1949	Wahl zum 1. Deutschen Bundestag	<i>Anhang VII, Anlage 9</i>
1949/1950	Einteilung des Stadtgebietes in 19 Statistische Bezirke	<i>Anlage 11</i>
1950	Richard Jacob wird Amtsleiter	
15. Februar 1950	Auflösung des "Kreisernährungs- und Wirtschaftsamtes"; Bildung des "Amtes für Wirtschaft und Statistik"	

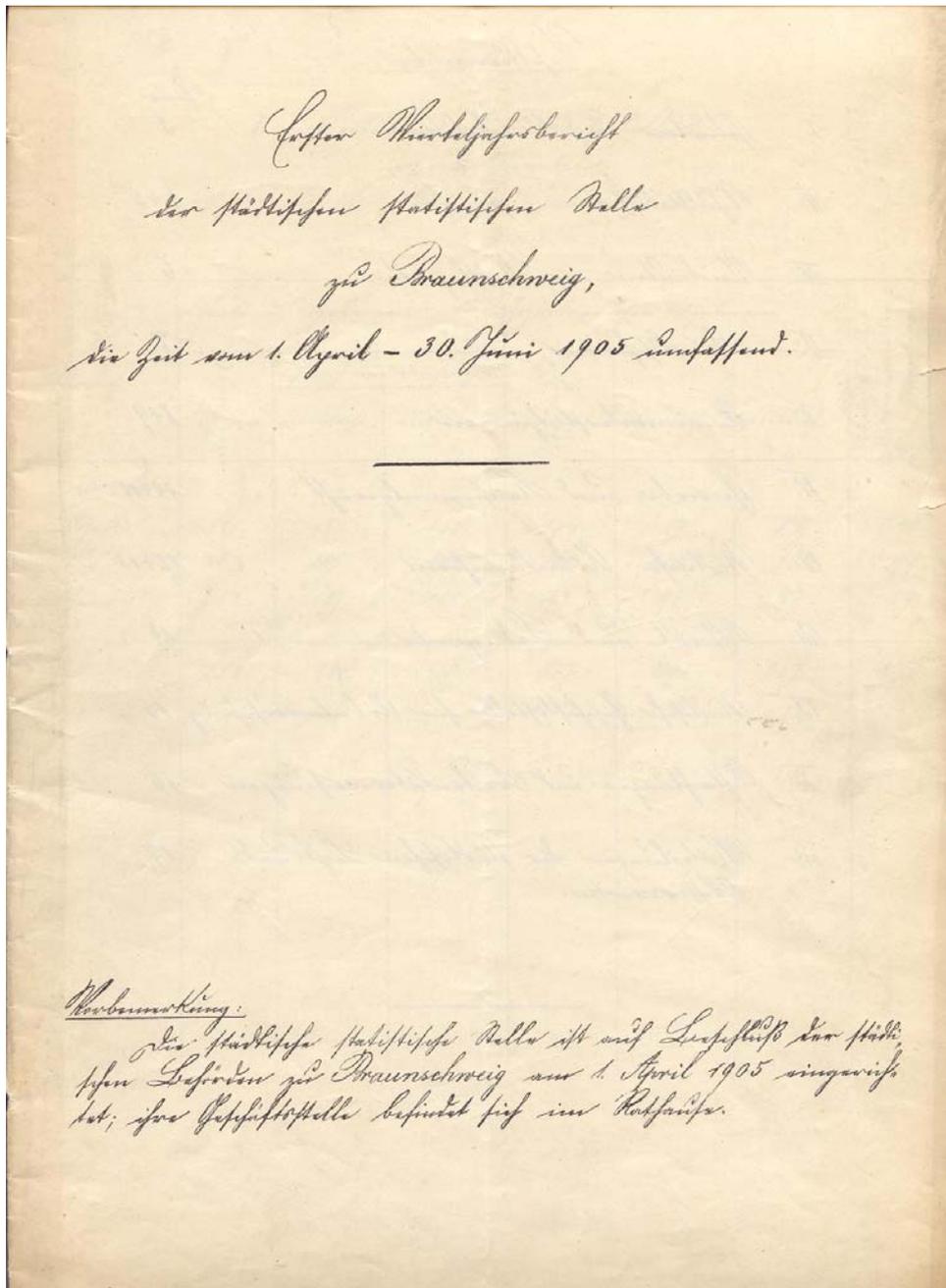
- 1. August 1950** Umzug in die Campestraße 7
- 13. September 1950** Volks- und Berufszählung → Einwohnerzahl 223 760
- 16. August 1953** Umzug in das Haus Salve Hospes, Lessingplatz 12
- 2. Januar 1954** Umbenennung in „Amt für Statistik und Wahlen“
- 1. April 1955** Festschrift zum 50-jährigen Jubiläum *Anlage 12*
- 28. Oktober 1956** Gemeindewahl *Anhang VII*
Das Wahlergebnis wurde erstmals nach dem "Hollerithverfahren" (Lochkarten) im Rechenzentrum der Stadtwerke ermittelt.
Dazu wurde die Wahlzentrale am Wahlsonntag in das Stadtwerkegebäude Wilhelmstraße verlegt.
- 1957** Stadtamtmann Schriever wird Amtsleiter
- 15. September 1957** Wahl zum 3. Deutschen Bundestag und Einführung der Briefwahl *Anhang VII*
- 1959** Eingemeindung der "Eichendorffsiedlung" im Querumer Forst *Anlage 5*
- 31. August 1960** Erste Handels- und Gaststättenzählung einschl. Beherbergungsgewerbe
- 1961** Einteilung des Stadtgebietes in 25 Statistische Bezirke *Anlage 13*
- 5. Juni 1961** Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung → Einwohnerzahl 246 085
- 1961** Helmut Linkmann wird Amtsleiter
- 1. Juli 1966** Umbenennung in "Amt für Statistik und Stadtforschung"
- 1967** Einteilung des Stadtgebietes in 55 Statistische Bezirke *Anlage 14*
- 1968** Einteilung der Siedlungsfläche in Baublöcke (kleinräumige Gliederung) *Anlage 15*
- 1969** Eingemeindung Kanzlerfeld *Anlage 5*
- 27. Mai 1970** Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung → Einwohnerzahl 223 700
- 1. August 1973** Umzug in den Rathaus-Erweiterungsbau Bohlweg
- 1. März 1974** Verwaltungs- und Gebietsreform, Eingemeindung von: *Anlage 16*
Wenden, Thune, Harxbüttel, Bienrode, Waggum, Bevenrode, Hondelage, Dibbesdorf, Volkmarode, Schapen, Buchhorst, Rautheim, Mascherode, Stöckheim, Leiferde, "Querumer Forst", Rünigen, Broitzem, Geitelde, Stiddien, Timmerlah, Lamme, Völkenrode, Watenbüttel und "Hafen-West"

1974	Einteilung des Stadtgebietes in 74 Statistische Bezirke	<i>Anlage 17</i>
9. Juni 1974	Erstmals drei Wahlen an einem Wahltag: Wahl zum Niedersächsischen Landtag, Wahl zum Rat der Stadt und erste Ortsratswahlen	<i>Anhang VII</i>
1. November 1975	Umzug in den Rathaus-Ergänzungsbau Dankwardstraße	
1. März 1978	Umzug in das "Achtermannsche Haus", Reichsstraße 3	<i>siehe Seite 12</i>
10. Juni 1979	Erste Direktwahl zum Europäischen Parlament	<i>Anhang VII</i>
27. September 1981	Wahl zum Rat der Stadt und erste Wahl zu den Stadtbezirksräten	<i>Anhang VII</i>
1. November 1981	Schaffung von 22 Stadtbezirken	<i>Anlage 18</i>
1. Dezember 1982	Stadtentwicklungsreferent Ulrich Kegel wird zugleich Leiter des Amtes für Statistik und Stadtforschung	
1983	Einführung der ersten elektronischen Textverarbeitung im Amt	
25. Mai 1987	Volkszählung → Einwohnerzahl 252 351	
6. Oktober 1988	Satzung über die Abschottung des Amtes für Statistik und Stadtforschung und Einrichtung der abgeschotteten Stelle Kommunalstatistik	
1. Januar 1991	Verlegung der Aufgabe Stadtentwicklung zum Amt für Statistik und Stadtforschung und Umbenennung in "Amt für Statistik und Stadtentwicklung"	
Februar 1991	Schaffung eines "Büros für EXPO-Angelegenheiten" im Amt zur Koordinierung der städtischen Vorbereitungen zur Weltausstellung EXPO 2000 in Hannover	
1. November 1991	Reduzierung auf 21 Stadtbezirke durch die Zusammenlegung von Lehdorf-Lamme-Kanzlerfeld und Watenbüttel-Ölper-Völkenrode	<i>Anlage 19</i>
1. August 1992	Hermann Klein wird Amtsleiter	
22.- 24. Sept. 1992	Durchführung der 92. Statistischen Woche in Braunschweig	
1. Oktober 1992	Schaffung der Abt. Stadtmarketing unter Einbeziehung des Büros für EXPO-Angelegenheiten, Umbenennung des Amtes in „Amt für Stadtentwicklung und Stadtmarketing“	
Oktober 1992	Der Abteilung Stadtentwicklung wird mit Blick auf die Öffnung des EU-Binnenmarktes (ab 1. Januar 1993) die Aufgabe Europaangelegenheiten zugeordnet	

- 1993** Erarbeitung des Stadtmarketingkonzeptes (Berater: Prof. Dr. Armin Töpfer, Kassel) und Durchführung einer Bürgerbefragung
- Juli 1993** Stadt gewinnt Prozess gegen das Nds. Landesamt für Statistik:
Da das Ergebnis der Volkszählung 1987 dem Land bereits am 29.12.1988 vorlag, erhält die Stadt ein Jahr früher als vom Land vorgesehen bis auf weiteres zusätzlich rund 300 000 DM pro Jahr aus der Finanzausgleichsmasse
- November 1993** Umfrage über Art und Anzahl wissenschaftlicher Veranstaltungen und Aktivitäten der Braunschweiger Forschungseinrichtungen und TU-Institute
- 1994** "Superwahljahr" und umfangreiche Kampagne zur Wahlhelfergewinnung: *Anhang VII, Anlage 20*
Wahl zum 13. Niedersächsischen Landtag, 4. Direktwahl zum Europäischen Parlament (mit einem Wahlrecht aller Unionsbürger) und Wahl zum 13. Deutschen Bundestag
- 1995** Reduzierung der Zahl der allgemeinen Wahlbezirke von 271 auf 167 (zur Minderung der Organisations- und Durchführungskosten von Wahlen)
- 1996** Start der Schriftenreihe "Info-line"
- 15. September 1996** Erste Kommunalwahlen mit einer Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre und einem Wahlrecht aller Bürger der Europäischen Union *Anhang VII*
- 13. März 1997** Öffnung des Internetportals <http://www.braunschweig.de>
- 24. September 1999** Verleihung des ersten Braunschweig Preises (Forschung für nachhaltige Entwicklung) als eine Umsetzungsmaßnahme des Stadtmarketingkonzeptes *Anlage 21*
- September 2001** Arbeitsaufnahme der Fachkraft für „Europaangelegenheiten“
- 9. September 2001** Erste Direktwahl des Oberbürgermeisters im Rahmen der Kommunalwahlen *Anhang VII*
- 1. November 2001** Reduzierung auf 20 Stadtbezirke durch die Zusammenlegung von Südstadt-Rautheim und Mascherode *Anlage 22*
- 1. Januar 2002** Herauslösen der Aufgabe Stadtmarketing und Umbenennung in "Referat Stadtentwicklung und Statistik"
- 1. April 2005** 100 Jahre Städtestatistik in Braunschweig

4. Konzeption und Inhalte statistischer Jahrbücher im Wandel der Zeit - Ein cursorischer Überblick -

Die erste Veröffentlichung des Statistischen Amtes (Vierteljahresbericht) – 1905



„Erster Vierteljahresbericht der städtischen statistischen Stelle zu Braunschweig, die Zeit vom 1. April - 30. Juni 1905 umfassend.“

„Vorbemerkung: die städtische statistische Stelle ist auf Beschluß der städtischen Behörden zu Braunschweig am 1. April 1905 eingerichtet; ihre Geschäftsstelle befindet sich im Rathaus.“

„Inhaltsverzeichnis:

- I. Geburten und Sterbefälle
- II. Schulstatistik
- III. Neubauten im Stadtbezirk
- IV. Feuerlöschwesen
- V. Armenunterstützungen
- VI. Gewerbebericht und Kaufmannsgericht
- VII. Städtischer Arbeitsnachweis
- VIII. Markt- und Ladenpreise
- IX. Städtische Geschäftsstelle für Arbeiterversicherung
- X. Schlachtungen und Freibanküberweisungen
- XI. Mitteilungen der städtischen Licht- und Wasserwerke“

2 75785

Vierteljahresbericht:

	Seiten
I. Geburten und Sterbefälle	3
II. Schulstatistik	4+5
III. Neubauten im Stadtbezirk	6
IV. Feuerlöschwesen	7
V. Armenunterstützungen	8+9
VI. Gewerbe und Kaufmannsgericht	10+11
VII. Städtischer Arbeitsnachweis	12+13
VIII. Markt- und Ladenpreise	14
IX. Städtische Geschäftsstelle für Arbeiterversicherung	15
X. Schlachtungen und Freibanküberweisungen	16
XI. Mitteilungen der städtischen Licht- und Wasserwerke	17

„Geburten und Sterbefälle in den Monaten April, Mai und Juni 1905“

I. Geburten und Sterbefälle
in den Monaten
April, Mai und Juni 1905.

Monat	Lebend Geborene		gestorbene aus Totgeborenen			Über- schuß oder Mangel an Geborenen zu Gestorbenen	
	Über- schuß	e. jährl. und unjährl.		Über- schuß	männlich		weiblich
		männlich	weiblich				
1905.							
April	315	180	155	174	89	85	141
Mai	287	145	142	190	110	80	97
Juni	252	139	113	193	96	97	59
<i>Sum.</i>	854	444	410	557	295	262	297

(Der Vierteljahresbericht umfasst insgesamt 11 Tabellen.)

Das erste statistische Jahrbuch „Braunschweig in der Statistik“ – 1936



Vorwort

Das Statistische Amt beschränkte sich bisher darauf, Monatsberichte herauszugeben. Sie verfolgen im wesentlichen den Zweck, kurzfristig für die praktische Verwaltungsarbeit schnell greifbare statistische Unterlagen zu schaffen. Zuverlässige Schlüsse auf die Gesamtentwicklung lassen diese monatlichen Angaben jedoch nicht ohne weiteres zu. Die Zeiträume sind zu kurz, um selbst bei einem Vergleich mit den Vormonatszahlen und den Angaben des gleichen Monats im Vorjahr den Gang der Entwicklung eindeutig erkennen zu lassen. Monatszahlen sind in hohem Maße Zufälligkeiten und damit Schwankungen unterworfen, die den Erkenntniswert der Angaben wesentlich beeinträchtigen können. Diese Nachteile sind erheblich geringer, wenn die statistischen Angaben für ein Jahr zusammengefaßt werden. So hat sich auch in Braunschweig immer mehr das Bedürfnis herausgestellt, neben den Monatsberichten noch Jahreszahlen zu besitzen, damit ein genauer Vergleich größerer Zeiträume untereinander möglich ist.

Bis zum Jahre 1929 sind bereits statistische Jahresberichte in Braunschweig erschienen. Sie hatten jedoch nur geringen Umfang, umfaßten lediglich das Berichtsjahr und das Vorjahr und enthielten die statistische Darstellung weniger Gebiete. Eine umfassende Veröffentlichung indessen fehlte bisher vollständig. Das gesamte statistische Material ruhte in den Akten. Nur auf besondere Anforderung oder für bestimmte Zwecke wurden von Fall zu Fall Zusammenstellungen gefertigt. Um dieses Aktenmaterial nun lebendig und somit einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen, wurde die vorliegende Form der Veröffentlichung gewählt.

Dabei wurde erstrebt, möglichst viele Gebiete der gemeindlichen Verwaltung, soweit sie sich statistisch darstellen lassen, in die Arbeit einzubeziehen. Es wurde jedoch bewußt vermieden, allzusehr in die Einzelheiten zu gehen, wenn kein allgemeines Bedürfnis dafür vorlag, um den statistischen Bericht nicht mit unnötigem toten Ballast anzufüllen.

Das Werk dient der praktischen Arbeit der Verwaltung und der Wirtschaft. Es soll aber auch dem Wissenschaftler das nötige Rüstzeug zur Erforschung der wirtschaftlichen und sozialen Struktur der Stadt Braunschweig geben. Die eingefügten graphischen Darstellungen haben die Aufgabe, das Zahlenmaterial bildlich zu unterstützen, die wichtigsten Tabellen anschaulicher zu gestalten. Darüber hinaus will das Werk in nüchternen Zahlen und Kurven vom Abstieg einer vergangenen und dem Aufbau der gegenwärtigen Zeit künden.

DR. MEWES

Direktor des Städtischen Statistischen Amtes

Inhaltsverzeichnis

Naturverhältnisse, Stadtgebiet (Tab. 1—6)	9
Lage — Witterung — Fläche — Städtische Grundstücke	
Bevölkerung (Tab. 7—25)	12
Einwohnerzahl — Religion — Geburten — Eheschließungen — Wanderungen — Sterbefälle — Todesursachen — Wohnungswechsel	
Grundeigentum und Landwirtschaft (Tab. 24—58)	22
Grundbesitzwechsel — Kleingärten — Anbauflächen — Verwendung des Ackerlandes — Obst — Vieh	
Wirtschaft und Verkehr (Tab. 59—82)	30
Öffentliche Register — Einkommenssätze — Gewerbeaufsicht — Handwerksbetriebe — Konkurse — Bautätigkeit — Versorgungsbetriebe — Schlacht- und Viehhof — Milchversorgung — Großhandelspreise — Reichsindexziffern — Kleinhandelspreise — Örtliche Indexziffern — Banken — Verkehr auf den Braunschweiger Bahnhöfen — Post-, Telegraf- und Fernsprechverkehr — Hafen — Straßenbahn — Kraftomnibusverkehr — Kraftfahrzeuge — Verkehrsunfälle — Fremdenverkehr	
Bildungswesen (Tab. 85—92)	54
Volks-, mittlere und höhere Schulen — Bezirksberufsschule — Städt. Handwerkerschule — Technische Hochschule — Landestheater — Lichtspiele — Öffentliche Bücherei und Lesehalle — Stadtbibliothek	
Volkswohlfahrt (Tab. 95—151)	59
Zusatzrenten — Offene Fürsorge — Arbeitslosigkeit — Arbeitsbeschaffung — Obdachlosenheim — Geschlossene Fürsorge — Ehestandsdarlehen — Winterhilfswerk — Mutter und Kind — Berufsberatungsstelle — Fürsorge für Jugendliche — Jugendgerichtsbarkeit — Kleinkinderfürsorge — Waisenhaus — Anzeigepflichtige Krankheiten — Krankenanstalten — Krankenkassen — Desinfektionsanstalt — Bestattungswesen — Badeanstalten — Leibesübungen — Jugendherberge — Sanitätskolonnen vom Roten Kreuz — Feuerlöschwesen — Straßenreinigung und Müllabfuhr — Kanalisation und Abwässerbeseitigung	
Finanzen (Tab. 152—144)	79
Einnahmen und Ausgaben — Zuschußbedarf — Ausgaben für Gehälter und Ruhegehälter — Rechnungsabschlüsse — Steuereinnahmen — Vergebung von Aufträgen — Vermögen und Schulden — Personalstand	
Wahlen und Abstimmungen (Tab. 145—151)	95
Stimmberechtigung und Wahlbeteiligung — Reichspräsidentenwahlen — Reichstagswahlen — Wahlen zum Braunschweigischen Landtag und zur Stadtverordnetenversammlung — Volksbegehren und Volksentscheide	
Ergebnisse der Volks-, Berufs- und Betriebszählung vom 16. Juni 1956 (Tab. 152—173)	99
Wohnbevölkerung — Die Bevölkerung nach Altersgruppen, Geburtsjahren, Familienstand, beruflicher und sozialer Gliederung, Kinderzahl und sozialer Stellung — Die Erwerbenden nach Wirtschaftsgruppen, Berufen, Alter und Geschlecht — Die Bevölkerung nach der Stellung im Beruf — Die soziale Gliederung der Erwerbspersonen in den Wirtschaftsabteilungen — Die Erwerbenden nach Alter, Geschlecht und Stellung im Beruf — Die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe — Die gewerblichen Niederlassungen	
Sachverzeichnis	150

Graphische Darstellungen

Einteilung der Stadt Braunschweig in statistische Bezirke	7
Zu- und Fortzüge von und nach auswärts	14
Entwicklung der Bevölkerungszahl	14
Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle	15
Verwendung des Ackerlandes 1935	27
Gefolgschaftsmitglieder der Reichsbetriebsgemeinschaften 1935	31
Neuerbaute Wohnungen	36
Entwicklung der Versorgungsbetriebe	36
Zugelassene Kraftfahrzeuge am 1. Juli	50
Neuangekommene Fremde	51
Laufend bar in offener Fürsorge unterstützte Parteien	63
Arbeitslosigkeit in Braunschweig	63
Deckung des Zuschußbedarfes	86
Abschluß der Rechnungen	87
Steuereinnahmen	91
Altersaufbau der Bevölkerung Braunschweigs nach der Volkszählung von 1935	100
Verteilung der Bevölkerung auf die Wirtschaftsabteilungen	107
Soziale Gliederung der Braunschweiger Bevölkerung	107
Altersgruppen der Bevölkerung 1935 und 1839	112

Zur Beachtung!

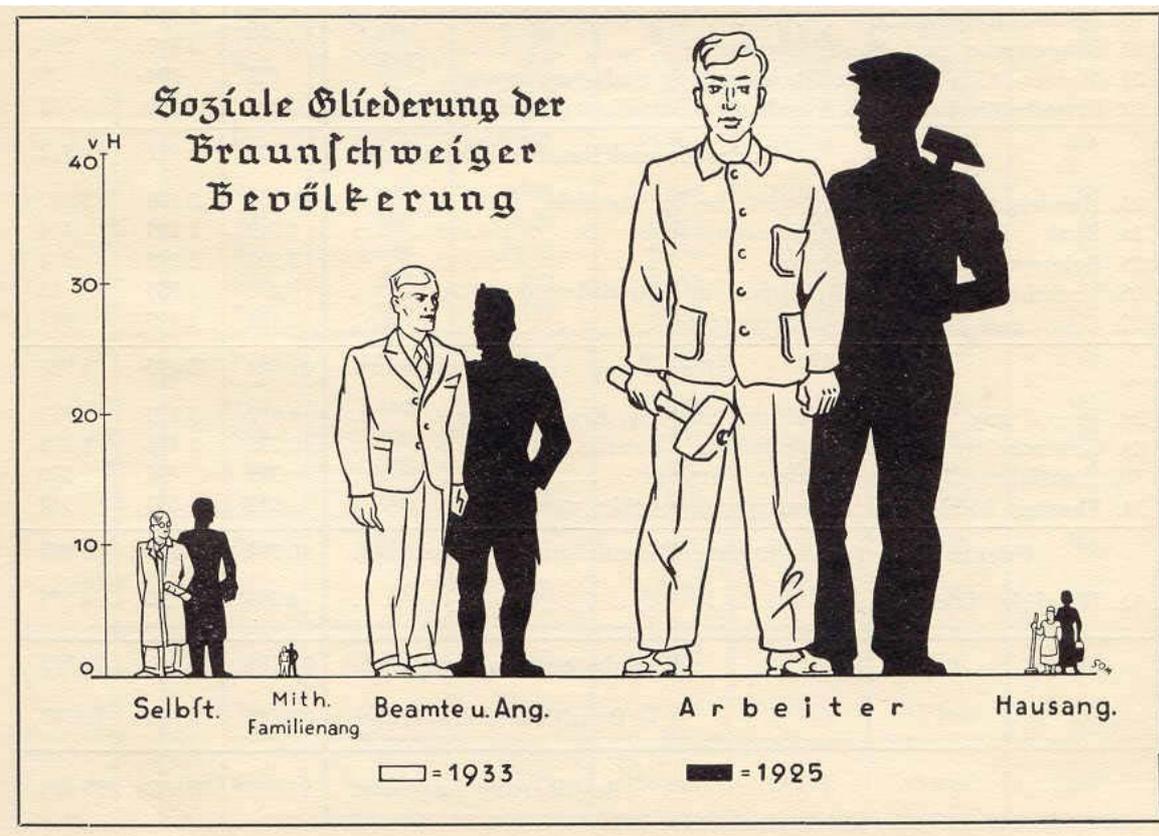
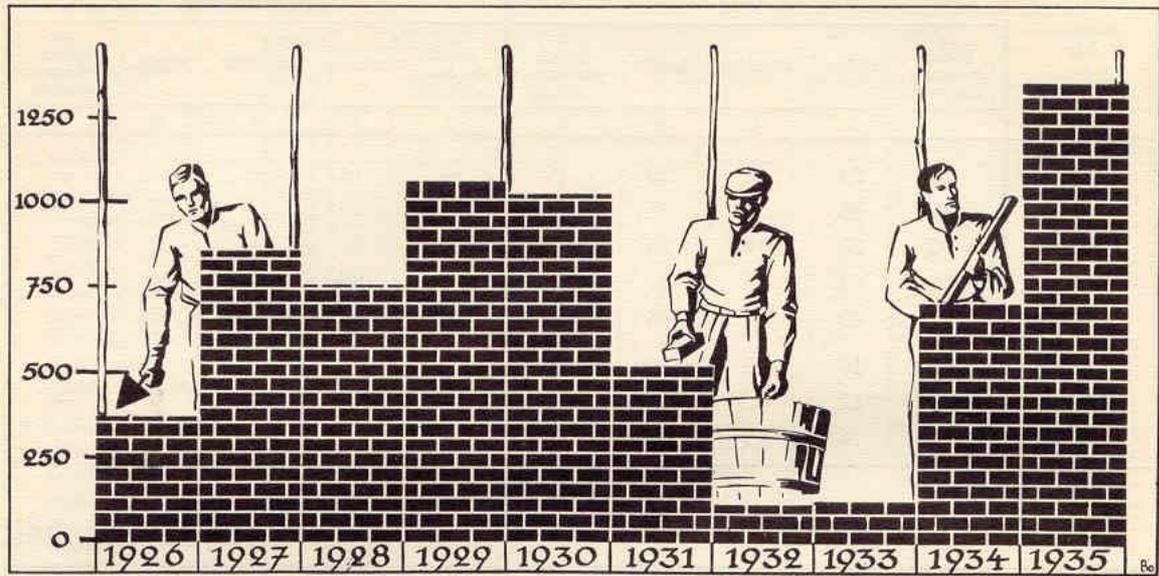
Das Werk wurde am 1. April 1936 abgeschlossen.

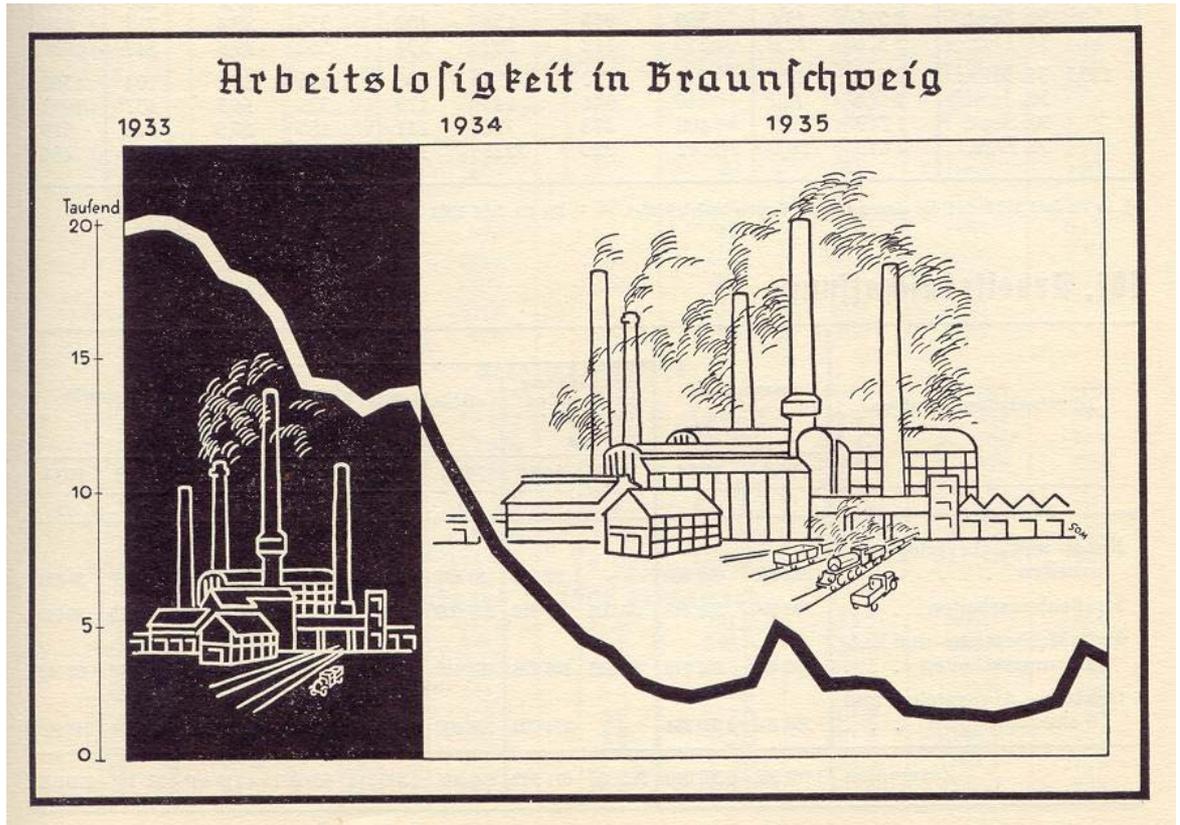
Die Angaben beziehen sich im allgemeinen auf das Kalenderjahr, sofern nicht besonders „Rechnungsjahr“ oder ein Stichtag in den Tabellen vermerkt worden ist.

Beim Vergleich der einzelnen Jahre ist zu beachten, daß am 1. April 1931 und am 1. April 1934 Eingemeindungen stattgefunden haben, die den zahlenmäßigen Vergleich wesentlich beeinflussen. Verhältnisziffern sind stets *kursiv* gesetzt.

Ein liegender Strich in den Tabellen (—) an Stelle einer Zahl hat die Bedeutung einer Null (= nichts); 0, 0,0 oder 0,00 bedeutet mehr als nichts, aber weniger als die kleinste Einheit, die in der betreffenden Übersicht zur Darstellung gebracht werden kann. Ein Punkt (.) an Stelle einer Zahl besagt, daß die betreffende Angabe nicht gemacht werden konnte, weil entweder der Nachweis fehlt oder die tatsächlichen Voraussetzungen für die Fragestellung nicht zutreffen.

Neuerbaute Wohnungen





Zur Systematik der statistischen Jahrbücher

Die 1936 vorgelegte Grundstruktur des statistischen Jahrbuchs wird mit wenigen Begriffsänderungen und Ergänzungen bis 1993 beibehalten (siehe unten). Die bis heute in 24 Folgen erschienenen statistischen Jahrbücher enthalten jeweils zwischen 200 und 300 Tabellen sowie ca. 15 bis 20 Grafiken. In den 70er und 80er Jahren nehmen die Verflechtungs- und die Verkehrsbeziehungen zwischen Stadt und Umland stetig zu („Suburbanisation“), so dass die stadtentwicklungsstrategische Betrachtung Braunschweigs mit der sie umgebenden Region an Bedeutung gewinnt. Das statistische Jahrbuch 1985 berücksichtigt mit dem neuen Kapitel „Umwelt“ nicht nur das gestiegene Umweltbewusstsein, sondern enthält auch in großem Umfang Tabellen, die Braunschweig im Kontext der Region darstellen.

An dieser Stelle soll anhand zweier inhaltlicher Gliederungsübersichten exemplarisch gezeigt werden, zu welchen Themenfeldern seit 1956 städtestatistische Daten im zwei- bis vierjährigen Turnus jeweils zusammengestellt wurden. Die vollständigen Inhaltsverzeichnisse der statistischen Jahrbücher 1956, 1985 und des ausschließlich im Internet verfügbaren Jahrbuchs 2005 ist für Interessierte unter <http://www.braunschweig.de/statistik/100jahre> abgelegt. Zur Veranschaulichung der bewegenden Themen der jeweiligen Zeit werden hier die Vorworte und Vorbemerkungen der statistischen Jahrbücher 1956 und 1985 abgedruckt. Ausgewählte Grafiken aus der Zeit zwischen 1956 und 2001 befinden sich ebenfalls im Internetbeitrag.

Gliederung der Jahrbücher 1956 ff.

Gliederung der Jahrbücher ab 1997

Naturverhältnisse, Stadtgebiet	Geografische und meteorologische Angaben
Bevölkerung	Bevölkerung
Landwirtschaft	Wahlen
Wirtschaft	Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt
Umwelt (ab 1985)	Unternehmen und Arbeitsstätten
Verkehr	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei
Bau- und Wohnungswesen	Produzierendes Gewerbe
Schulen (ab 1985 „Bildung“)	Bautätigkeit und Wohnungen
Kulturpflege	Handel, Gastgewerbe, Tourismus
Wohlfahrt (ab 1974: Sozialwesen, öff. Sicherheit)	Verkehr
Gesundheitswesen	Rechtspflege und öffentliche Sicherheit
Finanzen	Bildung und Wissenschaft
Wahlen	Kultur, Freizeit, Sport
	Gesundheitswesen
	Sozialleistungen
	Finanzen, Steuern, Personal im öff. Dienst
	Preise
	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen
	Umwelt

Statistisches Jahrbuch „Braunschweig in der Statistik“ – 1956

Braunschweig in der Statistik

Vierte Folge 1956



Geleitwort

Die Aufgaben der kommunalen Verwaltung, also auch die unserer Stadt, sind lebensnah wie kaum die einer anderen Verwaltung oder Behörde. Unmittelbar wird das Schicksal der Bürger und Bürgerinnen von der Stadtverwaltung oder einer Gemeindeverwaltung berührt. Von der Wiege bis zum Grabe betreut die Stadt ihre Einwohner. Kaum eine Lebensphase gibt es, kaum ein Geschehen, wo nicht die Stadtverwaltung mitwirken muß oder eingeschaltet wird; das gilt sowohl im Menschlichen als auch im Materiellen, Geistigen, Kulturellen, Wirtschaftlichen und in sonstigen Dingen, die abseits vom Tagesgeschehen liegen. Um diese Vielfalt der Aufgaben im Wirkungsbereich einer Stadtverwaltung nach klaren, einfachen und sparsamen Grundsätzen bearbeiten zu können, bedarf es neben einer klaren Gliederung des Aufbaues auch der sicheren Grundlage durch Statistik und Zahlen. Gerade in einer Zeit, in der sich neue Ordnungen entwickeln und größere Aufgaben an die Gemeinden herantreten, ist die unverzüglich objektiv ermittelte Zahl wichtig, um Entscheidungen zu erleichtern und zu beschleunigen.

Die konzentrierte Zahlensammlung und die klaren Vergleichsmöglichkeiten in der Statistik sind zu einer sicheren Grundlage kommunalpolitischer Arbeit geworden.

Die Bücherreihe „Braunschweig in der Statistik“ ist heute schon ein feststehender Begriff und ein wichtiges Rüstzeug unserer Arbeit. Aber ein statistisches Jahrbuch ist kein Werk, dessen Lesen oder Studium wie eine leichte Lektüre anspricht. Der nüchterne, nur mit den notwendigen Hinweisen versehene Zahlenstoff stellt an den Leser Anforderungen. Aber dem Denkenden und dem Interessierten wird sehr bald klar, daß es sich lohnt, diese schwierige Materie zu erarbeiten und zu verwenden. Die Beschäftigung mit dem Tabellenwerk „Braunschweig in der Statistik“ ist für jeden von Wert, der an verantwortungsvoller Stelle die Entwicklung unserer Stadt beeinflußt, an ihrem Wohlergehen interessiert ist und zur bürgerschaftlichen Mitarbeit sich zur Verfügung stellt. Bürger und Bürgerinnen, Beamte und Angestellte, Wirtschaftler, Männer des Handels und des Handwerks, Arbeitgeber und Arbeitnehmer werden von diesem Buch etwas haben, wenn sie es so lesen, wie unsere Zielsetzung es will: Grundlagen, Vergleiche und Erkenntnisse vermitteln!

Es soll ein Hilfsmittel sein für Männer und Frauen aus der Politik, aus dem öffentlichen Leben, aus der gewerblichen Wirtschaft, der Verwaltung, der Wissenschaft und aus dem Kreis all derer, die sich zur bürgerschaftlichen Mitarbeit bekennen. Die einwandfreie Zahl und die klare Statistik haben schon oft eine Problematik entwirrt und eine Polemik zur rechten Zeit zum klaren Grundsatz geführt.

Seit dem ersten öffentlichen Erscheinen des Statistischen Jahrbuches sind 20 Jahre vergangen. Ich habe bei der ersten Veröffentlichung nach dem Kriege versprochen, daß wir in sorgfältiger Erarbeitung diese Veröffentlichungen fortsetzen werden. So ist auch dieses Buch fortentwickelt und umfassender gestaltet worden, entsprechend dem Wachsen unserer Stadt an Einwohnerzahl und an ihren Aufgaben. Das Buch ist eine umfassende klare und sorgfältige Darstellung des sozialen Lebens unserer Stadt, und ich gehe nicht zu weit zu sagen, es ist in seiner speziellen Gestaltung ein wertvolles Nachschlagewerk.

Wir überreichen das Buch der Öffentlichkeit mit der Bitte um Verständnis und mit dem Wunsch, daß es vielen zu rechtem Tun und zur guten bürgerschaftlichen Mitarbeit in freier Selbstverwaltung dienen möge.

DR. LOTZ
Oberstadtdirektor

Vorbemerkungen

Zwei Jahre nach dem Erscheinen der dritten Folge des Jahrbuchs „Braunschweig in der Statistik“ kann die vierte Ausgabe dieses grundlegenden Nachschlagewerkes der Öffentlichkeit vorgelegt werden. Nachdem die vorhergehenden Ausgaben in den Jahren 1936, 1950 und 1954 publiziert wurden, ist nunmehr erstmals der Zweijahresrhythmus in der Erscheinungsweise verwirklicht worden, der auch für die Zukunft beibehalten werden soll, um die Aktualität des gebotenen Materials zu gewährleisten und die Öffentlichkeit möglichst schnell mit den neuesten Zahlen bekannt zu machen.

Das Werk präsentiert sich seinen Benutzern in unveränderter äußerer Aufmachung. Bei gleichem Umfang und nur geringfügig erhöhter Tabellenzahl bietet sich der Berichtsstoff nunmehr in 12 Abschnitten dar. Das Kapitel „Schulen und Kulturpflege“ wurde in zwei selbständige Abschnitte (Schulwesen, Kulturpflege) zerlegt und aus dem Kapitel „Volkswohlfahrt“ der Teil „Gesundheitswesen“ als neuer Abschnitt herausgelöst. Wenn man von diesen mehr formalen Änderungen absieht, ist die Fundstelle der einzelnen Sachgebiete jedoch unverändert geblieben. Die Orientierung wird durch ein vollständiges Tabellenverzeichnis ermöglicht und durch das am Schluß des Buches befindliche Stichwortverzeichnis erleichtert.

Die umfangreichen Nachweisungen über die Ergebnisse der Volkszählung 1950 (Volks- und Berufszählung, Gebäude- und Wohnungszählung, Arbeitsstättenzählung) konnten bei der Neuausgabe in Fortfall kommen. Nur die wichtigsten Daten dieser volkswirtschaftlichen Bestandsaufnahme wurden in konzentrierter Form nochmals aufgenommen, um den Benutzer eines Nachschlagens in früheren Jahrgängen zu entheben. Als gedanklicher Schwerpunkt der vierten Folge kann demgegenüber die ausführliche Wiedergabe der Zahlen der Industrieberichterstattung angesehen werden, die der Bedeutung dieses Wirtschaftsbereiches für die soziale Entwicklung Braunschweigs entspricht. Auf kulturellem Gebiet konnte die zahlenmäßige Darstellung der Tätigkeit des Staatstheaters durch Aufnahme der Statistik der aufgeführten Werke wesentlich erweitert werden. Neu aufgenommen wurden ferner die Ergebnisse eigener Erhebungen über die in der Stadt vorhandenen Bibliotheken und Büchereien, über die Wünsche der Wohnungssuchenden und die vom Tiefbauamt durchgeführte Verkehrszählung 1953. Hingewiesen sei an dieser Stelle auch auf die Vorausberechnung der Einwohnerzahl und des Wohnungsbedarfs sowie auf die erweiterte Berichterstattung über die Straßenverkehrsunfälle, die allgemeinbildenden Schulen und die Krankenanstalten.

Die Auflockerung des Zahlenstoffes durch Berechnung von Bezugszahlen und Verhältniszißern wurde in verstärktem Maße fortgeführt, um neben der absoluten Größe eines sozialen Tatbestandes auch seine relative Bedeutung im rechten Licht erscheinen zu lassen. Der leichteren optischen Erfassung bestimmter Größenordnungen dienen die mit Sorgfalt angefertigten graphischen Darstellungen, die in fast unveränderter Zahl aufgenommen wurden. Die Berichterstattung erstreckt sich in dem vorliegenden Werk im wesentlichen auf die Jahre 1953 und 1954, doch konnten auch bereits Zahlen über das Jahr 1955 in nennenswertem Umfang Berücksichtigung finden. Der gedankliche Anschluß an die dritte Folge des Tabellenwerkes wird erleichtert, indem wiederum die zeitlich letzte dort gebrachte Angabe in den neuen Tabellen jeweils wiederholt worden ist.

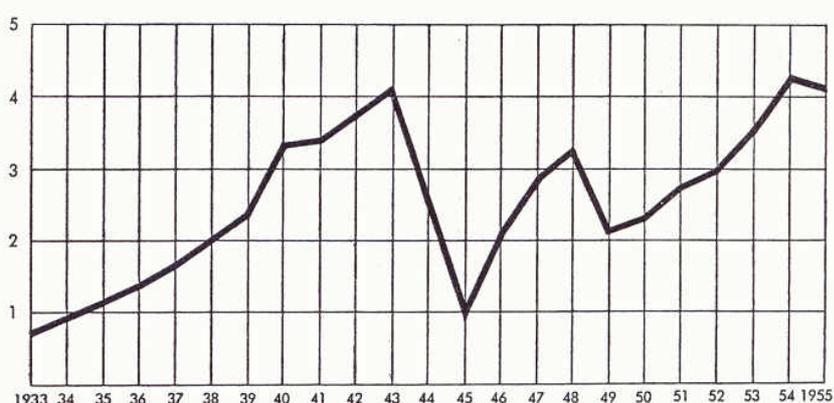
Dem einheitlichen Tabellenaufbau und der wissenschaftlich strengen Gliederung der Tabellen wurde erhebliche Bedeutung beigemessen. Die bei Bearbeitung der dritten Folge festgelegten Richtlinien für die typographische Ausstattung haben sich bewährt und auch die Anerkennung auswärtiger Stellen gefunden. Sie wurden daher unverändert beibehalten. Die Sammlung des Zahlenstoffes und seine redaktionelle Bearbeitung lag in den Händen von Dr. Hans Evers, dem wissenschaftlichen Assistenten im Amt für Statistik und Wahlen der Stadt Braunschweig, dem auch an dieser Stelle gedankt sei.

DR. MEWES

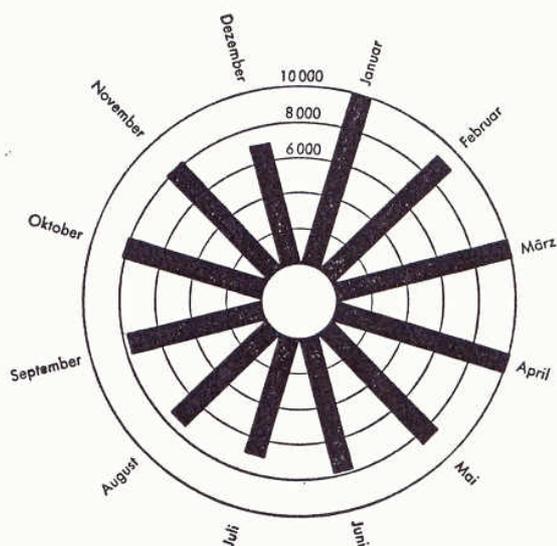
Stadtrat

Besucher der Lichtspieltheater

Besucher in Millionen



Besucher je Tag (Durchschnitt 1946–1955)



169. Lichtspieltheater

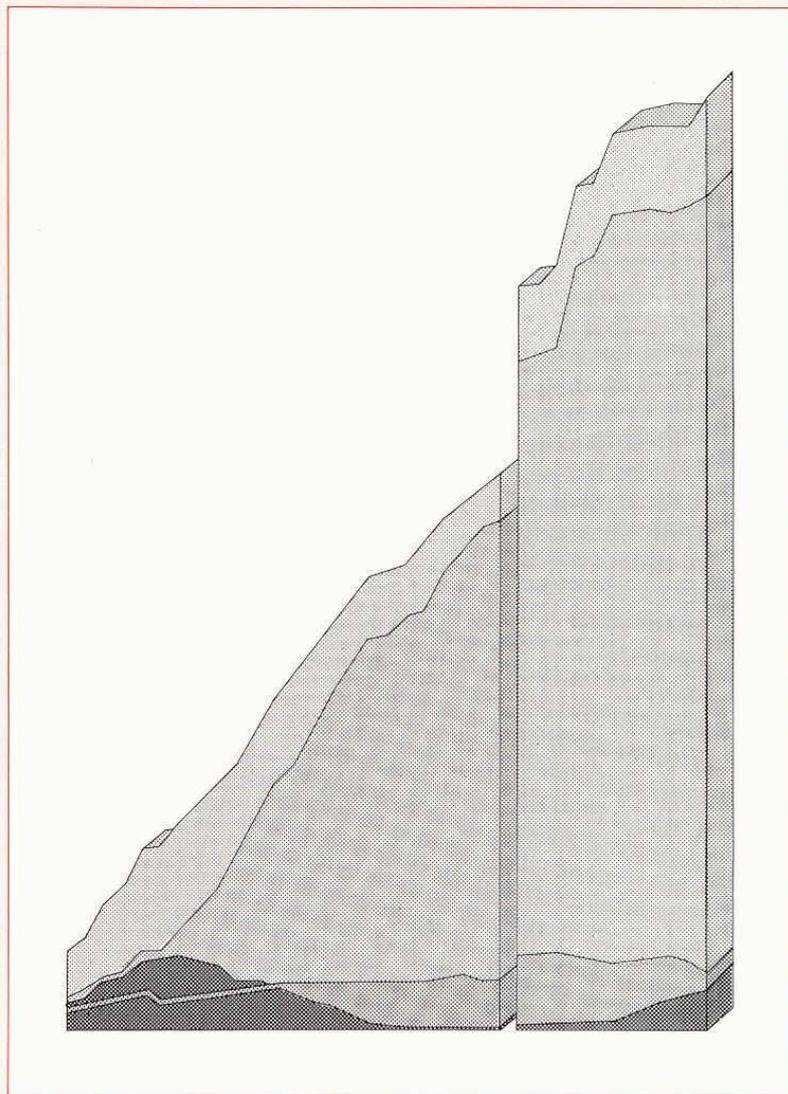
Jahr	Lichtspieltheater ¹⁾	Sitzplätze ¹⁾	Vorstellungen			Sitzplatzkapazität ²⁾	Besucher ³⁾					
			insgesamt	je Theater	je Tag		insgesamt	je Theater	je Vorstellung	je Einwohner	in vH der Spalte 7	i. Durchschnitt je Tag
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
1952	12	6 431	16 729	1 394	46	.	3 001 280	250 107	179	13,0	.	820
1953	15	8 049	19 834	1 322	54	9 320 230	3 602 925	240 195	182	15,3	38,7	970
1954	15	7 944	25 574	1 705	70	12 924 892	4 297 392	286 493	168	18,1	33,2	1 177
1955	18	9 589	25 669	1 426	70	13 205 335	4 155 905	230 884	162	17,2	31,5	1 139

¹⁾ Am 31. 12. des jeweiligen Jahres. — ²⁾ Produkt aus der Zahl der Vorstellungen und der Zahl der Sitzplätze jedes Theaters.
³⁾ Versteuerte Karten.

Statistisches Jahrbuch „Braunschweig in der Statistik“ – 1985

Braunschweig in der Statistik

Siebzehnte Folge 1985



Stadt Braunschweig

Vorbemerkungen

Wegen der großen Nachfrage nach aktuellem Zahlenmaterial erscheint hiermit die siebzehnte Folge 1985 des Statistischen Jahrbuchs "Braunschweig in der Statistik". Die vorliegende Fassung ist grundlegend überarbeitet worden. Einige Aspekte treten besonders hervor:

- Erstmals gelang es, einen eigenen Abschnitt "Umwelt" aus einer Vielzahl von Quellen und Ressorts zusammenzustellen. Diese neue Übersicht ersetzt zwar keinen Umweltbericht, ermöglicht aber eine Versachlichung der Diskussionen aufgrund empirischer Werte.
- Das Regionalbewußtsein gewinnt zunehmend an Bedeutung, so daß nunmehr schrittweise regionalstatistische Gesichtspunkte in die Jahrbuchberichterstattung eingearbeitet werden müssen.

Die Regionaltabellen sind wie alle übrigen nach Sachgebieten geordnet, jedoch durch eine schwarze Markierung zusätzlich gekennzeichnet. Im Inhaltsverzeichnis erscheinen die Regionaltabellen nochmals gesondert. Dies erleichtert das Auffinden bei speziellen regionalorientierten Fragestellungen.

- Eine gründliche Revision der Tabellen führte zu weiteren Umstellungen. 52 Tabellen wurden gegenüber der sechzehnten Folge zurückgestellt und 56 neue Tabellen kamen hinzu.

Dies alles war nur möglich, weil alle beteiligten Berichtsstellen das gewünschte Datenmaterial zur weiteren Verarbeitung pünktlich vorlegten. Das Ergebnis dieser Arbeit ist ein aktuelles und informatives Kompendium braunschweigischen Lebens und Wirkens.

Mein Dank gilt allen, die an der Erarbeitung dieser Folge mitgewirkt haben.

Braunschweig, im März 1986

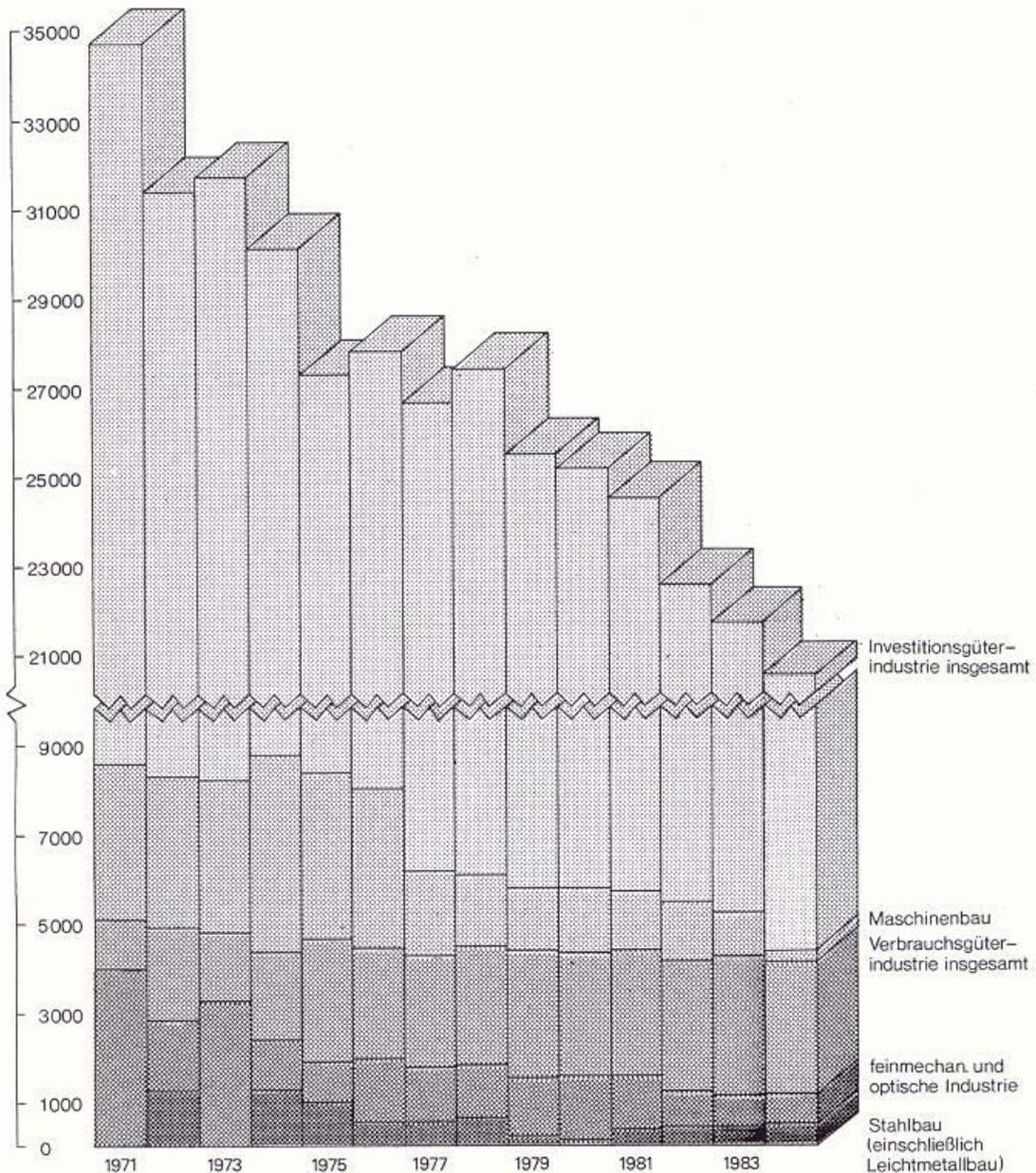


Dr. Körner
Oberstadtdirektor

Beschäftigte nach ausgewählten Industriegruppen und -zweigen

(bis 1976 Industriebetriebe mit 10 und mehr Beschäftigten, ab 1977 mit 20 und mehr Beschäftigten, ab 1978 einschließlich Handwerksbetriebe)

Beschäftigte
(Ende September)

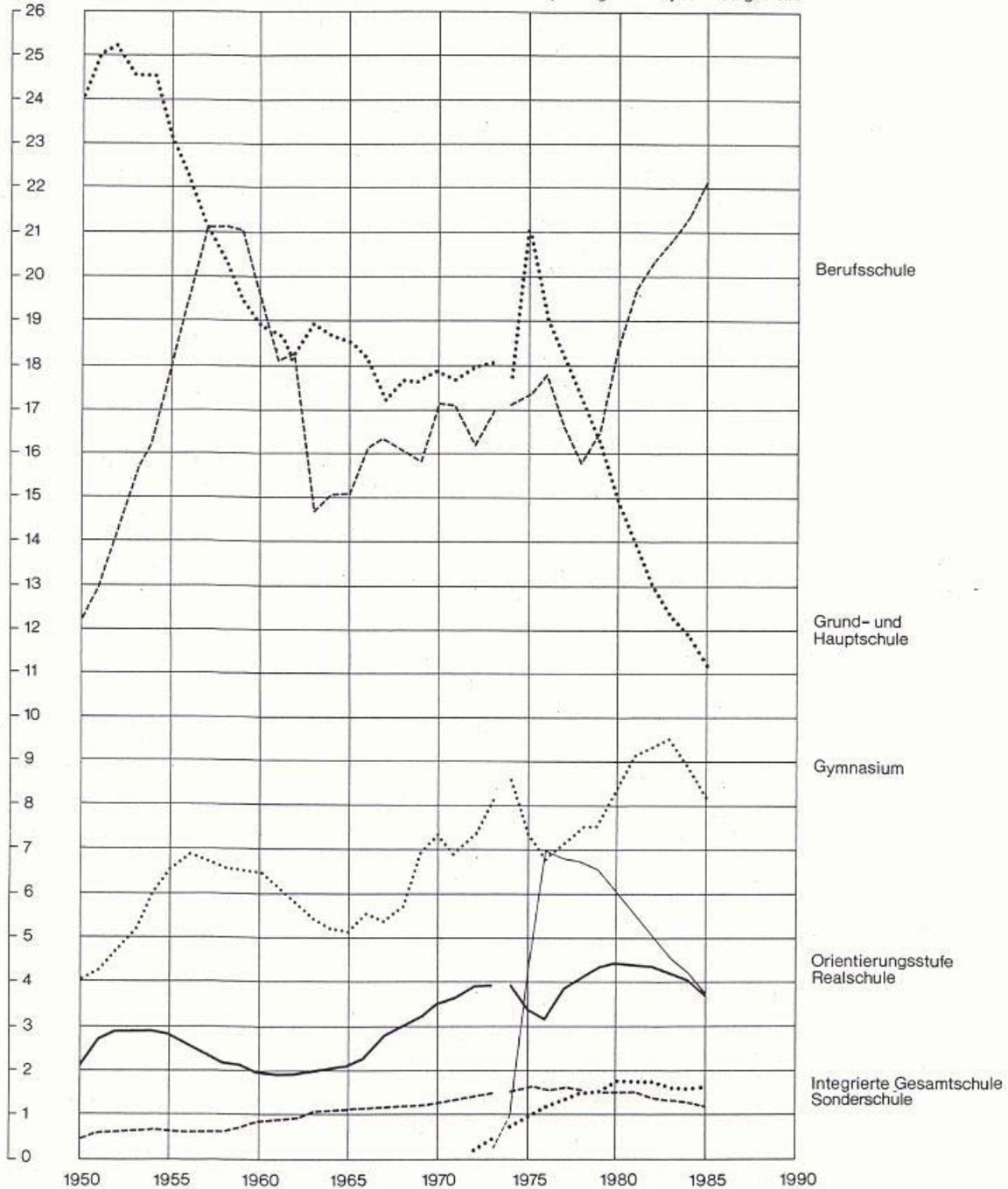



 Stadt Braunschweig
 Amt für Statistik
 und Stadtforschung

Entwicklung der Schülerzahlen seit 1950 ¹⁾

Schüler in Tausend

1) Die Schülerzahlen sind zum Ende des jeweiligen Schuljahres dargestellt.



Einführung der Orientierungsstufe und Eingemeindung

Im Internet: „Braunschweig in der Statistik“ – 2005



Stadtplan English Suche

RAT & VERWALTUNG

- Rat & Verwaltung
- Oberbürgermeister
- Rat der Stadt
- Stadtbezirksräte
- Was? Wo? Wie?
- Zentrale Anschriften
- Fachbereiche und Referate
- Formularservice
- Pressestelle
- Stadtportrait
- Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung
- Stadtplanung, Bauen, Wohnen
- Kultur
- Veranstaltungen
- Tourist - Service
- Umwelt & Naturschutz
- Freizeit & Sport
- Soziales & Senioren



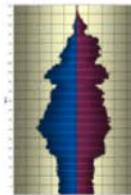
Statistik Aktuell

Stadtentwicklung - Stadtforschung - Statistik - Wahlen *info-line*

Braunschweig in der Statistik

Das "Statistische Jahrbuch" der Stadt Braunschweig, steht seit 2004 in neuer Form und ansprechendem Design ausschließlich im Internet zur Verfügung.

Die **über 200 Tabellen mit Braunschweiger Daten** werden - sobald neue Zahlen vorliegen - regelmäßig aktualisiert. Datenreihen werden für die vergangenen 10 bis 14 Jahre dargestellt.



Für Fragen steht Ihnen der Statistische Auskunftsdienst unter der Tel.: (05 31)4 70-41 22 gern zur Verfügung.

Zu den Tabellen:

Kapitel	
Braunschweig in der Statistik	
1	Geographische und meteorologische Angaben
2	Bevölkerung
3	Wahlen
4	Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt
5	Unternehmen und Arbeitsstätten
6	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei
7	Produzierendes Gewerbe
8	Bautätigkeit und Wohnungen
9	Handel, Gastgewerbe, Tourismus
10	Verkehr
11	Rechtspflege und öffentliche Sicherheit
12	Bildung und Wissenschaft
13	Kultur, Freizeit, Sport
14	Gesundheitswesen
15	Sozialleistungen
16	Finanzen, Steuern, Personal im öffentlichen Dienst
17	Preise
18	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen
19	Umwelt
	Regionaltabellen
	Grafiken
	Karten

Statistik Aktuell

- Kontakt
- Sitemap/Übersicht
- Braunschweig in der Statistik
- 1 Geographische und meteorologische Angaben
- 2 Bevölkerung
- 3 Wahlen
- 4 Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt
- 5 Unternehmen und Arbeitsstätten
- 6 Land- und Forstwirtschaft, Fischerei
- 7 Produzierendes Gewerbe
- 8 Bautätigkeit und Wohnungen
- 9 Handel, Gastgewerbe, Tourismus
- 10 Verkehr
- 11 Rechtspflege und öffentliche Sicherheit
- 12 Bildung und Wissenschaft
- 13 Kultur, Freizeit, Sport
- 14 Gesundheitswesen
- 15 Sozialleistungen
- 16 Finanzen, Steuern, Personal im öffentlichen Dienst
- 17 Preise
- 18 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen
- 19 Umwelt
- Regionaltabellen
- Grafiken
- Karten
- Einwohnerzahlen
- Statistische Angaben über Braunschweig
- Verbraucherpreisindex für Deutschland
- Fachbibliothek
- Veröffentlichungen / Downloads
- Statistik macht Spaß

(Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des Herausgebers und Quellenangabe. Es ist insbesondere nicht gestattet, ohne ausdrückliche Genehmigung des Herausgebers diese Veröffentlichung oder Teile daraus für gewerbliche Zwecke zu übersetzen, zu vervielfältigen, auf Mikrofilm/-fiche zu verfilmen oder in elektronische Systeme einzuspeichern)

Erklärung...
 [...der Zeichen in den Jahrbuchtabellen](#)

<http://www.braunschweig.de/statistik>

RAT & VERWALTUNG

- Rat & Verwaltung
- Oberbürgermeister
- Rat der Stadt
- Stadtbezirksräte
- Was? Wo? Wie?
- Zentrale Anschriften
- Fachbereiche und Referate
- Formularservice
- Pressestelle
- Stadtportrait
- Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung
- Stadtplanung, Bauen, Wohnen
- Kultur
- Veranstaltungen
- Tourist - Service
- Umwelt & Naturschutz
- Freizeit & Sport
- Soziales & Senioren

Statistik Aktuell info-line
 Stadtentwicklung - Stadtforschung - Statistik - Wahlen

Regionaltabellen

(Angaben zur Region Braunschweig umfassen das Gebiet des Zweckverbandes Großraum Braunschweig (ZGB). Seit dem 01.11.1996 ist der Landkreis Goslar dem ZGB-Gebiet angegliedert.)

Dateien

- 1.01 Lage und Größe der Stadt**
(pdf, 51 KB)
- 2.13 Wanderungsströme zwischen der Stadt Braunschweig und den kreisfreien Städten und Landkreisen des Regierungsbezirkes Braunschweig**
(pdf, 58 KB)
- 2.14 Wanderungssaldo der kreisfreien Städte und Landkreise in der Region Braunschweig**
(pdf, 52 KB)
- 2.33 Geborene und Gestorbene 2001**
(pdf, 57 KB)
- 3.05 Sitzverteilung im Rat bzw. im Kreistag in der Region Braunschweig**
(pdf, 53 KB)
- 4.01 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort in der Region Braunschweig nach Beschäftigungsumfang**
(pdf, 54 KB)
- 4.02 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort in der Region Braunschweig nach Wirtschaftsabschnitten**
(pdf, 59 KB)
- 4.06 Arbeitslosenquoten in den Kreisfreien Städten und Landkreisen der Region Braunschweig**
(pdf, 50 KB)
- 4.10 Arbeitsmarkt im Regionalvergleich**
(pdf, 51 KB)
- 4.14 Ausbildungsstätten und Auszubildende im Bereich der Stadt Braunschweig**
(pdf, 51 KB)
- 4.15 Ausbildungsstätten und Auszubildende im Bereich der Industrie- und Handelskammer Braunschweig am 31. Dezember 2003**
(pdf, 55 KB)
- 5.02 Rechtsform der Unternehmen im Bereich der Industrie- und Handelskammer Braunschweig**
(pdf, 156 KB)
- 8.07 Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen in der Region Braunschweig**
(pdf, 53 KB)
- 10.01 Kfz-Bestand in der Region Braunschweig**
(pdf, 51 KB)
- 16.03 Kassenmäßige Einnahmen, Schuldenstand und Personalstand der Finanzstatistik in Euro je Einwohner**
(pdf, 57 KB)
- 16.05 Kassenmäßige Ausgaben der Finanzstatistik in Euro je Einwohner**
(pdf, 58 KB)
- 16.19 Schuldenstand am 31. Dezember 2002 und Schuldenbewegung vom 1. Januar bis 31. Dezember 2002 in 1000 Euro**
(pdf, 58 KB)
- 16.20 Vollzeitbeschäftigte der Verwaltungseinheiten am 30. Juni 2002**
(pdf, 57 KB)
- 16.22 Teilzeitbeschäftigte der Verwaltungseinheiten am 30. Juni 2002**
(pdf, 58 KB)
- 16.27 Ist-Aufkommen an Realsteuern in Niedersachsen in 1 000 Euro**
(pdf, 55 KB)
- 16.28 Ist-Aufkommen an Realsteuern in Niedersachsen in Euro je Einwohner**
(pdf, 56 KB)
- 16.30 Realsteueraufbringungskraft und gemeindliche Steuerkraft in Niedersachsen im Jahre 2003 in Euro je Einwohner**
(pdf, 59 KB)
- 16.31 Realsteueraufbringungskraft und gemeindliche Steuerkraft in Niedersachsen im Jahre 2003 in 1 000 Euro**
(pdf, 59 KB)
- 16.32 Entwicklung der Steuerhebesätze**
(pdf, 55 KB)
- 17.03 Kaufwerte für baureifes Land in der Region Braunschweig in Euro/m²**
(pdf, 53 KB)

Mit der rechten Maustaste anklicken, "Ziel speichern unter..." wählen

Statistik Aktuell

- Kontakt
- Sitemap/Übersicht
- Braunschweig in der Statistik
- 1 Geographische und meteorologische Angaben
- 2 Bevölkerung
- 3 Wahlen
- 4 Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt
- 5 Unternehmen und Arbeitsstätten
- 6 Land- und Forstwirtschaft, Fischerei
- 7 Produzierendes Gewerbe
- 8 Bautätigkeit und Wohnungen
- 9 Handel, Gastgewerbe, Tourismus
- 10 Verkehr
- 11 Rechtspflege und öffentliche Sicherheit
- 12 Bildung und Wissenschaft
- 13 Kultur, Freizeit, Sport
- 14 Gesundheitswesen
- 15 Sozialleistungen
- 16 Finanzen, Steuern, Personal im öffentlichen Dienst
- 17 Preise
- 18 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen
- 19 Umwelt
- Regionaltabellen
- Grafiken
- Karten
- Einwohnerzahlen
- Statistische Angaben über Braunschweig
- Verbraucherpreisindex für Deutschland
- Fachbibliothek
- Veröffentlichungen / Downloads
- Statistik macht Spaß

5. Tabellenaufbau und Grafikgestaltung gestern und heute

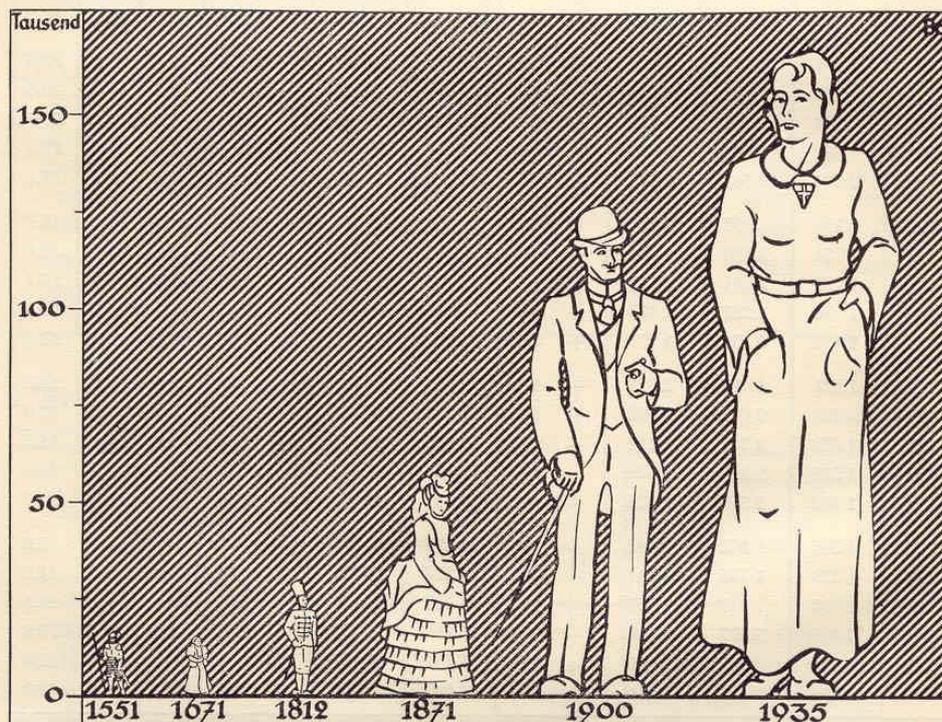
Schon bei der ersten Veröffentlichung des Statistischen Jahrbuches „Braunschweig in der Statistik“ im Jahr 1936 war den Verantwortlichen bewusst, dass zu einer Darstellung von statistischem Material nicht nur Tabellen, sondern auch Grafiken notwendig sind. So heißt es im Vorwort: „...Die eingefügten graphischen Darstellungen haben die Aufgabe, das Zahlenmaterial bildlich zu unterstützen, die wichtigsten Tabellen anschaulicher zu gestalten...“ Diese Anschaulichkeit ist 1936 durch sehr schöne und vor allem handgezeichnete Grafiken gelungen, die zum Teil von Hermann Bollmann, dem Zeichner der seit 1948 erschienenen „Bollmannpläne“ und Gründer des Bollmann-Bildkarten-Verlages in Braunschweig angefertigt wurden.

7. Entwicklung der Einwohnerzahl seit 1551

(Nach Volkszählungen bezw. mittleren fortgeschriebenen Jahreszahlen)

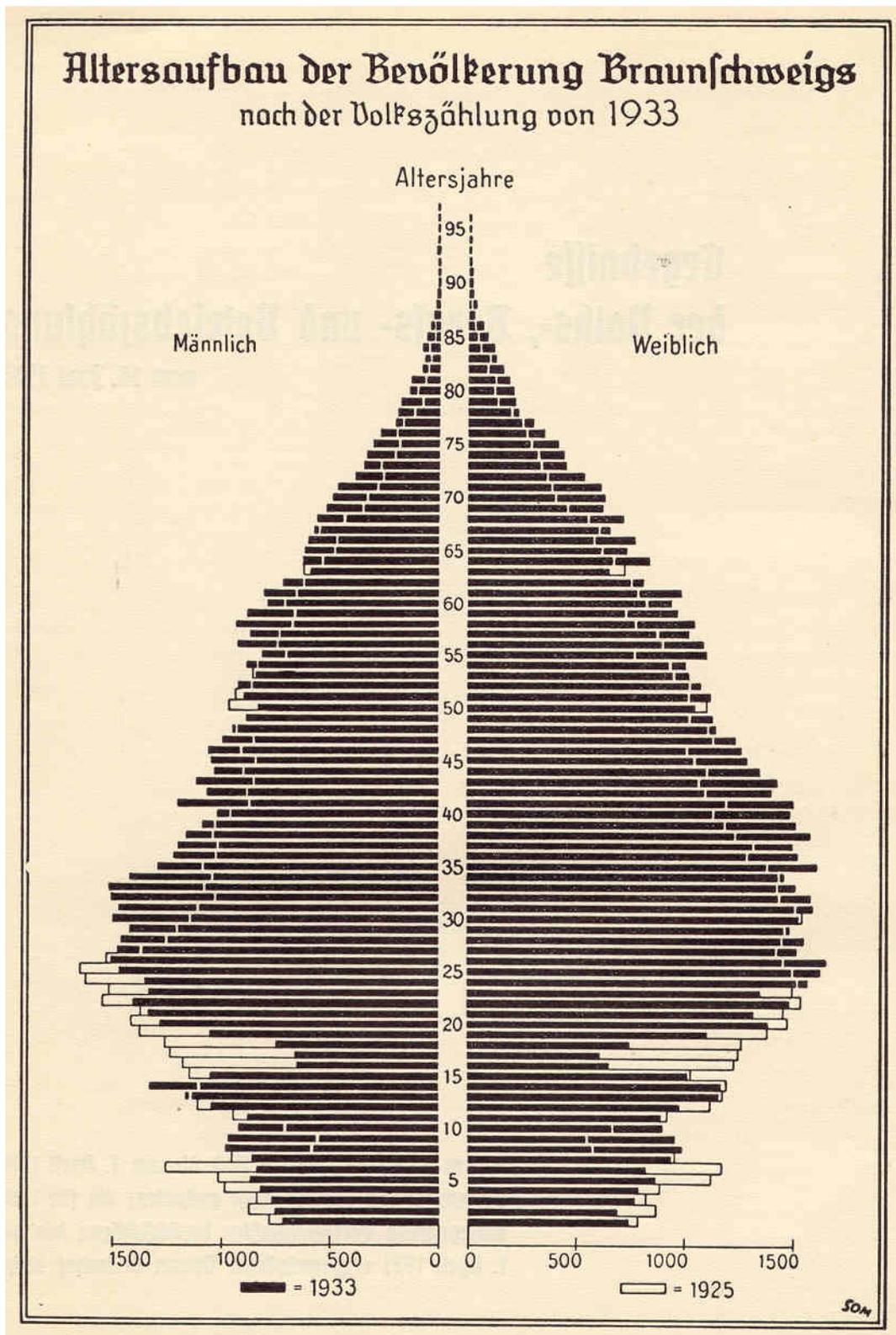
Jahr	Einwohner	Jahr	Einwohner	Jahr	Einwohner	Jahr	Einwohner
1	2	1	2	1	2	1	2
1551	16 192	1830	35 340	1864	45 450	1900	128 226
1671	15 570	1832	36 239	1867	50 369	1905	136 397
1783	27 063	1839	37 583	1871	57 883	1910	143 552
1788	26 154	1843	39 787	1875	65 938	1915	145 938
1793	27 301	1849	39 011	1880	75 038	1919	139 544
1811	27 590	1855	38 397	1885	85 174	1925	146 725
1812	29 950	1858	40 635	1890	101 047	1933	156 840
1822	32 945	1861	42 209	1895	115 138	1935	168 232

Entwicklung der Bevölkerungszahl



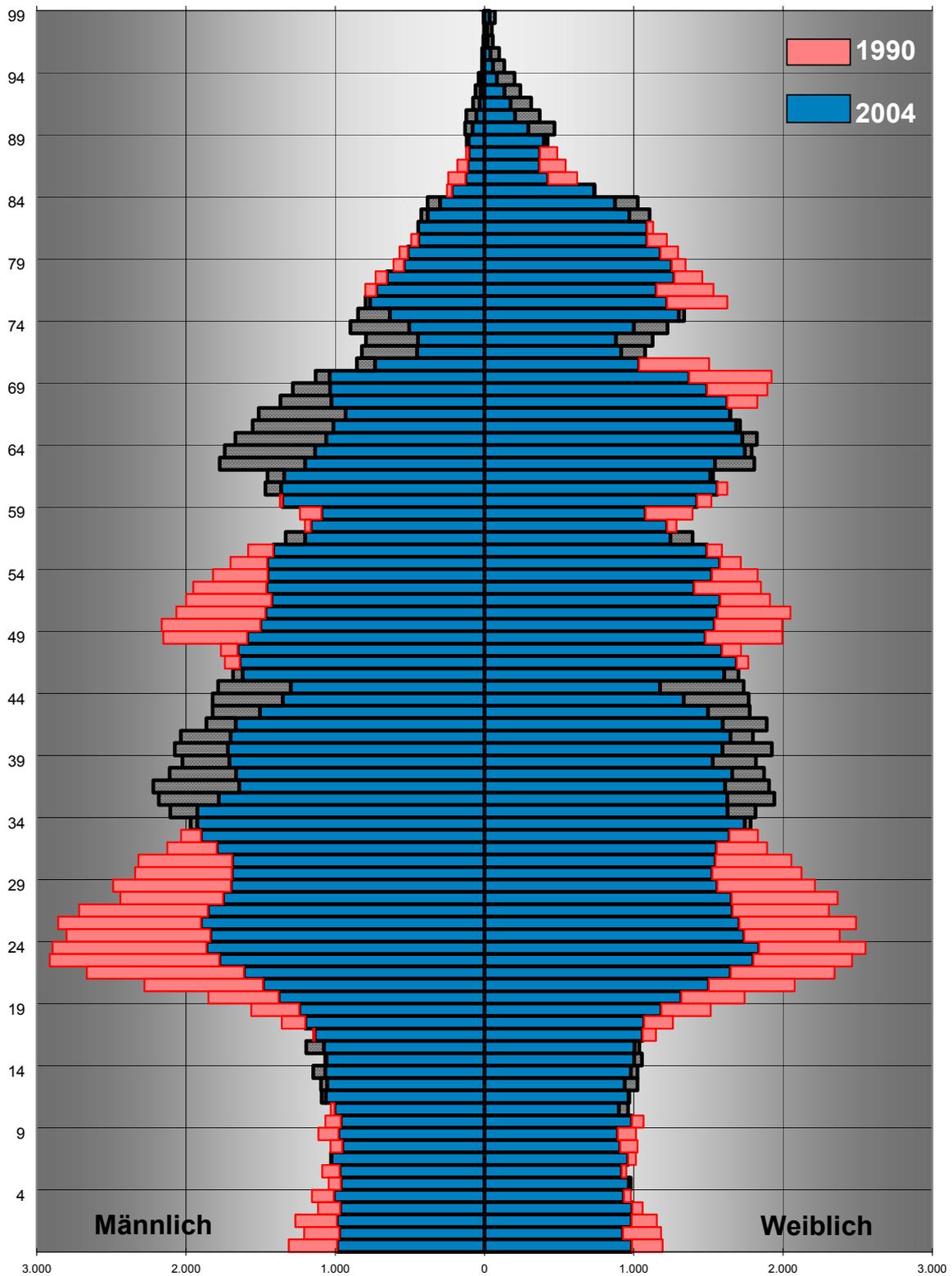
Quelle: Stadt Braunschweig (Hrsg.): Braunschweig in der Statistik, Braunschweig 1936, Seite 12 ff

Bei aller Unterschiedlichkeit in der Darstellungsweise zwischen 1936 und heute, gibt es jedoch auch eine Grafik, deren Erscheinungsbild bis heute nahezu unverändert geblieben ist:



Quelle: Stadt Braunschweig (Hrsg.): Braunschweig in der Statistik, Braunschweig 1936, Seite 100

Stadt Braunschweig Bevölkerungspyramide des Jahres 2004



Stadt Braunschweig / Referat Stadtentwicklung und Statistik / Bevölkerung am 31.12.1990 / 31.12.2004 nach Melderegister

78. Gesamtfremdenverkehr in den einzelnen Jahren

Jahr	Betten in Hotels, Gasthöfen, Herbergen, Jugendherbergen		Fremde			Übernachtungen		
	insgesamt	Ausnutzung in vH	insgesamt	davon Auslandsfremde	auf 100 Einwohner treffen Fremde	insgesamt	davon Auslandsfremde	auf 100 Fremde treffen Übernachtungen
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1927	1 061	30,0	81 790	2 833	557	116 198	3 945	142
1928	1 075	28,0	62 903	2 690	422	110 072	5 382	175
1929	1 069	29,1	80 628	3 130	531	113 657	3 553	141
1930	1 243	24,5	78 137	3 115	504	111 495	4 222	143
1931	1 243	20,1	66 362	2 817	425	91 184	4 077	137
1932	1 243	17,1	54 561	1 805	346	77 558	2 865	142
1933	1 202	16,7	53 013	1 515	338	73 078	2 293	138
1934	1 202	17,7	61 137	1 893	368	77 983	2 512	128
1935	1 081	24,6	76 616	2 562	455	96 985	3 438	127

Neuangekommene Fremde



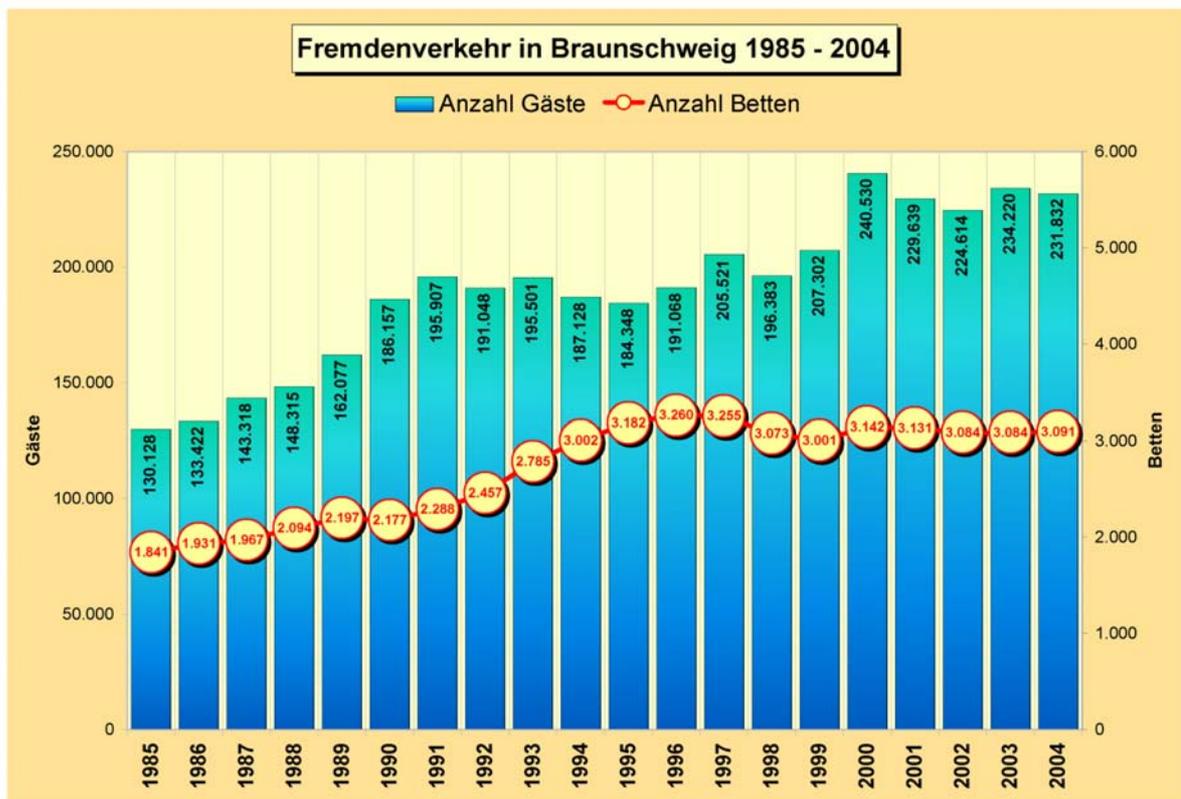
Quelle: Stadt Braunschweig (Hrsg.): Braunschweig in der Statistik, Braunschweig 1936, Seite 51

09_02 Gesamtfremdenverkehr

In Hotels, Gasthöfen, Pensionen, dem Jugendgästehaus und zwei Übernachtungsheimen ¹⁾

Jahr	gemeldete Betten ²⁾		Bettenausnutzung in vH ³⁾	Gäste		Übernachtungen			je Gast
	insgesamt	darunter in Hotels, Gasthöfen, Pensionen		insgesamt	darunter Auslands-gäste	insgesamt	darunter in Hotels, Gasthöfen, Pensionen	darunter von Ausländern	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
1991	2 288	2 062	49,6	195 907	24 028	414 259	361 204	57 308	2,1
1992	2 457	2 231	44,2	191 048	25 806	404 272	356 006	58 507	2,1
1993	2 785	2 559	40,0	195 501	26 538	407 401	365 452	61 781	2,1
1994	3 002	2 776	33,7	187 128	28 724	369 650	330 559	62 031	2,0
1995	3 403	3 187	31,1	194 897	28 329	387 435	349 459	65 376	2,0
1996	3 477	3 260	30,5	201 549	29 424	388 529	351 939	69 182	1,9
1997	3 313	3 096	33,7	215 624	32 186	406 975	371 667	66 970	1,9
1998	3 189	3 029	32,1	205 634	30 618	373 711	355 013	66 408	1,8
1999	3 262	3 102	31,0	216 989	35 871	368 964	349 544	66 150	1,7
2000	3 302	3 142	34,8	254 351	52 432	419 996	394 815	85 539	1,6
2001	3 291	3 131	33,0	239 892	41 452	391 603	372 859	70 615	1,6
2002	3 244	3 084	31,4	234 111	40 283	367 181	350 348	68 047	1,6
2003	3 244	3 084	34,2	242 999	41 614	404 773	386 445	71 603	1,7
2004	3 227	3 067	34,3	239 422	39 878	397 810	383 994	70 497	1,7

1) "Diakonieheim am Jödebrunnen" und Bahnhofsmision (ab 1.1.1995 geschlossen). - 2) Stichtag 31. Dezember; da keine Meldepflicht besteht, differieren die Zahlen trotz des im wesentlichen gleichen Bettenangebots. - 3) Die Bettenausnutzung wurde aus den durchschnittlichen Bettenkapazitäten der jeweiligen 12 Monate errechnet.

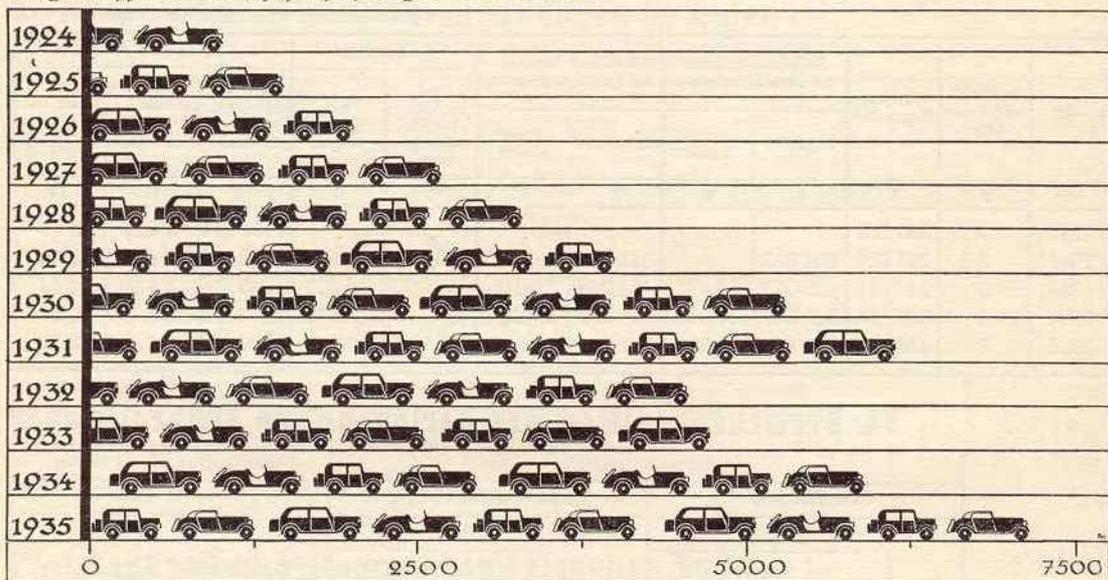


Quelle: Stadt Braunschweig (Hrsg.): Braunschweig in der Statistik, <http://www.braunschweig.de/statistik>, 2005

75. In der Stadt Braunschweig zugelassene Kraftfahrzeuge

Stichtag	Kraftfahrzeuge insgesamt	Davon waren															
		darunter			Personenwagen insgesamt	darunter mit		Lastkraftwagen insgesamt	darunter mit		Wagen f. Feuerlösch- u. Straßenreinigungszwecke	darunter mit		Zugmaschinen ohne Güterladerraum	darunter mit		
		Kraft-räder insgesamt	Klein-kraft-räder unter 200 ccm	Kraft-räder über 200 ccm		Ver-bren-nungs-ma-schinen	Elektro-motoren		Ver-bren-nungs-ma-schinen	Elektro-motoren		Ver-bren-nungs-ma-schinen	Elektro-motoren		Ver-bren-nungs-ma-schinen	Elektro-motoren	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	
1. Juli 1924	1 027	379	.	379	444	.	.	196	.	.	8	7	1
1. Juli 1925	1 498	539	.	539	655	.	.	287	.	.	9	8	1	8	.	.	.
1. Juli 1926	2 024	849	95	754	799	.	.	351	.	.	11	9	2	14	.	.	.
1. Juli 1927	2 693	1 154	178	976	1 117	.	.	390	.	.	14	12	2	18	.	.	.
1. Juli 1928	3 282	1 238	333	905	1 526	.	.	474	.	.	14	12	2	30	.	.	.
1. Juli 1929	4 010	1 512	480	1 032	1 904	.	.	549	.	.	16	12	4	29	.	.	.
1. Juli 1930	5 258	2 041	679	1 362	2 490	2 484	6	684	658	26	16	13	3	27	25	2	.
1. Juli 1931	6 168	2 515	868	1 647	2 838	2 833	5	766	740	26	18	15	3	31	29	2	.
1. Juli 1932	4 565	1 863	890	973	1 950	1 944	6	697	682	15	20	15	5	35	30	5	.
1. Juli 1933	4 743	2 059	1 062	997	2 010	2 008	2	612	598	14	20	15	5	42	37	5	.
1. Juli 1934	5 918	2 582	1 403	1 179	2 573	2 568	5	685	665	20	24	18	6	54	44	10	.
1. Juli 1935	7 160	2 758	1 498	1 260	3 301	3 290	11	995	940	55	24	20	4	82	32	50	.

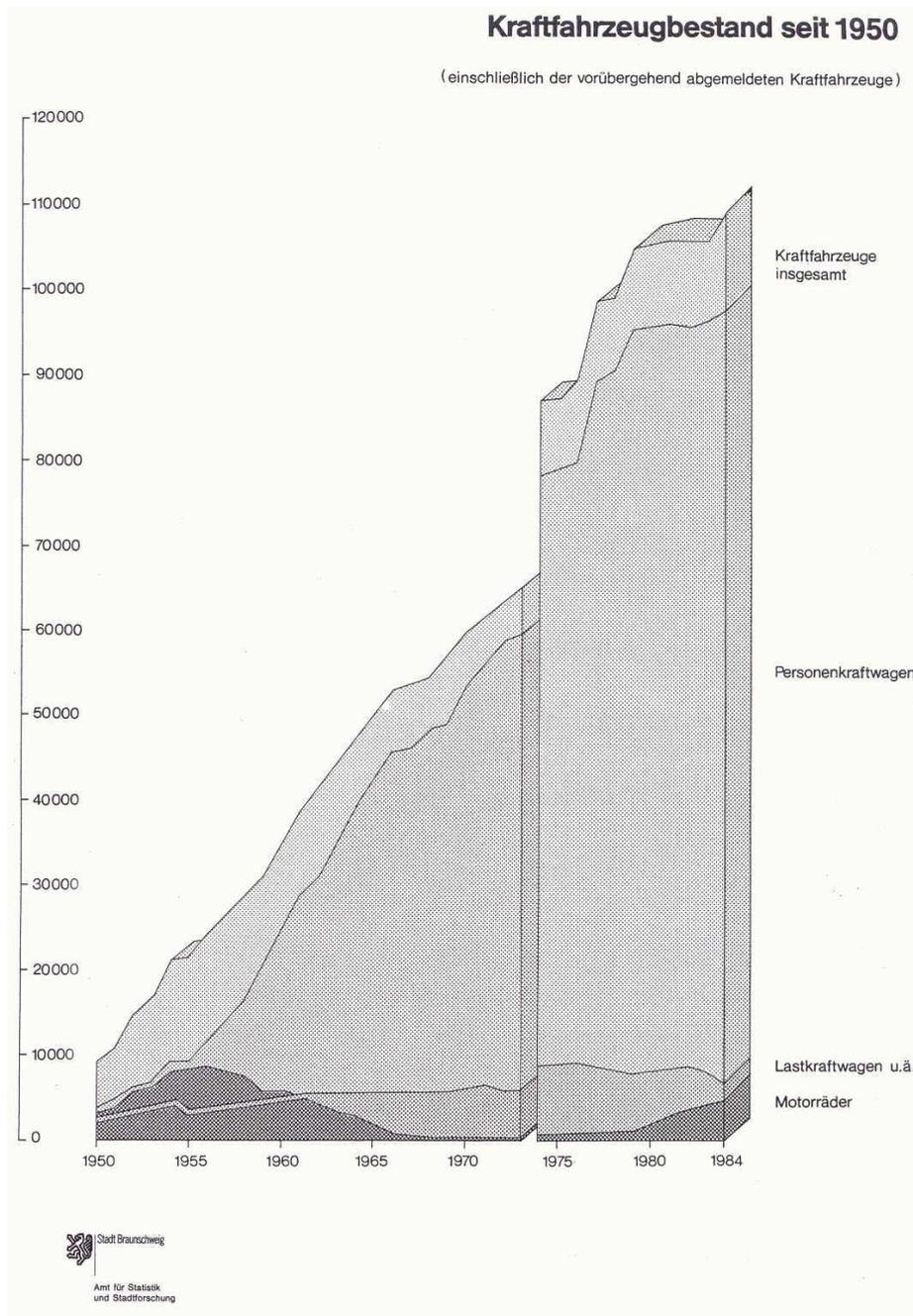
Zugelassene Kraftfahrzeuge am 1. Juli



76. Beteiligung der Wegebenußer an den Verkehrsunfällen

Jahr	Gesamtzahl der Unfälle	Daran beteiligte Verkehrsteilnehmer								
		Eisenbahn	Straßenbahn	Omnibusse	Lastkraftwagen u. Zugmaschinen	Personenkraftwagen	Gespanne einschl. Handwagen	Krafträder	Fahrräder	Fußgänger
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1933	1 114	4	90	11	257	586	137	256	610	218
1934	1 513	3	137	19	330	838	189	307	765	218
1935	1 566	1	121	46	491	739	153	305	792	221

Quelle: Stadt Braunschweig (Hrsg.): Braunschweig in der Statistik, Braunschweig 1936, Seite 50



148. Kraftfahrzeugbestand¹⁾ seit 1930

Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt (ab 1960)

Jahr (Stichtag 1. Juli)	Personen- kraft- wagen 2)	Kraft- omnibusse	Last- kraft- wagen 3)	Zug- maschinen	Kraft- räder und Motor- roller	Kraftfahrzeuge insgesamt		Außerdem Kraft- fahrzeug- anhänger
						absolut	auf 100 Einwohner	
						1	2	
1930	2 410	80	700	27	2 041	5 258	3,4	.
1939	7 423	.	1 910	226	6 029	15 588	7,9	.
1946	878	43	1 448	161	367	2 897	1,7	.
1950	3 276	112	2 587	161	2 929	9 065	4,1	1 170
1960	23 835	286	4 165	312	6 607	35 205	14,3	1 683
1970	53 374	382	5 154	496	603	60 009	26,8	2 345
1980	95 837	329	6 268	1 123	2 465	106 022	40,7	4 526
1981	96 486	310	6 427	1 106	2 955	107 284	41,3	4 680
1982	95 860	310	6 394	1 105	3 527	107 196	41,5	4 856
1983	96 313	295	6 295	1 091	4 048	108 042	42,2	4 962
1984	97 668	293	6 254	1 067	4 372	109 654	43,1	5 022

1) einschl. der vorübergehend abgemeldeten Kraftfahrzeuge. - 2) einschl. Kombiwagen und Kraftomnibusse, soweit sie nicht gesondert ausgewiesen werden. - 3) einschl. Sonderfahrzeuge.

Quelle: Stadt Braunschweig (Hrsg.): Braunschweig in der Statistik, 17. Folge, Braunschweig 1985, Seite 116 f

6. Die Bevölkerungsentwicklung Braunschweigs 1905 – 2005

Von der Großstadt mit mehr als 100.000 Einwohnern ...

Es bietet sich nun an, mit der Geschichte des Amtes seit 1905 die Ergebnisse eines seiner wichtigsten Aufgabenbereiche - nämlich der Bevölkerungsstatistik - auch die Entwicklung der Stadt anhand ihrer Einwohnerzahlen zu verfolgen. Im Jahre 1905, dem Entstehungsjahr der Städtischen Statistischen Stelle, hatte Braunschweig aufgrund des damaligen Volkszählungsergebnisses eine ortsanwesende Bevölkerungszahl von 136 397. Großstadt war Braunschweig bereits im Jahr 1890 geworden, als die Einwohnerzahl die 100 000er-Grenze überstieg. Von 1905 bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges im Jahr 1914 nahm die Einwohnerzahl kontinuierlich auf 147 380 (am 2. Oktober) zu.

Infolge der Kriegereignisse sank die Bevölkerung bis zum Jahr 1918, dem letzten Kriegsjahr, drastisch um rund 20 000 Einwohner auf 127 548. Danach erholte sie sich relativ rasch und bereits im Jahr 1920 waren wieder rd. 144 000 Einwohner erreicht. In den darauf folgenden Jahren der Inflation und der Weltwirtschaftskrise stagnierte die Braunschweiger Bevölkerungszahl. Erst gegen Ende dieses Zeitraumes war wieder ein Bevölkerungswachstum zu verzeichnen, so dass 1929 die Bevölkerung erstmalig 150 000 überschritt und im Zeitraum der relativen Prosperität bis zum Beginn des 2. Weltkrieges dann aber sehr deutlich anstieg. So wurde 1935, nach einigen Eingemeindungen, bereits eine mittlere Jahresbevölkerung von 168 232 festgestellt, und die Volkszählung von 1939 ergab für Braunschweig 196 068 Einwohner.

... über die Verdoppelung auf mehr als 200.000 Einwohner ...

Die mittlere Jahresbevölkerung von 1940 lag mit 205 511 erstmalig über der Schwelle von 200 000 Einwohnern und das Maximum dieser Wachstumsperiode wurde im Kriegsjahr 1942 mit einer mittleren Bevölkerung von 214 564 Einwohnern erreicht. Die Kriegswirren verhinderten im Jahr 1944 eine kontinuierliche Erfassung der Bevölkerung nach Monaten, so dass im Durchschnitt der Monate Januar bis August noch eine Zahl von 200 850 Einwohnern in Braunschweig festgestellt werden konnte.

Nach den verheerenden Bombenangriffen auf Braunschweig im Oktober 1944 und den Folgen des Zusammenbruchs der Wirtschaft sowie privater und öffentlicher Versorgungsfunktionen in der Stadt waren infolge der kriegsbedingten Evakuierungen im Durchschnitt des Jahres 1945 nur noch 136 318 Einwohner in Braunschweig als mittlere Jahresbevölkerung ermittelt worden. Jedoch wurden im Jahr 1946 bei der ersten Volkszählung nach dem Krieg bereits wieder 181 375 Einwohner in der Stadt gezählt. Hier machte sich der massive Zuzug der aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten vertriebenen Mitbürger bemerkbar, der für ein weiteres schnelles Bevölkerungswachstum sorgte. Im Jahr 1948 lag die mittlere Braunschweiger Wohnbevölkerung mit 204 971 Einwohnern schon wieder deutlich über der Schwelle von 200 000 Einwohnern.

Das beginnende Wirtschaftswunder und der damit verbundene Wiederaufbau in den 50er Jahren führten in Braunschweig zu einem kontinuierlichen Bevölkerungswachstum. Zum Zeitpunkt der Volkszählung 1950 wurden in Braunschweig 223 760 Einwohner erfasst. Dieser Anstieg der Bevölkerungszahl setzte sich bis zum Jahr 1959 fort als mit 248 717 Einwohnern ein vorläufiges Maximum erreicht wurde. Zu jener Zeit lagen im Rathaus bereits Geschenke und Urkunden für den 250 000. Einwohner bereit, doch sollte es aufgrund der nun vermehrt einsetzenden Stadt-Umland-Wanderung nicht mehr dazu kommen, dass Braunschweig eine Viertelmillio-

nen-Stadt wurde. Die Bevölkerungszahl nahm fortan kontinuierlich ab: 1961 wurden zum Zeitpunkt der Volkszählung in Braunschweig 246 085 Einwohner erfasst; neun Jahre später, bei der Großzählung 1970, waren es nur noch 223 700 Einwohner. Der Schlusspunkt dieser Entwicklung wurde am 28.02.1974, dem Tag vor der großen Gebietsreform, registriert, als nur noch 217 976 Bürger als fortgeschriebene Wohnbevölkerung in Braunschweig ermittelt wurden.

... erst durch Eingemeindungen in die Kategorie der Viertel-Millionen-Städte

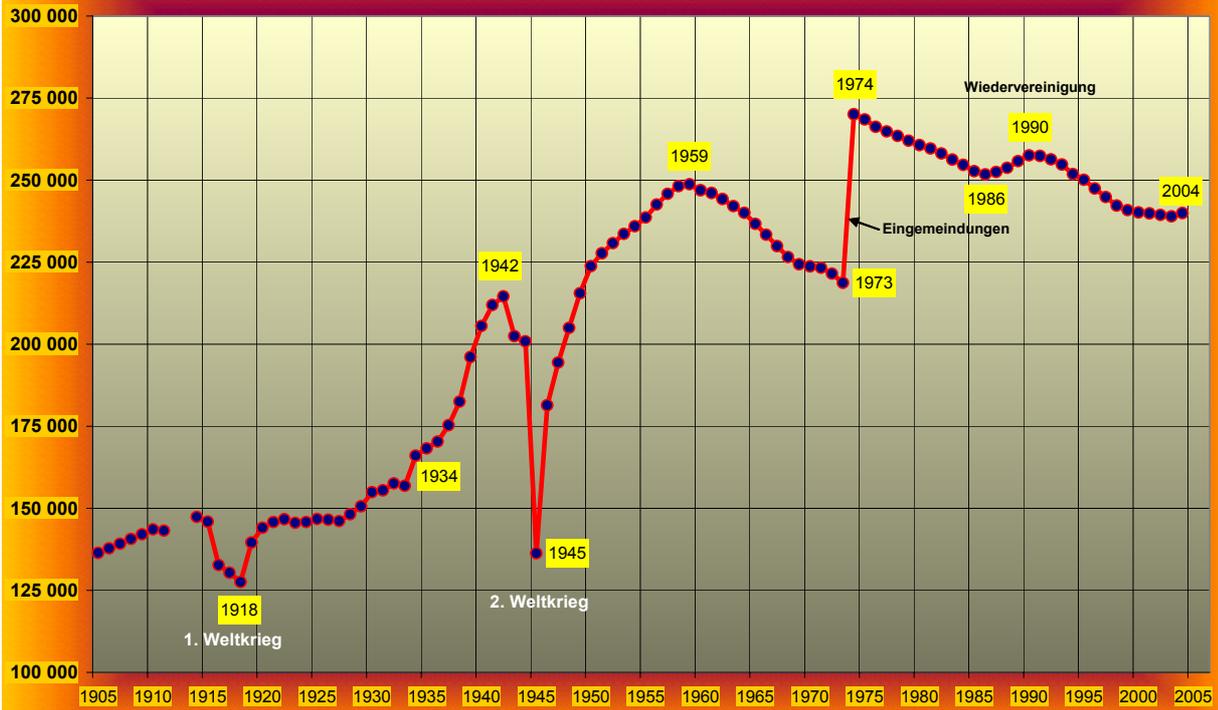
Durch die am 01.03.1974 in Kraft getretene Gebietsreform und der damit verbundenen Eingemeindung von 22 Dörfern des ehemaligen Landkreises Braunschweig mit exakt 52 000 Einwohnern stieg die Zahl der Braunschweiger an diesem Stichtag auf 269 976. Zum 31.12.1974 konnte dann mit Schluss des Eingemeindungsjahres, welches für die Gebiets- und Entwicklungsgeschichte für Braunschweig so bedeutend war, mit 270 037 Einwohnern das bisher registrierte Maximum der Bevölkerungszahl erreicht werden. Trotz der Eingemeindungen vom 01.03.1974 und des damit verbundenen Bevölkerungszuwachses aus der dortigen Stammbevölkerung und des teilweisen "Zurückholens" der Stadt-Umland-Wanderer setzte sich durch Wanderungen in die benachbarten Landkreise der Region, aber auch durch Sterbeüberschüsse der überalterten großstädtischen Bevölkerung der Einwohnerrückgang fort. Im Jahr 1980 wurde zum vorletzten Mal mit 260 654 eine mittlere Jahresbevölkerung oberhalb von 260 000 Einwohnern registriert.

Zusätzlich ausgelöst durch wirtschaftliche Verwerfungen infolge der beiden großen Ölkrisen Mitte und Ende der 70er Jahre, die auch in Braunschweig zu Arbeitsplatzverlusten bis ins Jahr 1985 hinein führten, gab es Abwanderungstendenzen von Arbeitskräften mit ihren Familien, die sich erfahrungsgemäß erst mit gewisser Verzögerung in Form von Fernwanderungen auf der Suche nach neuen Arbeitsplätzen bemerkbar machen. Im Jahr 1986 war mit einer mittleren Jahresbevölkerung von 251 751 Menschen der vorläufige Schlusspunkt dieser Bevölkerungsabnahme erreicht. Der seit 1985 einsetzende und durch die Vereinigung der beiden deutschen Staaten bis etwa 1992/93 anhaltende wirtschaftliche Aufschwung hat auch in Braunschweig wieder zu einem Wachstum der Arbeitsplätze und damit zu einem Wachstum der Bevölkerung geführt, welches hauptsächlich durch die beträchtlichen Zuwanderungsüberschüsse aus den neuen Bundesländern bedingt war. Dokumentiert wird dies durch die erneute Überschreitung der Schwelle von 260 000 Einwohnern um 430 Personen bei der mittleren Jahresbevölkerung von 1991.

In jüngster Zeit machten sich wieder vermehrt Abwanderungstendenzen von Bürgern bemerkbar, die über das Defizit der natürlichen Bevölkerungsbewegung hinaus zur Abnahme der Braunschweiger Bevölkerung beitrugen. Der Wunsch nach preiswertem und vor allem kurzfristig verfügbarem Bauland bewog viele Braunschweiger Haushalte im typischen „Bauwilligenalter“, sich nach Grundstücken in den umgebenden Landkreisen umzusehen, die dadurch Bevölkerungszunahmen erfuhren. Bis zum Jahresende 2003 sank die Braunschweiger Bevölkerung auf 238 939 Personen. Erst im letzten Berichtsjahr 2004, welches dem Jubiläumsjahr vorausging, waren nicht zuletzt aufgrund des inzwischen innerhalb des Stadtgebietes geschaffenen umfangreichen, nachfragegerechten Wohnbaulandangebotes erstmals wieder Wanderungsgewinne aus dem Umland zu verzeichnen, so dass die Einwohnerzahl erstmals wieder nah an die 240 000er Schwelle herankam.

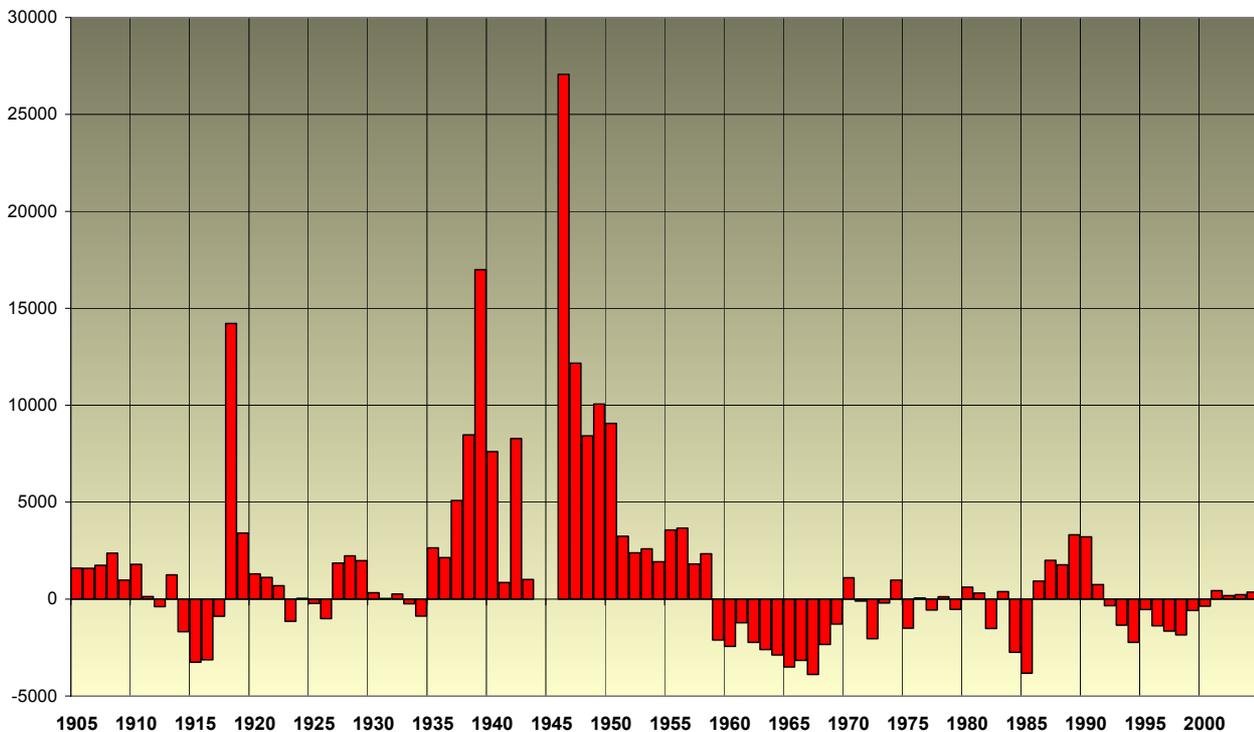
Es ist sicher noch zu früh, hier von einer Trendwende zu sprechen; es bleibt jedoch zu hoffen, dass ein ausreichendes Arbeitsplatzangebot in Verbindung mit einem attraktiven Wohnungs- und Wohnbaulandangebot maßgeblich zu einer Stabilisierung der Bevölkerungsentwicklung Braunschweigs beitragen werden. Aktuelle Prognosen zufolge wird die Bevölkerungszahl der Region Braunschweig bis 2030 kontinuierlich zurückgehen. Bei zunehmender Sensibilität der Bürger für die geldwerten Vorteile des Wohnens in der Stadt und dem stetig zunehmenden Zeit- und Kostenaufwand des Wohnens „weit draußen im Grünen“, gewinnt der Trend zurück in Richtung der mit öffentlicher und privater Infrastruktur sowie sozialen und Gesundheitsdienstleistungen voll ausgestatteten Städte vermutlich an Bedeutung.

Entwicklung der Einwohnerzahl Braunschweigs seit 1905



Stadt Braunschweig / Referat Stadtentwicklung und Statistik / einwohner1905-2004

Bevölkerungsgewinne und -verluste durch Wanderungen 1905-2004



Stadt Braunschweig / Referat Stadtentwicklung und Statistik / wanderungssaldo 1905-2004

Die Braunschweiger Einwohnerzahlen seit der Errichtung der Statistikstelle im Jahr 1905

Jahr	Erläuterungen s. u.	Einwohner	Jahr	Erläuterungen s. u.	Einwohner
1905	o	136 397	1956	m	242 546
1906	f	137 780	1957	m	245 811
1907	f	139 211	1958	m	248 179
1908	f	140 642	1959	m	248 717
1909	f	142 073	1960	m	246 888
1910	o	143 552	1961	w	246 085
1911	m	143 194	1962	m	244 226
1912	.	.	1963	m	242 053
1913	.	.	1964	m	240 021
1914	1)	147 380	1965	m	236 665
1915	m	145 938	1966	m	233 352
1916	o	132 697	1967	m	229 872
1917	o	130 386	1968	m	226 545
1918	2)	127 548	1969	m	224 326
1919	o	139 544	1970	w	223 700
1920	f	144 065	1971	4)	223 295
1921	f	145 815	1972	m	221 484
1922	f	146 662	1973	m	218 688
1923	f	145 561	1974	(28.2.)	217 976
1924	f	145 822	1974	(1.3.) 5)	269 976
1925	w	146 725	1974	f	270 037
1926	m	146 513	1975	m	268 470
1927	m	146 110	1976	m	266 221
1928	m	148 173	1977	m	264 828
1929	m	150 603	1978	m	263 459
1930	m	154 907	1979	m	262 027
1931	m	155 455	1980	m	260 654
1932	m	157 596	1981	m	259 610
1933	w	156 840	1982	m	258 108
1934	m	166 040	1983	m	256 225
1935	m	168 232	1984	m	254 625
1936	m	170 317	1985	m	252 706
1937	m	175 303	1986	m	251 751
1938	m	182 463	1987	m 6)	252 473
1939	w	196 068	1988	m	253 585
1940	m	205 511	1989	m	255 557
1941	m	211 914	1990	m	259 136
1942	m	214 564	1991	m	260 430
1943	m	202 464	1992	7)	256 328
1944	3)	200 850	1993	7)	254 729
1945	m	136 318	1994	7)	251 820
1946	w	181 375	1995	7)	250 088
1947	m	194 393	1996	7)	247 441
1948	m	204 971	1997	7)	244 823
1949	m	215 495	1998	7)	242 223
1950	w	223 760	1999	7)	240 846
1951	m	227 681	2000	7)	240 144
1952	m	230 771	2001	7)	239 855
1953	m	233 597	2002	7)	239 388
1954	m	235 924	2003	7)	238 939
1955	m	238 608	2004	7)	239 921

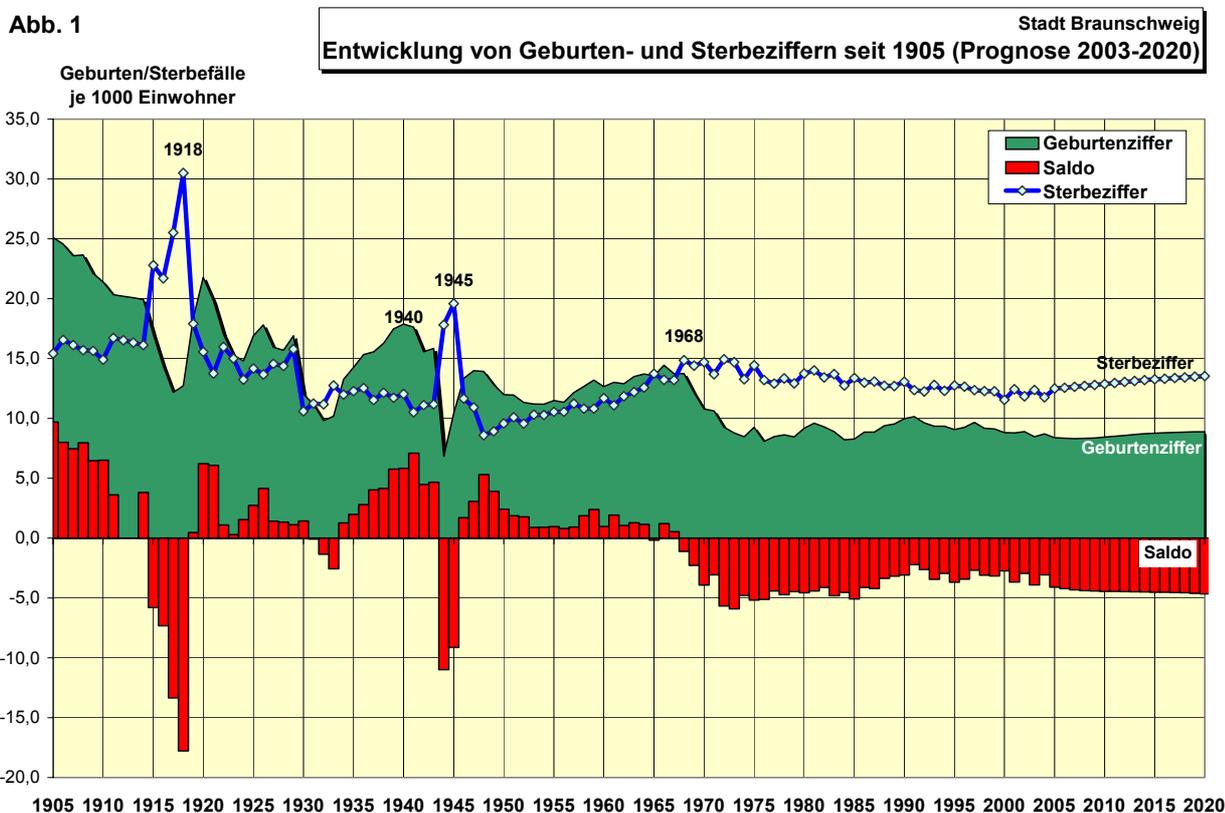
o = ortsanwesende Bevölkerung nach der Volkszählung; m = mittlere Einwohnerzahl; f = fortgeschriebene Bevölkerung am Jahresende; w = Wohnbevölkerung nach der Volkszählung. - 1) fortgeschriebene Bevölkerung am 1.10. - 2) fortgeschriebene Bevölkerung am 1.8. - 3) Durchschnitt der Monate Januar bis Juli. - 4) ab 1971 Fortschreibung auf Basis der Volkszählung vom 27.5.1970. - 5) Eingemeindung von 22 Randgemeinden. - 6) ab 1987 Fortschreibung auf Basis der Volkszählung vom 25.5.1987. - 7) ab 1993 Basis: Einwohnermeldedatei, Auswertung zum 31.12.

7. Das Phänomen des „demografischen Wandels“

Der demografische Wandel ist in Politik und Medien in den letzten Jahren zu einem viel zitierten Schlagwort geworden, um auf tiefgreifende Veränderungsprozesse der nahen Zukunft aufmerksam zu machen. Wandel heißt in diesem Sinne Veränderung, Umbruch, meint also Bewegung, die die demografischen Strukturen und deren Entwicklung erfasst und damit nachhaltige Auswirkungen auf vielfältige Lebensbereiche nach sich zieht. Am Beispiel der Stadt Braunschweig soll im Folgenden ein Ausblick gegeben werden, wie sich die Zahl und die strukturelle Zusammensetzung in den kommenden Jahren bis 2020 nach gegenwärtigen Erkenntnissen voraussichtlich verändern wird. Insbesondere die künftigen Altersstrukturen, d. h. das Verhältnis zwischen junger und alter Bevölkerung ist dabei ein zentrales Kernthema des demografischen Wandels, nicht zuletzt vor dem Hintergrund der vielfältigen, vom Alter abhängigen Bedarfsstrukturen – z. B. Kindergärten und Schulen, Arbeitskräftepotential oder Altenpflegeeinrichtungen.

Um die Trendrichtung und das Ausmaß der zu erwartenden Entwicklungen besser einordnen, also gewissermaßen „eichen“ zu können, soll zunächst ein Rückblick auf die Veränderungen der Vergangenheit gewährt werden. Demografische Prozesse laufen in der Regel sehr langsam und stetig ab, sind damit also bereits weit in der Vergangenheit „vorprogrammiert“. Die heutige Altersstruktur ist das Ergebnis der Geburten- und Sterbehäufigkeit der letzten 100 Jahre, zusätzlich modifiziert und selektiv beeinflusst durch Wanderungseinflüsse.

Betrachtet man zunächst das Profil der Braunschweiger Geburten- und Sterbefallzahlen je 1000 Einwohner seit 1905, so können bereits wesentliche Merkmale der heutigen Altersstruktur erklärt werden (vgl. Abb. 1).



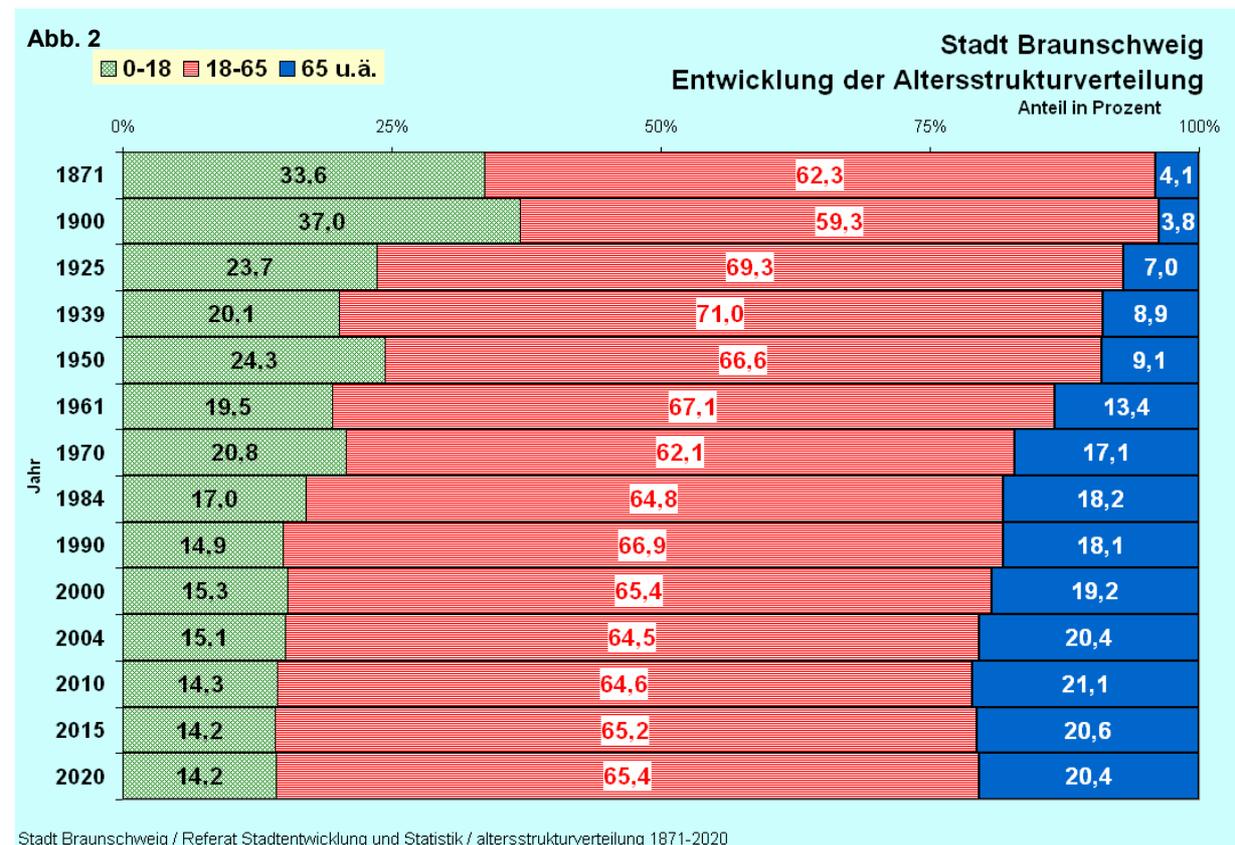
Stadt Braunschweig / Referat Stadtentwicklung und Statistik / geburten-sterbeziffern1905-2020

Erster Weltkrieg (insb. 1915-1918), Weltwirtschaftskrise (um 1932) und Zweiter Weltkrieg (davon 1944/45) markieren auch in den Bevölkerungspyramiden Braunschweigs (vgl. auch Abb. 5) die wichtigsten Einschnitte bzw. Einkerbungen. Ein dramatischer Anstieg der Sterberaten durch die beiden Weltkriege und ein parallel dazu sinkendes Geburtenniveau sorgten dafür, dass die Einwohnerbilanz in diesen Zeiträumen allein durch die natürliche Entwicklung (ohne Einfluss von Wanderungen) negativ geprägt war. Mit Ausnahme der drei genannten Sondersituationen war die natürliche Bilanz jedoch bis Ende der 60er Jahre durch einen stetigen Geburtenüberschuss gekennzeichnet.

Dieses Bild natürlicher Bevölkerungsgewinne kehrte sich im Jahr 1968 jedoch grundlegend um. Seit dem demografischen „Wendejahr“ 1968 überwiegen die Sterbefallzahlen die der Geburten, den starken Geburtsjahrgängen der 60er Jahre („Babyboom“) folgten deutlich schwächere Jahrgänge in den 70er Jahren („Pillenknicke“).

Damit ist die heutige Elterngeneration der 25- bis 35-Jährigen allein zahlenmäßig deutlich kleiner als dieselbe Altersgruppe vor 10 Jahren, was schließlich auch zu einem Rückgang der Geburtenzahlen führte. Gegenwärtig werden durchschnittlich je Frau weniger als 1,4 Kinder geboren – das Bestanderhaltungsniveau läge bei 2,1 Kindern je Frau - das heißt, die Elterngeneration wird nur zu zwei Dritteln durch die nachfolgende Kindergeneration ersetzt. Für einen erneuten Anstieg dieser Fertilitätsraten liegen derzeit keine Indizien vor, d. h. das niedrige Geburtenniveau wird sich auch in den nächsten Jahren stabil fortsetzen. Es ist also auch in Braunschweig weiterhin mit niedrigen Geburtenzahlen zu rechnen, ein leichter Anstieg um das Jahr 2020 ist lediglich als „Echoeffekt“ auf den kleinen „Geburtenberg“ der 90er Jahre zu verstehen.

Das über Jahrzehnte beobachtete geringe Geburtenniveau hat im Zusammenhang mit einer weiter steigenden Lebenserwartung – in Braunschweig aktuell 74,9 bzw. 81,6 Jahre (Männer/Frauen) – zwangsläufig eine weit reichende Umverteilung der Altersstruktur zur Folge. Der Anteil jüngerer Altersgruppen nahm im letzten Jahrhundert kontinuierlich ab, die älteren Bevölkerungsgruppen gewannen immer mehr an Gewicht (vgl. Abb. 2).



Die Zunahme der Zahl älterer Menschen führt schließlich auch zu einem Anstieg der Sterbefallzahlen, was sich wiederum negativ auf die natürliche Bevölkerungsbilanz auswirkt. Auch in den kommenden Jahren ist daher bei annähernd stagnierenden Geburtenzahlen weiter mit einem konstanten Sterbefallüberschuss von 700 bis 1000 Personen pro Jahr zu rechnen – eine demografische „Hypothek“, die die weitere Bevölkerungsentwicklung entscheidend prägen wird. Selbst bei einer Fortsetzung des Trends leicht positiver Wanderungssalden aus den letzten Jahren, ist bei Annahme jährlicher Wanderungsgewinne von ca. 500 bis 700 Personen dennoch aufgrund des Geburtendefizits ein leichter Bevölkerungsrückgang von durchschnittlich 500 Einwohnern pro Jahr in Braunschweig bis 2020 vorprogrammiert. Alle derzeit vorliegenden Prognosen für Braunschweig sehen für die nächsten Jahre mäßige, aber kontinuierliche Einwohnerrückgänge voraus (IES-Institut, GEWOS, Nds. Landesamt für Statistik, Referat Stadtentwicklung und Statistik).

Die quantitative Größenordnung des jährlichen Einwohnergewinns- oder -verlusts spielt bei einer 240.000 Einwohner-Stadt wie Braunschweig eine eher untergeordnete Rolle. Langfristig wichtiger ist die altersstrukturelle Zusammensetzung dieser Population. Die Frage nach der zukünftigen Entwicklung wichtiger Altersgruppen ist im Rahmen der Diskussion des demografischen Wandels von entscheidender Bedeutung für unterschiedlichste kommunale Planungsbereiche. Was hat also die Stadt Braunschweig in den kommenden Jahren zu erwarten? Wird sich insbesondere das Szenario einer „vergreisenden Gesellschaft“ auch hier abzeichnen? Antworten auf diese Fragen sollen anhand einer prognostischen Vorausschätzung ausgewählter Altersgruppen bis zum Jahr 2020 diskutiert werden (vgl. Abb. 3).

Die Zahl der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren wird dem Trend der letzten Jahre folgend weiter sinken. Über das Niveau der letzten Jahre hinausreichende Bedarfsspitzen in der Infrastrukturversorgung im Hinblick auf Kindergärten und Schulen deuten sich damit nicht an.

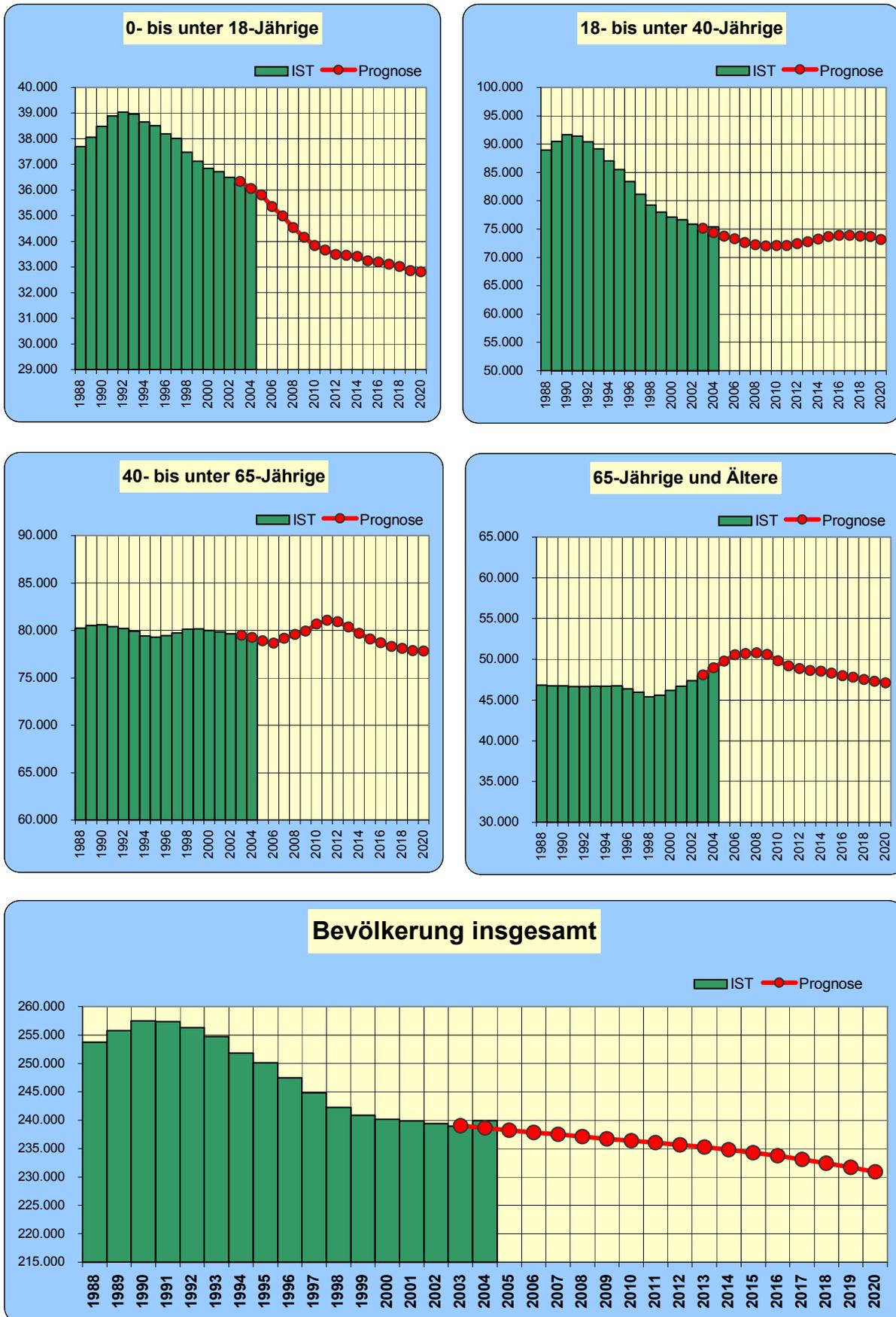
Die Zahl junger Erwachsener im Alter von 18 bis unter 40 Jahren wird nach anfänglich zunächst rückläufiger Tendenz langfristig weitgehend stabil bleiben.

Die ältere Hälfte des Erwerbspersonenpotentials, d. h. die 40- bis unter 65-Jährigen werden ihren absoluten Höhepunkt erst nach dem Jahr 2010 erreichen, danach jedoch auf das heutige Niveau wieder zurückfallen.

Die Zahl älterer Menschen über 65 Jahre wird zunächst weiter steigen und im Jahr 2008 ihre Maximalbesetzung erreichen. Anschließend ist bis zum Jahr 2020 ein vorläufiger Rückgang zu erwarten, ebenfalls ungefähr auf die heutige Ausgangszahl. Ein dramatischer Anstieg der „Altenbevölkerung“ ist somit in Braunschweig bis 2020 zunächst nicht wahrscheinlich. Erst mit dem Eintritt der geburtenstarken Jahrgänge der 60er Jahre in das Rentenalter ist ab 2025/2030 mit einer deutlichen Zunahme der Senioren zu rechnen. Das im Zuge des demografischen Wandels allseits gefürchtete Phänomen der schnellen Vergreisung kann damit für Braunschweig im Zeitraum bis 2020 nicht bestätigt werden. Indirekt profitiert Braunschweig hier von den zwar schmerzlichen Wanderungsverlusten geburtenstarker Jahrgänge in den 60er und auch 90er Jahren, die heute bzw. erst nach 2020 als Senioren auftauchen würden.

Auch eine Betrachtung der prozentualen Altersstrukturverteilung zeigt, dass die massivsten Veränderungen im Sinne eines demografischen Wandels bereits im Verlauf der letzten 100 Jahre vollzogen worden sind (vgl. Abb. 2). Während um das Jahr 1900 der Anteil der unter 18-Jährigen noch 37 % betrug, liegt dieser heute nur noch bei rund 15 %, im Jahr 2020 wird dieser Anteil immer noch knapp über 14 % betragen. Ähnlich verhält es sich mit der älteren Bevölkerungsgruppe über 65 Jahre. Im Jahr 1900 waren nur knapp 4 % der Bevölkerung in Braunschweig 65 Jahre oder älter. Insbesondere dank des medizinischen Fortschritts und der dadurch gestiegenen Lebenserwartung ist der Anteil der über 65-Jährigen bis heute um mehr als das Fünffache auf über 20 % gestiegen. Dieser Anteil wird voraussichtlich im Jahr 2008 mit rund 21,5 % einen Höhepunkt erreichen, wobei der Anstieg jedoch getragen wird von der „jüngeren Hälfte“ der Alten, also der 65- bis 75-Jährigen (starke Geburtsjahrgänge 1934-43).

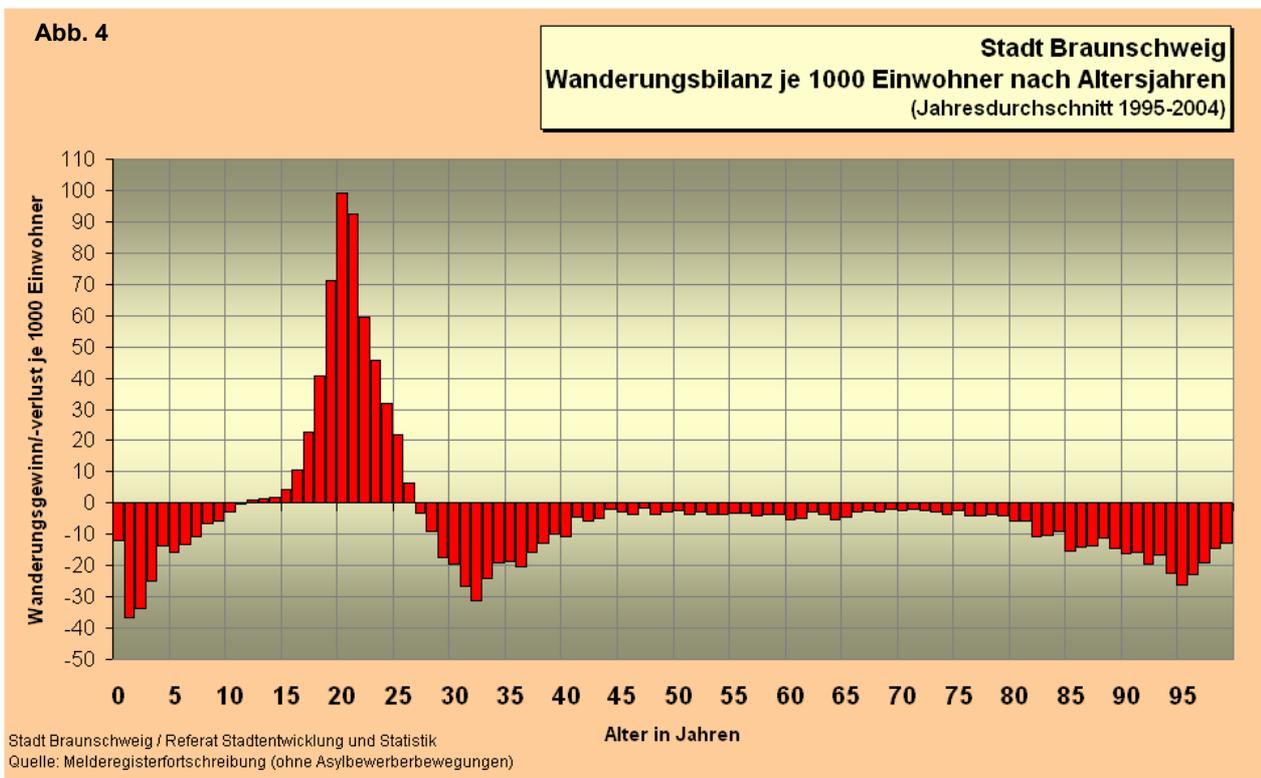
Abb. 3: Prognose ausgewählter Altersgruppen



Fazit:

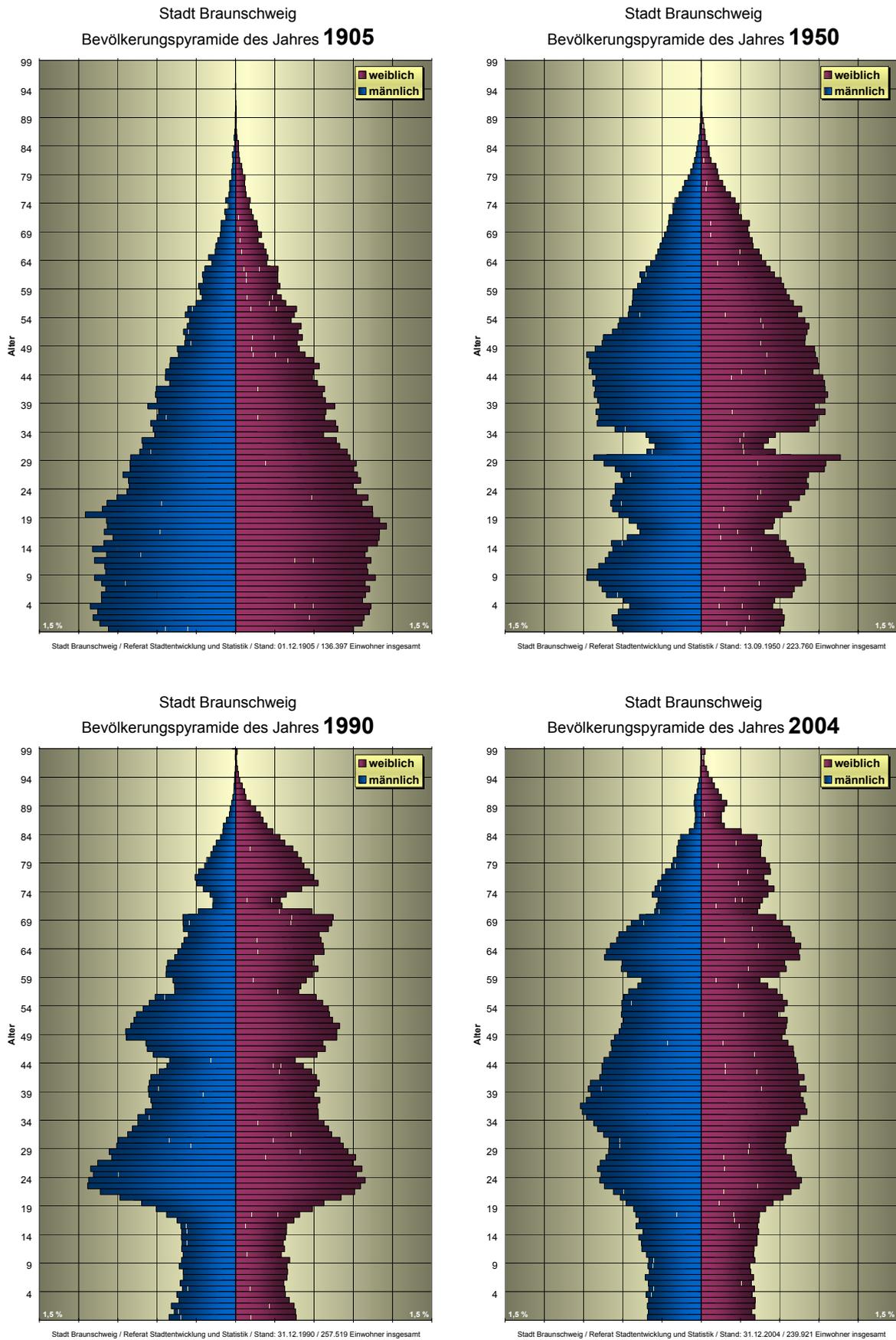
Braunschweig hat aufgrund der selektiven Abwanderung geburtenstarker Jahrgänge in der Vergangenheit sowie der hohen Wanderungsfluktuation im Bereich jüngerer Altersgruppen zumindest mittelfristig bis zum Jahr 2020 keinen „Altenboom“ zu erwarten. Erst danach, ca. ab dem Jahr 2025, wird sich der „demografische Wandel“ bundesweit in Form einer rasch zunehmenden Alterung massiv bemerkbar machen.

Unter demografischen Gesichtspunkten befindet sich Braunschweig derzeit im Vergleich zu den 90er Jahren in einer günstigen Situation. Das Verhältnis von typischen Zuzugspotentialen (18- bis 25-Jährige) und Wegzugspotentialen (25- bis 40-Jährige) ist im Bevölkerungsbestand des Jahres 2005 deutlich günstiger ausgeprägt als noch vor 10 Jahren und lässt eine positive Wanderungsbilanz erwarten. Als typisches Wanderungsprofil Braunschweigs lassen sich Wanderungsgewinne in Relation zur Bevölkerungszahl nur im Alterssegment der 15- bis 26-Jährigen erkennen, alle übrigen Altersgruppen – insbesondere die der 27- bis 40-Jährigen in Verbindung mit Kindern unter 10 Jahren und auch Senioren ab 80 Jahren – sind traditionell durch eine negative Wanderungsbilanz gekennzeichnet (vgl. Abb. 4).



Entscheidendes Kriterium für eine Großstadt von der Arbeitsplatz- und Ausbildungszentralität Braunschweigs ist somit weiterhin, die gewonnenen jüngeren Zuzugspotentiale nach Beendigung der (universitären) Ausbildung bzw. bei Eintritt in die Phase der Familiengründung durch eine entsprechende Wohnattraktivität in Braunschweig zu halten. Langfristig gesehen ist aus demografischer Sicht die besondere Förderung von Familien mit Kindern (Motto „kinderfreundliches Braunschweig“) sicher gut angelegtes Kapital, um den Trends der langsam „voranschleichenden“ Überalterung ein Gegengewicht zu bieten. Eine vergleichende Gegenüberstellung der Bevölkerungspyramiden der letzten 100 Jahre (siehe Abb. 5) zeigt hier besonders eindrucksvoll im Bereich der Kinder- und Jugendlichen eine immer weiter fortschreitende „Verdünnung“ der Pyramiden-Basis – das allgemein wohl wichtigste „Phänomen“ des demografischen Wandels.

Abb. 5



<http://www.braunschweig.de/stadtforschung>

8. Statistisches in der Presse

100 Jahre sind für den Einzelnen eine lange Zeit. In der Geschichte der Städte ist es nur ein vergleichsweise kurzer Zeitraum. Wir können uns heute nur noch sehr schwer Vorstellungen über die Zeit um und zwischen 1905 und 1955 machen. Wir müssen uns daher gedanklich erst einmal zurückversetzen in die jeweilige Zeit. Auch einige Ereignisse der jüngsten Vergangenheit sind dabei in Erinnerung zu rufen. Die folgenden Stichworte sollen dazu einstimmen. Mit den anschließenden Auszügen aus dem Braunschweiger Stadtanzeiger, einer von mehreren Zeitungen, die es 1905 in Braunschweig gab, der Braunschweiger Zeitung (1955) und anderen Zeitungen (2005) soll ein kleiner schlaglichtartiger Rückblick auf die unterschiedlichen Lebensverhältnisse, den Wandel der Zeit und der Produkte städtischer und amtlicher Statistik gewährt werden. Weitere Zeitungsartikel und Einzelheiten sind unter www.braunschweig.de/statistik/100jahre abrufbar.

1905: Das Deutsche Reich existiert gerade erst 34 Jahre. An eine Europäische Union wagt niemand, nicht einmal in den kühnsten Träumen zu denken. Die Vereinigten Staaten von Amerika bestehen zu der Zeit bereits rund 130 Jahre. Sie umfassen erst 45 der heutigen 50 Bundesstaaten. 1905 ist das siebte Jahr nach dem Ableben und das 15. Jahr nach der Entlassung des ersten Reichskanzlers Fürst Otto von Bismarck. Am 1. April hätte er seinen 90. Geburtstag gefeiert. Das Bürgerliche Gesetzbuch ist seit vier Jahren in Kraft. Kaiser Wilhelm II. regiert in Berlin das Deutsche Reich, zu dem das Elsaß, Lothringen und weite Teile des heutigen Polen gehören. Die Männer wählen noch nach dem Dreiklassenwahlrecht. Frauen erlangen in Deutschland erst mit dem Reichswahlgesetz vom 30.11.1918 das aktive und passive Wahlrecht.

Die Stadt Braunschweig, gelegen im Herzogtum Braunschweig-Lüneburg, beherbergt auf einer Fläche von 29,0 qkm mehr als 135.000 Einwohner (= 4.655 E./qkm). Das von Stadtbaurat Ludwig Winter entworfene Rathaus an der Münzstraße ist Ende des Jahres 1900 erst bezogen worden. Der als Regierungsviertel geplante Bereich an der Münzstraße nimmt seine heute noch erkennbare Gestalt an. 1904 wird die weltweit erste Kraftomnibuslinie Wendeburg – Braunschweig mit dem ersten Bus der Firma Büssing eingerichtet.

1955: Das Ende des 2. Weltkriegs ist knapp 10 Jahre her. Bei der Währungsreform 1948 erhält jeder 40,- D-Mark Startguthaben für den Aufbruch in eine neue Zeit. Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland ist erst sechs Jahre jung. Die Übergangsverfassung des neu gebildeten Bundeslandes Niedersachsen ist gerade vier Jahre in Kraft.

Die durch Luftangriffe der Alliierten zu ca. 90 % zerstörte Braunschweiger Innenstadt ist nach und nach von den größten Trümmern frei geräumt worden. Das ausgebrannte Altstadtrathaus oder das teilzerstörte Braunschweiger Schloss sind im Vergleich zu vielen Bauwerken und Baublöcken der Innenstadt noch vergleichsweise gut erhalten. An den meisten Kirchen sind die Kriegsschäden noch nicht wieder beseitigt. Die Nachkriegsjahre mit Hungersnot, harten Wintern, Hochwasser und Wohnungsnot sind allen Bürgerinnen und Bürgern noch gegenwärtig.

Kriegsgefangene und Flüchtlinge von „jenseits der Zonengrenze“ zieht es auf ihrem Weg in den Westen durch und in die Stadt Braunschweig. Der Zuwanderungsstrom will trotz akutem Wohnungsmangel nicht abreißen. Braunschweig hat im Vergleich zu 1905, nach den Eingemeindungen der 20er und 30er Jahre, nun eine Ausdehnung von 76,4 qkm und es leben rund 240.000 Einwohner in der Stadt (= 3.142 E./qkm).

2005: Es ist bereits 16 Jahre nach der Grenzöffnung zur DDR und 15 Jahre nach der Wiedervereinigung. Am 1. Januar 2002 werden in 12 von 15 Staaten der EU („Eurozone“) die Einzelwährungen durch den EURO ersetzt. Reisen quer durch Europa gewinnt eine völlig neue Qualität. Großbritannien, Dänemark und Schweden treten der Eurozone allerdings nicht bei. Vor knapp

einem Jahr wird die große Erweiterung der Europäischen Union von 15 auf 25 Mitgliedstaaten vollzogen, zu der erstmals auch osteuropäische Staaten gehören.

Das, was der Stadt Braunschweig der Fall des „eisernen Vorhangs“ bereits im Vorfeld und unmittelbar danach zunächst an Einwohnerzuwachs beschert hat (rund + 5.000), hat die Stadt in nahezu vierfachem Umfang in den 90er Jahren in Form von Stadt-Umland-Wanderung wieder an Einwohnern verloren (- 18.600). Der starke Einwohnerverlust konnte erst zur Jahrtausendwende auf ein erträgliches Maß reduziert werden. Ende 2004 kann erstmals seit mehr als zehn Jahren wieder ein Bevölkerungsanstieg verzeichnet werden. Aufgrund der Eingemeindungen im Jahre 1974 umfasst das Stadtgebiet nun 192,1 qkm und es leben rund 240.000 Einwohner (= 1.249 E./qkm) in der Stadt.

Nach den für die Stadt schwierigen 60er und 70er Jahren ist es Braunschweig mit der Landesausstellung „Stadt im Wandel“ 1985 gelungen, sein bis dahin noch durch großflächige Baulücken und Kriegswunden gebeuteltes Aussehen der Innenstadt abzustreifen und sich ein modernes Erscheinungsbild zu geben. Die Entscheidung, die Weltausstellung EXPO 2000 in Hannover durchzuführen, gibt den Entscheidungsträgern in der Stadt Mut und Schub zur Errichtung neuer Bauten (ÖPNV-Terminal am Hauptbahnhof, Volkswagenhalle) und zur weiteren Aufwertung des Stadtbildes (Stadteinfahrten, Fußgängerzone).

Das jüngste und größte Entwicklungsprojekt, das unzweifelhaft nachhaltigen Einfluss auf die Attraktivität und das Erscheinungsbild der Innenstadt haben wird, ist die im Zusammenhang mit der Errichtung eines 35.000 qm großen Shopping Centers vorgesehene Rekonstruktion der Fassade des ehemaligen Residenzschlosses im Schlosspark einschließlich grundlegender Umgestaltung des Bohlwegs und der Georg-Eckert-Straße.

Die Anfang 2003 neu gewählte Landesregierung schafft im Sommer 2004 die vor rund 30 Jahren neu eingeführte „Orientierungsstufe“ (5. und 6. Schuljahr) wieder ab. 2005 ist das Jahr, in dem die Verwaltungsreform des Landes Niedersachsen in Kraft tritt. Damit werden die vier Bezirksregierungen und die Regierungsbezirke des Landes, mithin auch die Bezirksregierung Braunschweig, als einheitlich organisierte staatliche Mittelinstanz formal aufgelöst. Die Verwaltungseinheiten, die nicht völlig aufgelöst oder auf die kreisfreien Städte und die Landkreise verlagert werden, agieren nun als „Regierungsvertretung“. In Braunschweig selbst steht eine Reduzierung der Zahl der Stadtbezirke von derzeit 20 – von 1981 bis 1996 waren es 22 – auf voraussichtlich 13 oder noch weniger Stadtbezirke an. Die Details werden im Laufe dieses Jahres zu der in 2006 stattfindenden Kommunalwahl geklärt.

Das Denken und Handeln über die engeren Stadtgrenzen hinaus fällt im politischen Alltag zunehmend ins Gewicht. Soeben haben die sieben Gebietskörperschaften der Region Braunschweig gemeinsam mit den maßgeblichen Wirtschaftsunternehmen aus der Region die Projekt Region Braunschweig GmbH gegründet, mit dem Ziel, in den kommenden zehn Jahren zwischen 10.000 und 12.000 neue Arbeitsplätze zu schaffen. Im Zuge der europäischen Integration gewinnen auch überregionale Zusammenschlüsse, wie der zur Metropolregion Hannover-Braunschweig-Göttingen, zunehmend an strategischer Bedeutung, um die Wettbewerbsfähigkeit der eigenen Region im Geflecht der europäischen Wirtschaftsregionen nachhaltig zu sichern.

Das 1985 bundesweit erreichte Stimmungstief in der Wirtschaft und in den Städten wurde aufgrund der 1990 erfolgten Wiedervereinigung durch eine Phase mit neuer Entwicklungsdynamik abgelöst. Im Jahr 2005 treten jedoch die grundlegenden Schwierigkeiten von Staat, Gesellschaft und sozialer Marktwirtschaft mehr denn je offen zutage, die sich über einen langen Zeitraum mehr Ausgaben leisteten als an Einnahmen tatsächlich hereinkamen. Wirtschaftsstruktureller Wandel, Globalisierung der Wirtschaft mit der Folge anhaltend hoher Arbeitslosigkeit und der parallel stattfindende demografische Wandel - die Überalterung der Gesellschaft, der Nachwuchsmangel und die Prognosen über die Schrumpfung der Bevölkerung Deutschlands – beherrschen zunehmend die Schlagzeilen.

Braunschweiger Stadtanzeiger.

(Braunschweiger
Mit 4-seitiger täglicher



(Landesanzeiger.)
Unterhaltungsbeilage.

Erscheint jeden Morgen, außer Montags.
Bezugspreis: Durch unsere Boten: monatlich 40 S, frei Haus.
Durch die Post: monatlich 50 S. (Zeitungs-Preiskarte für 1908 Seite 82).

Inserate aus Stadt und Herzogtum 15 S, (sogen. „Meine Anzeigen“ 10 S),
außerhalb 20 S, Stellen 50 S die Zeile.
Anzeigen-Aufnahme von 8 bis 6 Uhr. — Sonntags von 11 bis 12 Uhr.

Redaktion und
Geschäftsstelle:
Hufiltern 8.

Mit 1000 Mark

gegen tödlichen Unfall versichert ist jeder Abonnent oder dessen Ehefrau auf Grund der bekannt
gegebenen Bestimmungen, der den Abonnementspreis von 50 Pfennigen monatlich pünktlich zahlt.
Hat der Unfall Ganzinvalidität zur Folge, beträgt die zur Auszahlung kommende Versicherungssumme
Die Bestimmungen können jederzeit kostenlos von der Geschäftsstelle, Hufiltern 8, bezogen werden.

500 Mark.

Telephon
Nr. 155.

Nr. 78. Verantwortlicher Redakteur: G. Heinrichs. Sonnabend, den 1. April 1905. Für die Anzeigen verantwortlich: G. Hagenguth. 20. Jahrg.

Überörtliche Themen

Der 1. April.

Ein merkwürdiger Tag, der heute angebrochen ist, ein Tag der Unruhe für die, man kann wohl sagen, Verdauernswerten, die das „traute Heim“ mit einem neuen Dach vertauschen müssen, ein Tag des Schreckens für den, der zahlen soll und kein Geld hat, ein Tag erhebender Freude für den Patrioten, der die 90. Wiederkehr von Bismarck's Geburtstag in seinem Herzen begehrt und der großen Zeit mit stiller Wehmut gedenkt, da die Redengestalt des Altreichstanzlers noch wie ein Fels in der Meeresbrandung das Getriebe der politischen Gegensätze beherrscht. Allerorten im deutschen Vaterlande lodern gleich der heiligen Drisflamme heute Abend die Flammen auf den Gedensäulen empor, ertönt das herrliche Lied „Deutschland über alles in der Welt“ als ein gemeinsames Gelächte von Millionen deutscher Männer und Frauen zum Himmel auf, wissen wir uns eins in dem großen Gedanken: Ein Reich, ein Kaiser und ein Gott! Mögen auch in einzelnen Dingen die Meinungen auseinandergehen, das wird kein vernünftiger Deutscher bestreiten, daß Bismarck war

Ein Mann, nehmt alles nur in allem.
Wir werden nimmer seinesgleichen
sehen!

Die Reise des Kaiserpaars

Lissabon, 30. März. Die Kaiserschiffe Hamburg und Friedrich Karl passierten um 12.50 Uhr nachmittags südwärts fahrend die Semaphorstation von San Julian; die Station für drahtlose Telegraphie in Cascaes jandte einen Scheidegruß, glückliche Reise wünschend.

Kalma, 30. März. Das Kriegsschiff „Numancia“ mit dem Generalkapitän an Bord geht nach Port Mahon zum Empfang des deutschen Kaisers ab.

Tanger, 30. März. Die Vorbereitungen zum Empfang Kaiser Wilhelms werden eifrig abgeschlossen. Ueberall sind die Häuser besetzt, wobei die marokkanischen, spanischen und deutschen Farben überwiegen. Zahlreiche Triumphbögen sind von den Marokkanern errichtet worden.

Tanger, 31. März. Der Dampfer „Hamburg“ mit dem deutschen Kaiser an Bord ist heute Vormittag 8 Uhr 35 Minuten in der hiesigen Bucht eingetroffen. Die Batterien und die französischen Kreuzer Du Chayla undinois feuerten Salut. Bei der Landung wurde der Kaiser von den Vertretern des Sultans und vom diplomatischen Korps empfangen.

Der Krieg in Ostasien.

Eine amtliche Veröffentlichung im „Ruzki Invalid“ zeigt, wie die „Ruzk. Btg.“ der „St. Peterb. Btg.“ entnimmt, in übersichtlicher Zahlenaufstellung, welchen ungeheuren Kraftaufwand der Krieg auf russischer Seite bereits erfordert hat. Es heißt darin:

Vom Beginn der militärischen Operationen bis zum 27. Februar wurden auf der sibirischen Bahn nach Chardin befordert: 13 087 Offiziere, 761 467 Unvermiltete, 146 408 Pferde, 1521 Geschütze und 19 824 977 Fuß Frachten. Rechnet man dazu, daß seit dem 27. Februar noch mindestens 20 000 Mann Verstärkungen hinzugekommen sind und daß weitere Streitkräfte in der Mandchurei, Bladivostok und Port Arthur zu Beginn des Krieges auf 100 000 Mann geschätzt werden dürfen, so gelangen wir zu den losoffalen Biffern von 900 000 Mann mit 1800 Geschützen und 150 000 Pferden. Die moderne Kriegsgeschichte kennt nur ein Beispiel, wo noch größere Massen während eines Feldzuges in Bewegung gesetzt wurden, das war der deutsch-französische Krieg, in dessen 6 Monate dauerndem Verlaufe 1 150 000 deutsche Krieger die französische Grenze überschritten.

Die Tage in Rußland.

Petersburg, 30. März. In Luga wurden auf der Straße drei schwerverwundete Soldaten gefunden. — Während der Unruhen sind, wie aus Jalta gemeldet wird, auf der kaiserlichen Festung Vivadia Gebäude des Apanagereisort (also nicht das Schloß!) zerstört worden. Die Familie des Kammerherrn Martynow rettete sich mit genauer Not.

Maxim Gorki erhielt mit Rücksicht auf den angegriffenen Zustand seines linken Lungenflügels Erlaubnis, sich in die Krim zu begeben.

Petersburg, 31. März. In dem Hotel Garni Palais Royal wurde in einem Zimmer eine Bombe gefunden, der Zimmerinhaber ist verhaftet worden.

(„D. Z.“) Die hiesige Geheimpolizei entdeckte ein weitverzweigtes Komplott gegen das Leben des Großfürsten Bladimir, Trepows und Bulgins. Nach sorgfältiger Beobachtung wurden nachts zwölf Mitglieder dieser Organisation in verschiedenen Stadtteilen verhaftet, wobei schwer belastendes Beweismaterial beschlagnahmt wurde.

Amtliche Nachrichten

Aus der „Unterhaltungsbeilage“

Die Arbeitszeit der Fabrikarbeiterinnen.

Seinerzeit haben die Gewerbeaufsichtsbeamten eine Umfrage über die Arbeitszeit der Fabrikarbeiterinnen vorgenommen, deren Ergebnisse jetzt veröffentlicht werden. Sie ergeben ein erschöpfendes Bild von den Anschauungen, die in Kreisen der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmerinnen über die Verkürzung der Arbeitszeit der Fabrikarbeiterinnen auf 10 Stunden, über die Verlängerung der Mittagspause von 1 Stunde auf 1 1/2 Stunde und über die Festsetzung eines früheren Arbeitsschlusses am Sonnabend und an den Vorabenden von Feiertagen herrschen. Zu merken ist indes, daß von dem 813 560 Arbeiterinnen, die es am 1. Oktober 1902 in deutschen Reich gab, nicht weniger als 53 v. H. ohnehin schon weniger als zehn Stunden beschäftigt sind. Es wurde bei den Gewährleuten angefragt, ob die Verkürzung der Arbeitszeit aus gesundheitlichen Rücksichten im Interesse der Arbeiterschaft erwünscht, ob sie im Hinblick auf die wirtschaftlichen Interessen der Arbeitgeber und der Arbeiterschaft durchführbar, ob eine beträchtliche Verringerung der Betriebsleistung und eine wesentliche Minderung des Unternehmergewinns oder des Lohneinkommens sei und ob Ueberarbeit die Folge sein werde. Daraufhin wird die Verkürzung der Arbeitszeit auf 10 Stunden grundsätzlich (wenn auch mit vielen Einschränkungen) befürwortet; von 84 Gutachten sprechen sich 68 für, 18 gegen die fragliche Maßregel aus. Dagegen sprachen sich vier Fünftel aller Gutachten gegen die Verlängerung der Mittagspause aus.

Herzogliches Hoftheater.

Sonnabend, den 1. April 1905.
Bei aufgehobenem Jahres-Abonnement.
 (Siebente und letzte Bühnenvorstellung.)
Minna von Barnhelm
 oder: **Das Soldatenglück.**
 Lustspiel in fünf Aufzügen von Gotthold Ephraim Lessing.
 Major von Tellheim, verabschiedet . . . Hr. Kunath.
 Minna von Barnhelm Fr. Ruprecht.
 Graf von Bruchsal, ihr Oheim Hr. Sprotte.
 Franziska, ihr Mädchen Fr. Hensgen.
 Rocco de la Marlinière Hr. Nees.
 Paul Werner, gewesener Wachtmeister des Majors Hr. Engels.
 Der Wirt Hr. Heinemann.
 Eine Dame in Trauer Fr. Barth.
 Kapit. Bedenter des Majors Hr. Hill.
 Ein Feldjäger Hr. Häder.
 Ein Diener der Minna Hr. Oppermann.
 Ein Diener des Grafen.
 Nach dem 2. Akte findet eine längere Pause statt.
 Anfang 6 Uhr. Ende nach 1/2 Uhr.
Probe von noch vorhandenen nicht abonnierten Plätzen:
 Parterre (Stehplatz) M. 0.90 B. Rang (Selle) 2.-4. Reihe M. 0.50
 2. Rang (Selle) 2.-3. Reihe 0.90 B. (Stehplatz) 0.40
 2. (Stehplatz) 0.60 Galerie (Stehplatz) 0.40
Spielplan. Sonntag, den 2. April cr., Vorstellung im 9. Abonnement: Die Walküre. Erster Tag aus der Tetralogie: „Der Ring des Nibelungen“, in drei Aufzügen von Richard Wagner.
 Anfang 6 Uhr.
 Frikka: Frau Reuss-Belco, Großb. bad. Kammerängerin a. G.
Montag, den 3. April cr., 7. Vorstellung im 9. Abonnement: Die Meise um die Erde in achtzig Tagen, nebst einem Vorspiel: Die Meise um eine Million. Ausstattungskost. mit Gesang und Tanz in 5 Abteilungen und 15 Bildern, von H. D'Emery und Jules Verne. Musik von Suppé. Anfang 6 1/2 Uhr.

Stadtnachrichten.

Braunschweig, den 1. April.
 * Stadtverordnetenwahl. Das Ergebnis der gestrigen Stadtverordnetenwahl dritter Klasse im Petri- und Wendentorbezirk ist folgendes:

	Wähler	Es wählten	Leute	Riefe	Serpflichtet	Ungültig
Petritor	1178	910	476	449	—	6
Wendentor	1245	947	467	473	—	7
	2421	1857	922	922	—	13

Es sind demnach für Leute 922 und für Riefe ebenfalls 922 Stimmen abgegeben worden. Nach § 36 der Städteordnung muß demnach die Wahl binnen 14 Tagen wiederholt werden, falls dann wieder Stimmengleichheit eintreten sollte, entscheidet das Los.

Wilhelmsgarten.
 Ab Sonntag, den 2. bis inkl. Donnerstag, den 6. April
 = Nur 5 =
Humoristische Abende
Wilh. Eyles altrenommiert
Leipziger Quartett- und Konzert-Sänger.
 Herren Eyle, Schmidt, Sonnhofer, Wismar,
 Grassel, Joppen, Sperling.
 Direktion: Eyle-Schmidt.
 Gesellschaft gegründet 1863.
Beste u. leistungsfähigste Gesellschaft Deutschlands!
 Menette streng dezente Familien-Programme.
 Für Abonnenten Sonntags 20 Pfg., an den Wochentagen Eintritt frei.
 Billette im Vorverkauf bei C. Camohn, Bohlweg 16, Kohlmarkt („Stern“) und Steinweg, a 30 Pfg.
 Raffenpreis 50 Pfg. Anfang 8 Uhr.

1) Zum Dreiklassenwahlrecht:

Wie im Internet in Wikipedia, einer freien Enzyklopädie, unter <http://de.wikipedia.org/wiki/Dreiklassenwahlrecht> nachzulesen ist, wurde die wahlberechtigte Bevölkerung nach ihrer direkten Steuerleistung in drei Klassen eingeteilt, die jeweils ein Drittel des Steueraufkommens ausmachten. Alle drei Klassen hatten das gleiche Stimmgewicht. Die Klasse der Höchstbesteuerten (1849 = 4,7% der Wahlberechtigten) hatte danach das gleiche Stimmgewicht wie die Klasse mit weniger hohem Einkommen (12,7%) und der dritten Klasse (82,6%), welche wenig bis gar keine Steuern zahlte.

BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

Verlag: Edenberger & Co., Braunschweig, Postfach 8, Pressehaus / Spieghelstraße der Redaktion: Montag, Dienstag und Donnerstag 11 bis 12 Uhr / Freitag 2 bis 3 Uhr / Samstag 11 bis 12 Uhr / Rücksendung unverlangter Manuskripte nur geg. Rückporto / E. Schmidt werksmäßig / Abbestellungen bis 25. d. M. schriftlich beim Verlag

Bezugspreise monatlich 5,— DM zuzügl. 0,50 DM Tragegebühr, bei Postbestellung 2,— DM zuzügl. 0,20 DM Zeitungsgeb. und 0,54 DM Quartalsgeb. Einzelpreis 0,20 DM / Anzeigenpreise laut Anzeigenpreislist. Nr. 12 / Erlaubnispost Braunschweig Postfachkonto: Hannover 69041 / Druck: Albert Limbach, Braunschweig, Pressehaus.

UNABHÄNGIG — NICHT PARTEIGEBUNDEN

NR. 77

FREITAG, 1. APRIL 1955

10. JAHRGANG

Steigerungsbetrag wird überprüft

Reform der gesetzlichen Rentenversicherung verlangt

BONN, 31. 3. (DPA) Der Bundestag beauftragte am Donnerstagvormittag die Bundesregierung, bei den Vorarbeiten zur Reform der gesetzlichen Rentenversicherung zu prüfen, ob und unter welchen Voraussetzungen Personengruppen für Zeiten der Arbeitslosigkeit oder aus anderen Gründen Steigerungsbeträge in der gesetzlichen Rentenversicherung erhalten können. Auf Wunsch der SPD sollte der Sozialausschuß die Bundesregierung beauftragen, einen Gesetzentwurf über die Gewährung von Steigerungsbeträ-

gen in den gesetzlichen Rentenversicherungen für Zeiten der Arbeitslosigkeit, Krankheit und ähnlicher Fälle vorzulegen. Der Bundestag nahm jedoch den Abänderungsantrag der CDU/CSU an.

In der Debatte hielten sozialdemokratische Sprecher der CDU/CSU vorgeworfen, mit ihrer Haltung die Lösung dieser sozialen Frage zu verschieben oder gar verhindern zu wollen. Die CDU/CSU begründete ihren Abänderungsantrag mit Zweckmäßigkeitsgründen.

Lösung im Lohnstreit bahnt sich an

Zehn Prozent Lohnerhöhung als Diskussionsgrundlage

BONN, 31. 3. (DPA) Bonn glaubt daran, daß es der Industriegewerkschaft Bergbau und den Ruhrunternehmern am Freitag gelingen wird, einen Kompromiß im Bergbau-Lohnstreit zu finden.

Die Erwartung geht dahin, daß die Gewerkschaften eine Lohnerhöhung von etwas weniger als zehn Prozent erhalten, ohne daß dadurch ein höherer Kohlenpreis notwendig wird.

Wahrscheinlich werden die Gewerkschaften am Freitag mit ihrer Forderung nach zehnprozentiger Lohnerhöhung in die Verhandlung gehen,

während die Unternehmer zu einer Lohnerhöhung von sieben bis acht Prozent bereit sind. Zwischen diesen beiden Punkten muß der Kompromiß gefunden werden.

Eine Lohnerhöhung von zehn Prozent würde eine Kostensteigerung von 2,25 bis 3,— DM je Tonne Kohle bedeuten. Dieser Betrag soll ohne Preiserhöhung aufgefangen werden.

Jeder dritte Braunschweiger ist zugewandert

Schlesier die größte Kolonie — 7600 aus dem Bundesgebiet

Die natürliche Bevölkerungszunahme in der Stadt Braunschweig war nach dem zweiten Weltkrieg recht mäßig, der Geburtenüberschuss hielt sich in geringen Grenzen. Aber das ist eine Erscheinung, die für die ganze Bundesrepublik und besonders für die Großstädte zutrifft. Wenn Braunschweig jetzt auf rund 240 000 Einwohner angewachsen ist, so verdankt es das in erster Linie der Zuwanderung aus den Gebieten jenseits der Zonen-

grenze. Von 1939 bis 1943 zogen 162 000 Personen nach Braunschweig zu, während sich 127 000 abmeldeten. Von 1946 bis 1949 wurden 93 000 Zuzüge und 35 000 Abmeldungen vom Statistischen Amt der Stadt Braunschweig festgestellt. Nach den Schätzungen der amtlichen Stellen hat sich die Einwohnerzahl um 20 000 erhöht.

75 000 nach dem Kriege

Die Zahl der Heimatvertriebenen aus den Gebieten jenseits der Oder-Neiße-Linie und dem Ausland erhöhte sich bis 1953 auf rund 52 000. Hinzu kamen 22 500 Zugewanderte aus der sowjetischen Besatzungszone und aus Berlin. Unter der Gesamtbevölkerung sind jetzt mindestens 75 000 Personen oder 32 Prozent, die mit Sicherheit erst nach dem Kriege nach Braunschweig gekommen sind. Hinzu kommen noch jene Personen aus dem übrigen Bundesgebiet,

2300 aus Danzig

Wenn man die 150 000 Braunschweiger, die bereits bei Kriegsausbruch in Braunschweig wohnten, als eingewasene Bevölkerung bezeichnet, so bilden die 75 000 Personen, also ein knappes Drittel, den zugewanderten Bevölkerungsteil. Die bei weitem stärkste Kolonie bilden dabei die so groß ist die Landsmannschaft der Ostpreußen mit 7200, und unter den 14 000 aus dem Ausland nach Braunschweig gekommenen Deutschen befanden sich 2300 Einwohner der ehemaligen Freistaats Danzig, die damit eine sehr starke Gruppe der Zugewanderten stellen. 2800 Braunschweiger lebten bei Kriegsausbruch noch in der Tschechoslowakei und 5400 in Polen. Von den 7600 Zugezogenen aus den übrigen Ländern des Bundesgebietes lebten über die Hälfte bei

Kriegsausbruch in Nordrhein-Westfalen.

Mitarbeit beim Wiederaufbau

Die Statistik ist keine leere, trockene Wissenschaft. Für die leitenden Beamten im Rathaus geben die Zahlen Aufschluß über wichtige Sachverhalte, die für die Stadt Braunschweig von Bedeutung sind. Die Statistik ist keine leere, trockene Wissenschaft. Für die leitenden Beamten im Rathaus geben die Zahlen Aufschluß über wichtige Sachverhalte, die für die Stadt Braunschweig von Bedeutung sind. Die Statistik ist keine leere, trockene Wissenschaft. Für die leitenden Beamten im Rathaus geben die Zahlen Aufschluß über wichtige Sachverhalte, die für die Stadt Braunschweig von Bedeutung sind.

Zehn Parteien auf dem Stimmzettel

Erste Sitzung des Kreiswahlausschusses — Einstimmigkeit in Zweifelsfragen erreicht

Am Donnerstagvormittag wurde der Kreiswahlausschuß zu seiner ersten Sitzung zusammengerufen. Die elf Mitglieder des Ausschusses wurden vom Kreiswahlleiter, Oberstadtdirektor Dr. Lotz, durch Handschlag auf ihr nicht gerade leichtes Amt verpflichtet. Außerdem nahmen an der Sitzung die Vertrauensmänner der Parteien teil.

Auf dem provisorischen Stimmzettel standen zehn Parteien in folgender Reihenfolge, die sich aus dem Stand der letzten Wahl und der alphabetischen Aufzählung ergab: Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Gesamtdeutscher Block (BHE), Deutsche Partei, Christlich-Demokratische Union, Freie Demokratische Partei, Deutsche Zentrumspartei, Deutsche Reichspartei, Kommunistische Partei, Deutsch-Hannoversche Partei, Bund der Deutschen, Partei für Einheit, Frieden und Freiheit.

Frist für Landwirtpartei

Die Landwirtpartei hatte sich im letzten Augenblick gemeldet, aber die für jeden Wahlkreis notwendigen 100 Unterschriften fehlten. Da diese Partei um Aufschub gebeten hatte, wurde vom Kreiswahlausschuß einstimmig beschlossen, der Landwirtpartei die gesetzlich möglichen neun Tage Frist zur Vervollständigung ihrer Unterlagen zu gewähren. Am Ostersonnabend wird der Kreiswahlausschuß

noch einmal zusammentreten, um endgültig über die Zulassung dieser Partei zu entscheiden.

Beruf und Ehrenamt

Eine längere Debatte ergab sich darüber, ob die Bezeichnung Staatsminister a. D. und Oberbürgermeister neben der Berufsbezeichnung stehen dürfe. Da ein Staatsminister a. D. und ein Oberbürgermeister keine Berufsbezeichnungen im Sinne des Wahlgesetzes darstellen, beschloß der Ausschuß einstimmig, diese Bezeichnungen zu streichen und nur den eigentlichen Beruf auf dem Stimmzettel zu verzeichnen. Bei der Deutsch-Hannoverschen Partei lagen die gesetzlichen Voraussetzungen für den Wahlvorschlag im Wahlkreis 42 nicht vor, wie der Ausschuß feststellte. Der Wahlvorschlag wurde gestrichen.

Keine wilde Kleeberl

Am Schluß der Sitzung erläuterte der Oberstadtdirektor noch einmal

die Maßnahmen, die von der Stadtverwaltung zur Organisation der Wahl am 24. April getroffen worden sind. Ein ausreichender Sanitätsdienst sei eingerichtet, damit den kranken und alten Wählern geholfen werden könne. Polizei und Wahlposten würden dafür sorgen, daß es keine Beeinträchtigung im Wahlraum gäbe. Der Kreiswahlleiter warnte davor, in den letzten Tagen eine wilde Kleeberl anzuzetteln und mit diesen Kleeberletten nicht nur Bäume, sondern auch ehrfürchtige Gebäude zu verschandeln. Für eine geordnete Wahlwerbung sei gesorgt, und es würden alle Plakate rücksichtslos entfernt werden, die an nicht vorherzeichneten Orten hängen. Die Parteien würden zur Verantwortung gezogen werden.

Lausprecherwerbung ist allerdings bis zum Eintritt der Dämmerung am 23. April erlaubt. Dann aber haben die gesprochenen Wahlparolen zu schweigen. Pl.

Die „gefährliche Wissenschaft“ der Zahlen

50 Jahre „Städtisches Statistisches Amt“ — Eine aufschlußreiche Jubiläumsschrift

In der Sitzung der Stadtverordneten am 15. Januar 1904 hat der Stadtverordnete und spätere Staatsminister Dr. Jasper folgenden Antrag gestellt: „Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, der Versammlung in der nächsten Zeit eine Vorlage, betreffs Einrichtung eines Statistischen Amtes auf Kosten der Stadt, zu machen.“ Am 1. April 1905 begann dann die „Städtische Statistische Stelle“ ihre Tätigkeit, vor nunmehr 50 Jahren.

In der Reihe der Kommunalpolitischen Schriften, herausgegeben vom Amt für Statistik, ist als Heft 17, sozusagen als „Jubiläumsschrift“, ein Ueberblick über die Arbeit des Amtes unter dem Titel „50 Jahre Städtestatistik in Braunschweig“ erschienen. Hier offenbart sich hinter nüchternen Zahlen das Leben der Stadt Braunschweig im Zeitraum von 50 Jahren einmal von der Seite der Zahl her, die aber nur eine Helferin und keine Tyrannin sein will. Die Statistik ist dann keine „gefährliche Wissenschaft“, wenn sie die Zahl mit menschlicher Verantwortung auswertet.

Erschreckende Ergebnisse

Wie weit die Statistik in den engeren Bereich des Lebens eingreifen kann, zeigt eine Erhebung, die Anfang des Jahrhunderts in den Schulen über den Alkoholgebrauch der Schulkinder im Elternhaus angestellt wurde. Die Ergebnisse waren so erschreckend, daß dem Verein für öffentliche Gesundheitspflege ein Zuschuß zur Bekämpfung bei schulpflichtigen Kindern gewährt wurde. 6294 von insgesamt 17358 Schulkindern (36,3 v. H.) hatten freimütig zugegeben, alkoholische Getränke gern zu genießen. Es wäre durchaus interessant, auch heute ein-

mal die Schulkinder in dieser Richtung zu testen.

Das traurige Kapitel

Am 1. Februar 1922 wurde das „Statistische Amt“ eine selbständige Unterabteilung der Stadtverwaltung mit einem Berufsstatistiker an der Spitze, und im Jahre 1925 wurde das Amt für Wahlangelegenheiten dem Statistischen Amt angegliedert. Im und nach dem Kriege waren dem Statistischen Amt das leidige Ernährungs- und Wirtschaftsamt unterstellt. Und die statistische Erfassung der Bombenschäden war ein trauriges Kapitel für die Mitarbeiter des Amtes, zumal das gesamte Aktenmaterial und der wertvollste Teil der Bücherei des Amtes selbst verloren gingen. Der Wiederaufbau vollzog sich nach dem Kriege langsam. Erst im Jahre 1950 wurde das Aufgabengebiet des Amtes und seine zentrale Stellung für alle statistischen Arbeiten festgelegt.

Aufgaben des Amtes

Heute hat das Amt einen Personalbestand von 12 Personen, die alle vom Bund und Land geforderten Zahlungen und Erhebungen bearbeiten. Sie wirken mit an den Arbeiten des Verbandes deutscher Städtestatistiker, sie

sind für die Abwicklung der Wahlen verantwortlich und für die Förderung der gewerblichen Wirtschaft, sie bedienen die Presse mit Zahlenmaterial und bearbeiten die Angelegenheit der Landwirtschaft.

Durch 50 Jahre

Zurückgespiegelt auf den Zeitabschnitt der 50 Jahre wurden von dem Amt zum Beispiel 94 Viehzählungen, 140 Bodenbenutzungserhebungen, 22 Erhebungen über den Tabakanbau und fünf landwirtschaftliche Betriebszählungen abgewickelt. Sogar eine Ermittlung über Seidenraupenzucht ist dabei. 27 Wahlen hatte das Amt seit 1925 vorzubereiten und zu organisieren. Und wenn man liest, daß auch die Volksabstimmung über das Oberhaupt des Deutschen Reiches vom 19. August 1934 mit aufgeführt ist, dann steht hinter der Statistik das unheilvolle Gespenst des beginnenden Unterganges auf.

Kuh oder Schlange

Und vielleicht wirkt der Schluß dieser Schrift, der der Oberstadtdirektor ein Geleitwort voranstellt, wieder humorvoll versöhnend, wenn wir ein japanisches Sprichwort, das in einer Veröffentlichung über Kommunalstatistik erschien, zitieren:

„Eine Kuh, die Wasser trinkt, macht daraus Milch, eine Schlange, die Wasser trinkt, macht daraus Gift.“
Pl.

BEKANNTMACHUNGEN

Wahl zum Niedersächsischen Landtag am 24. April 1955

— Bekanntgabe der Kreiswahlvorschläge —

Gemäß § 81 Abs. 2 der Niedersächsischen Landeswahlordnung vom 27. Januar 1955 (Nieders. GVBl. S. 13) gebe ich nachstehend die in der Sitzung des Kreiswahlausschusses vom 31. März 1955 zugelassenen Kreiswahlvorschläge der Wahlkreise 41, 42 und 43 — Braunschweig I, II und III — für die Wahl zum Niedersächsischen Landtag am 24. April 1955 öffentlich bekannt:

Wahlkreis 41 — Braunschweig I			
1. Walter Schmidt	Betriebsingenieur	Br., Siegfriedstraße 28	SPD
2. Georg Wachs	Fabrikant	Br., Giesmaroder Str. 68	BHE
3. Kurt Helle-Haensler	Kaufmann	Br., Rosental 10	DP
4. Dr. Kurt Semler	Rechtsanw. u. Notar	Br., Zückerbergweg 40	CDU
5. Hans Schäfer	Rechtswalt	Br., Alteswikring 34	FDP
6. Ferdinand Krudewig	Ingenieur	Br., Tuckemannstraße 22	Z.
7. Rudolf Niemann	Geschäftsführer	Br., Campestraße 23	DRP
8. Karl Heilmann	Schlosser	Br., Campestraße 17	KPD
9. Richard Höfener	Postinspektor a. D.	Br., Amalienstraße 11	DHP
10. Erich Weberink	Arbeiter	Salzgitt-Bad, Erikastr. 30	BdD
Wahlkreis 42 — Braunschweig II			
1. Albert Häft	Bundeshahnbeamter	Br., Walkörenring 1	SPD
2. Hans Hofrichter	Rechtswalt	Br., Alteswikring 28	BHE
3. Dr. Willy Stelametz	Fabrikdirektor	Br., Am Bürgerpark 8	DP
4. Dr. Werner Hofmeister	Rechtsanw. u. Notar	Br., Charlottenstraße 7	CDU
5. Joachim Strömer	Industrie Kaufmann	Br., Höhenblick 4	FDP
6. Alois Svoboda	Weckmeister i. R.	Br., Virchowstraße 15	Z.
7. Otto Robert Kemm	Rechtsanw. u. Notar	Br., Wilh.-Raabe-Str. 18	DRP
8. Heinrich Acker	Kranführer	Br., Giesmaroder Str. 41	KPD
9. Lieselotte Schilling	Hausfrau	Schöppenstedt, Am Mühlenbach 1a	BdD
Wahlkreis 43 — Braunschweig III			
1. Otto Bennemann	Industrie Kaufmann	Br., Siegfriedstraße 76	SPD
2. Johannes Gutenberg	Verlagskaufmann	Br., Löwenwall 6	BHE
3. Carl Heimbs	Kaufmann	Br., Am Fallersleb. Tore 6	DP
4. Josef Schirok	Kaufmann	Br., Siegfriedstraße 17	CDU
5. Arno von Boettlicher	Kaufmann	Br., Wendenstraße 60/61	FDP
6. Nikolaus Meiers	Ingenieur	Br., Sulzbacher Straße 62	Z.
7. Walter Bender	Heizer	Br., Osterbergstraße 2	DRP
8. Kurt Fritsch	Stukkateur	Osabrück, Knollstr. 128	KPD
9. Siegfried Hübner	Rechtsanw. u. Notar	Burgdorf, Nentorstraße 1	BdD
10. Dr. Otto Willke	Arzt	Br., Am Fallersleb. Tore 6	DHP

Braunschweig, 31. März 1955

Dr. Lotz,
Oberstadtdirektor und Kreiswahlleiter

BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

UNABHÄNGIG · NICHT PARTEIGEBUNDEN

Freitag, 1. April 2005

Nr. 75 · 60. Jahrgang · 0,90 €



BEBELHOF

Braunschweiger Firma erfolgreich mit modischer Berufskleidung

INNENSTADT

Tierschutz ist entsetzt: Sammeldosen werden immer öfter gestohlen

BRAUNSCHWEIG

Noch nie gab es im März so viele Arbeitslose wie 2005

PLUS



Arbeitslosenzahl steigt in der Region

Starker Anstieg vor allem im Harz wegen Hartz IV – Rückgang nur in Helmstedt und Seesen

Von Klaus Sievers

BRAUNSCHWEIG. Die Zahl der Arbeitslosen ist in der Region gegen den Bundestrend im März gestiegen. Ende März gab es in der Region 71 472 Arbeitslose, rund 1600 mehr als im Vormonat.

Dabei gab es vor allem im Harz einen starken Anstieg um rund 1300 Arbeitslose. Das lag vor allem daran, dass im Zuge von Hartz IV von Kommunen noch viele bisherige Sozialhilfe-Empfänger bei den Arbeitsagenturen als arbeitslos nachgemeldet worden sind. In anderen Städten und Kreisen der Region war das bereits weitgehend in den beiden Vormonaten geschehen.

Negativ auf den Arbeitsmarkt wirkte sich auch das strenge Winterwetter im März aus, dass keine Neu- und Wiedereinstellungen in Außenberufen zuließ. Deshalb stieg in den meisten Städten und Kreisen außer-

halb des Harzes die Arbeitslosenzahl noch einmal leicht an. Nur im Kreis Helmstedt und in Seesen gab es wie im Land einen leichten Rückgang. Vor allem wegen Hartz IV ist die Zahl der Arbeitslosen gegenüber dem Vorjahr in der Region um rund 12 000 oder 20 Prozent gestiegen. Die stärksten prozentualen Zuwächse gab es im Jahresvergleich in Goslar und Bad Harzburg, den geringsten im Kreis Gifhorn.

Für die ganze Region errechnet sich eine Arbeitslosenquote von 12,4 Prozent. Das liegt etwa im Bundesdurchschnitt. Örtlich schwankten die Quoten zwischen 10,3 Prozent in Peine und 16,3 Prozent in Bad Harzburg (siehe Zeichnung).

Ende März waren bei den Arbeitsagenturen in der Region nur 5200 offene Stellen gemeldet – fast die Hälfte davon in Braunschweig. Das lag nach Angaben der örtlichen Arbeitsagentur vor allem daran, dass im Rahmen von Hartz IV viele Ein-Euro-Jobs noch nicht besetzt waren.

Arbeitsmarkt in Winterstarre

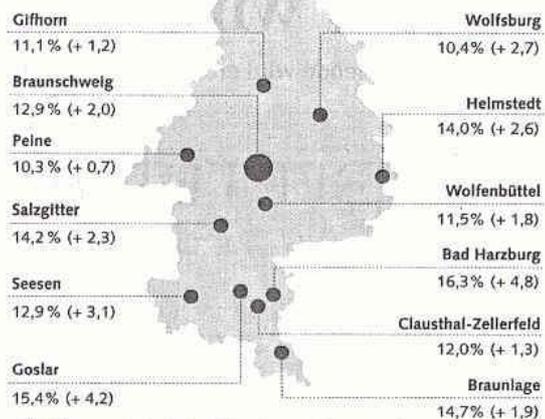
5,17 Millionen Menschen ohne Job

NÜRNBERG. Die Folgen der Hartz-IV-Reform haben der Frühjahrsbelebung auf dem Arbeitsmarkt einen Dämpfer versetzt. Die Zahl der Arbeitslosen ging im März nur um 41 000 auf 5 176 000 zurück. Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit (BA) waren dies 628 000 mehr als vor einem Jahr. Die Arbeitslosenquote sank im März um 0,1 Punkte auf 12,5 Prozent, berichtete die Behörde gestern in Nürnberg. BA-Chef Frank-Jürgen Weise sag-

te, neben Effekten der Hartz-Reform habe die flauere Konjunktur die Abnahme der Arbeitslosigkeit im März gebremst. Entsprechend ist die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl bundesweit um 92 000 auf den Höchststand von 4,967 Millionen gestiegen.

In Westdeutschland waren im März 3 396 000 Arbeitslose gemeldet, 25 000 weniger als im Februar, aber 524 000 mehr als im Vorjahr. Die Arbeitslosenquote lag im März im Westen bei 10,3 Prozent. dpa

Arbeitslosigkeit in Städten und Kreisen der Region März 2005



Arbeitslosenquoten in %, in () Veränderung in Prozentpunkten zum Wert von März 2004

Entwicklung der Arbeitslosenzahlen in der Region



Die Arbeitslosenquoten in den Städten und Kreisen der Region

Arbeitslosigkeit auf Rekord-Niveau

Erstmals mehr als 19 000 Braunschweiger ohne Beschäftigung – Kein Silberstreif am Horizont

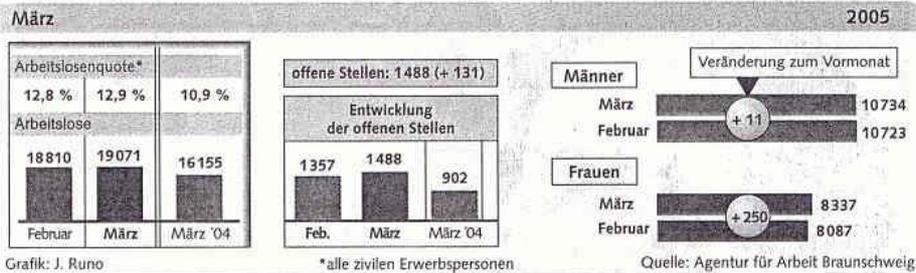
Von Jörn Stachura

Entgegen aller Erwartungen ist im März die Arbeitslosigkeit erneut gestiegen. Erstmals wurden von der Arbeitsagentur mehr als 19 000 Braunschweiger ohne Beschäftigung gezählt. Ein trauriger Rekord, der ohne Vorbild in der Geschichte der Stadt ist.

Im vergangenen Jahr blieb nach den Sommerferien der so genannte Herbst-Aufschwung aus, und auch in diesem Jahr ist von einer Frühjahrsbelebung nichts zu spüren. Gleichwohl ist man am Cyriaksring verhalten optimistisch, dass im April die Zahl der Beschäftigungslosen wieder sinken wird.

So meint Arbeitsagentur-Leiter Michael Stier: „In diesem März ist früher als in den vergangenen Jahren gezählt worden. Stichtag war bereits der 17. März, und wie wir wissen, war Mitte des Monats das Wetter noch äußerst kühl. Das Außengewerbe hat erst in den vergangenen Wochen mit Einstellungen begonnen. Doch diese Einstellungen sind noch nicht in die März-Statistik ein-

Arbeitslosigkeit in Braunschweig



geflossen, sondern werden erst im April gezählt.“

Belastend habe sich auch auf die März-Statistik ausgewirkt, so Stier, „dass seitens der Hartz-IV-Arbeitsgemeinschaft weiterhin Empfänger von Arbeitslosengeld II nachregistriert werden“. Das erhöhe zusätzlich die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen.

Im Vergleich zu den Ergebnissen der Vorjahre hieße das: „Die Arbeitslosenzahl ist transparenter geworden. Denn es werden nun auch

die ehemaligen Sozialhilfe-Empfänger mitgezählt, die in der Vergangenheit zwar arbeitslos, uns jedoch nicht gemeldet waren. Dies ist nun nachgeholt worden.“

Verhalten optimistisch gibt sich der Braunschweiger Agentur-Chef zur künftigen Entwicklung. Seiner Meinung nach gibt es Entlastungen: „Das Außengewerbe wird verstärkt einstellen. Die arbeitsmarktpolitischen Möglichkeiten werden insbesondere durch die Hartz-IV-Arbeitsgemeinschaften im Bereich der Ar-

beitsgelegenheiten (Ein-Euro-Jobs) besser genutzt.“

Mittelfristig wird sich am hohen Niveau der Braunschweiger Arbeitslosigkeit jedoch kaum etwas ändern. „Arbeitsplätze entstehen nur“, so der Agenturleiter, „bei einem Wirtschaftswachstum von wenigstens 1,8 Prozent und günstigen Rahmenbedingungen für Arbeitgeber. Doch leider werden diese Wachstumsraten gegenwärtig nicht erzielt. Ein deutlicher Rückgang ist darum kurzfristig nicht zu erwarten.“

Quelle: Braunschweiger Zeitung vom 1. April 2005

Fast jeder Wolfsburger hat ein Auto

Bundesweit vorn – In unserer Region gibt es 685 000 Pkw – Diesel-Anteil beträgt 24 Prozent

Von Klaus Sievers

BRAUNSCHWEIG. In Wolfsburg gibt es, bezogen auf die Einwohnerzahl, die meisten Autos. Die VW-Stadt liegt in einer Rangliste aller deutschen Städte und Kreise weit vorn. Das geht aus einer neuen Statistik des Kraftfahrt-Bundesamtes hervor.

Wolfsburg hatte Anfang dieses Jahres fast so viele zugelassene Autos wie Einwohner. Nach der Statistik kommen auf 1000 Einwohner 975 Kraftfahrzeuge. Darunter sind Pkw, Laster, Traktoren und andere Fahrzeuge zusammengefasst.

Bei den Pkw allein kommen in Wolfsburg 885 Fahrzeuge auf 1000 Einwohner. Auch das ist der Spitzenplatz in Deutschland – mit deutlichem Vorsprung vor Ingolstadt (Audi, 792), Düren bei Köln (761), München (BMW, 735), Euskirchen bei Köln (745) und Dingolfing (BMW, 681).

Bezeichnenderweise liegen Städte vorne, die Autoindustrie-Standorte

sind oder nahe an Autofabriken liegen. So schlagen sich in der Wolfsburger Statistik auch die vielen Werks- und Dienstwagen des VW-Konzerns nieder.

Ansonsten gilt grundsätzlich: In Großstädten ist die Autodichte niedriger als auf dem flachen Land, wo die Menschen stärker vom Auto abhängig sind. Deshalb liegen in der Länder-Statistik auch die drei Flächenländer Niedersachsen (680 Pkw je 1000 Einwohner), Schleswig-Holstein (675) und Bayern (598) vorn und Berlin mit 359 ganz hinten. Im gesamten Bundesdurchschnitt sind es übrigens 550 Pkw je 1000 Einwohner.

Ein Fünftel erfüllt Euro 4

Auch für unsere Region gilt dies mit Ausnahme Wolfsburgs: Die niedrigsten Autodichten haben die Großstädte Braunschweig und Salzgitter (siehe Tabelle). Insgesamt waren Anfang dieses Jahres in der Region rund 685 000 Pkw zugelassen.

Ein anderer Trend: In Ostdeutschland gibt es deutlich weniger Autos.

Kfz-Bestand in der Region

Angaben je 1000 Einwohner

	Gesamt	PKW
Wolfsburg	975	885
Kreis Gifhorn	711	578
Kreis Wolfenbüttel	685	581
Kreis Peine	699	588
Kreis Helmstedt	676	566
Kreis Goslar	646	549
Braunschweig	589	517
Salzgitter	586	513

Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt

So liegen neben Berlin die beiden Städte Halle (397 Pkw je 1000 Einwohner) und Leipzig (398) in der deutschen Statistik ganz hinten.

Die Statistiker haben auch ermittelt, wie hoch jeweils die Anteile von Dieselfahrzeugen sind. Bundesweit haben knapp 20 Prozent aller im

Verkehr befindlichen Pkw einen Diesel-Antrieb. In der Region liegt der Schnitt bei 24 Prozent. Ein Fünftel aller rund 165 000 Dieselfahrzeuge in der Region erfüllt übrigens die Euro-4-Norm – und die soll ja im Rahmen möglicher Maßnahmen gegen die Feinstaub-Belastung von Fahrverboten befreit sein.

30 Prozent Frauen-Anteil

Den höchsten Diesel-Anteil in der Region hat Wolfsburg mit 41,9 Prozent, den niedrigsten Salzgitter mit 17,7 Prozent. Braunschweig kommt auf 22,5 Prozent und liegt damit unter dem regionalen Durchschnitt. Dafür hat Braunschweig den höchsten Anteil an PS-starken Fahrzeugen mit Hubräumen über 2000 ccm – immerhin jedes sechste Fahrzeuge fällt in diese Klasse.

Knapp 30 Prozent der Autohalter in unserer Region sind Frauen. Den höchsten Anteil gibt es im Kreis Peine mit 32,9 Prozent, den niedrigsten in Wolfsburg mit 15,5 Prozent. Aber da schlägt wohl durch, dass Werkswagen geschlechtsneutral sind.

Quelle: Braunschweiger Zeitung vom 4. April 2005

Über Statistik lässt sich trefflich streiten

Neue Ehrlichkeit oder Bankrotterklärung der rot-grünen Arbeitsmarktpolitik:
Welche Aussagekraft hat die Zahl von fünf Millionen Arbeitslosen?

VON MATHIAS PHILIPP

Hannover. Dramatischer geht's nicht: „Die höchste Arbeitslosenzahl seit über 70 Jahren“, überschrieb gestern die Nachrichtenagentur apf einen Bericht über die für heute erwartete Rekordmeldung der Bundesagentur für Arbeit. Im Winter 1933 lag die offizielle Arbeitslosenzahl in Deutschland zuletzt über der Marke von fünf Millionen. 1933? Ja, das war das Jahr, in dem sich ein von Massenarbeitslosigkeit und Abstiegsangst gebeuteltes Deutschland den Nationalsozialisten auslieferte.

So verzweifelt ist die Nation heute nicht, und es gibt sogar Menschen, die an der Schreckenszahl etwas Gutes finden. Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement zum Beispiel meint, mit der neuen Statistik, die auch erwerbsfähige frühere Empfänger von Sozialhilfe als arbeitslos zählt (sie bekommen jetzt Arbeitslosengeld II), halte eine neue Ehrlichkeit Einzug. Es gebe nun keine „Dunkelziffer der Arbeitslosigkeit“ mehr.

Das ist nur insoweit richtig, als ein großer Teil des drastischen Anstiegs der Arbeitslosenzahl im Januar nicht darauf zurückgeht, dass etwa Menschen ihren Arbeitsplatz verloren hätten – sondern dass Hunderttausende, die schon bisher keinen Job hatten, erst jetzt auch offiziell arbeitslos sind. Zweck der Übung: Jeder, der in der Lage ist, mindestens drei Stunden am Tag zu arbeiten, soll sich – wenn er denn Unterstützung vom Staat beansprucht – auch tatsächlich um Arbeit bemühen. Und die Arbeitsvermittler sollen jene Leute, die bisher beim Sozialamt vorstellig wurden, auch betreuen und nicht links liegen lassen.

Können wir jetzt wirklich die Zahl der Menschen, die eigentlich bereit sind zu arbeiten, aber keine Stelle finden? Mitnichten, sagen Kritiker. Sie verweisen gern auf die „verdeckte Arbeitslosigkeit“. Wer von den Arbeitsagenturen in eine berufliche Weiterbildung, einen Deutschkurs, eine

Arbeitsbeschaffungs- oder Trainingsmaßnahme vermittelt wird, gilt in der Statistik eben wenig als arbeitslos wie die Empfänger von Existenzgründungszuschüssen. 1,32 Millionen zuvor Arbeitslose steckten laut Bundesagentur für Arbeit im Jahr 2004 zeitweilig in so genannten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen – das sind Tätigkeiten, die es nur dank staatlicher Förderung gibt. Und fast 400 000 über 58-Jährige ohne Arbeit erscheinen nicht in der Statistik, weil sie sich überreden ließen, auf Vermittlungsbemühungen zu verzichten. Sie warten auf die vorgezogene Rente „wegen Arbeitslosigkeit“.

Rechne man die amtlich nicht registrierte so genannte stille Arbeitsmarktreserve mit, seien in Deutschland bis zu sieben Millionen Menschen ohne Arbeit, meint der Nürnberger Sozialpolitik-Professor Hermann Scherl. Allein 1,8 Millionen, sagte Scherl gestern, tauchten in der Statistik nicht auf, weil sie von den Arbeitsagenturen entweder keine Leistungen erwarteten und deshalb auf eine Arbeitslosenmeldung verzichteten oder nach Auslaufen des Arbeitslosengeldes den Kontakt zur Arbeitsagentur nicht weiter aufrecht hielten. „Viele in dieser Gruppe suchen mehr oder minder aktiv nach einem Job“, erläuterte Scherl. Zu diesem aktiven Teil der stillen Reserve gehörten viele Frauen, die nach längerer Unterbrechung wieder ins Berufsleben zurückkehren wollten. „Ein anderer Teil hat die Jobsuche zwar entmutigt aufgegeben, wäre

aber bereit, wieder erwerbstätig zu werden, wenn sich dafür eine Gelegenheit böte. Experten sprechen hier vom passiven Teil der stillen Reserve.“

Für Oppositionspolitiker sind solche Analysen ein gefundenes Fressen. „Die wahre Arbeitslosenzahl von sieben Millionen bleibt weiter verborgen“, sagte gestern die wirtschaftspolitische Sprecherin der Union im Bundestag, Dagmar Wöhrl. Die Regierung tue alles, um besser dazustehen.

„Der Wirtschaftsminister soll uns nicht ein X für ein U vormachen“, schäumte FDP-Arbeitsmarktexperte Dirk Niebel. Doch die stille Reserve hat nicht die rot-grüne Regierung versteckt, sie existiert seit jeher außerhalb der Statistik. Und „arbeitsmarktpolitische

Maßnahmen“ wurden schon mal exzessiver eingesetzt. Legendar ist, wie unter CDU-Kanzler Helmut Kohl kurz vor der Bundestagswahl 1998 die Zahl der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in die Höhe schoss.

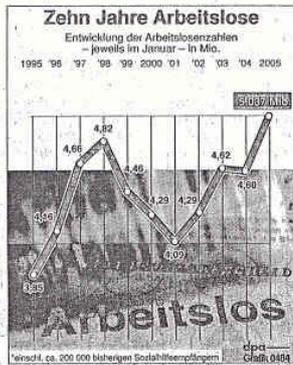
Wollte man ganz genau sein, dürfte man bei einer Generalrevision der Statistik auch viele nicht mehr mitzählen, die heute als arbeitslos gelten. Bereits Anfang 2003 sorgte der Bundesrechnungshof mit der Behauptung für Aufsehen, jeder fünfte arbeitslos Gemeldete suche eigentlich gar keine Arbeit. Scheinarbeitslos sind demnach etwa Mütter, die sich nur deshalb bei der Agentur melden, weil sie sich Rentenansprüche sichern wollen. Auch Jugendliche, die eigentlich nur ein paar Monate

auf eine Lehrstelle warten müssen, melden sich arbeitslos, damit ihre Eltern weiter Kindergeld bekommen.

Man sieht, dass sich um die Statistik trefflich streiten lässt. Ihre eigentliche Aufgabe erfüllen die offiziellen Zahlen, wenn sie Wirtschaft und Politik klar machen, wie viele Arbeitskräfte tatsächlich mobilisierbar sind und wie viele Arbeitsplätze es geben müsste, um den allgemeinen Wohlstand, den Zusammenhalt der Gesellschaft und die Sozialsysteme aufrecht zu erhalten. Und natürlich braucht man aussagekräftige Zahlen, um herauszubekommen, ob andere Volkswirtschaften besser funktionieren.

„Dafür hilft am Besten eine Erfassung nach internationalen Standards, die in Deutschland erst seit einigen Monaten üblich ist. Nach deutschen Kriterien gilt als arbeitslos, wer weniger als 15 Stunden pro Woche arbeitet und sich arbeitslos meldet. In anderen EU-Staaten gilt der Standard der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) – demnach ist arbeitslos, wer erstens nicht eine Stunde arbeitet und zweitens innerhalb von zwei Wochen eine Arbeit aufnehmen kann. Nach diesen Kriterien hätte Deutschland im Dezember statt 4,46 „nur“ 4,13 Millionen Arbeitslose gehabt. Durch Hartz IV wird sich diese Zahl nicht erhöhen.

Kein Wunder, dass sich die Bundesregierung den Vorwurf der Manipulation anhören musste, als sie vor zwei Jahren die Einführung des ILO-Standards ankündigte. Doch es kam überhaupt nicht zu einer Umstellung. Der ILO-Wert ist nur eine Zweit-Zahl, die von der Bundesagentur bei der monatlichen Verkündung der Arbeitslosenstatistik eher am Rande erwähnt wird. Und er ist auch gar nicht dazu angetan, die deutschen Verhältnisse im internationalen Vergleich in strahlendem Licht erscheinen zu lassen. Nur drei von 23 erfassten EU-Staaten hatten im Dezember 2004 eine höhere Arbeitslosenquote als Deutschland: Spanien, Polen und die Slowakei.



Quelle: Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 2. Februar 2005

Analyse der Landtagswahl 2003

Referat Stadtentwicklung und Statistik veröffentlicht detaillierten Wahlbericht

Das Referat Stadtentwicklung und Statistik legt in der Reihe info-line „Wahlen aktuell“ jetzt den Wahlbericht zur Landtagswahl 2003 vor.

Bezogen auf die Landtagswahl vom 2. Februar 2003 analysiert diese Wahlveröffentlichung die Braunschweiger Wahlergebnisse sowie die Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik. Grafische und tabellarische Auswertungen aus verschiedenen Blickwinkeln sowie kartografische Darstellungen der Hochburgen und Kellerbezirke der Parteien veranschaulichen den ausführlichen Analyseteil.

Als Besonderheit enthält die Publikation Informationen zu den Änderungen, die sich durch die Redu-

zierung und Neueinteilung der Niedersächsischen Landtagswahlkreise für Braunschweig ab der nächsten Landtagswahl 2008 ergeben.

Der Niedersächsische Landtag hatte im Dezember vergangenen Jahres die Reduzierung der Wahlkreise von 100 auf 87 sowie die Verringerung der Abgeordnetenzahl von 155 auf 135 ab der 16. Wahlperiode beschlossen. Dadurch ergibt sich für Braunschweig u. a. die Reduzierung von bisher vier auf nur noch drei Wahlkreise. Hierzu enthält der Wahlbericht z. B. Kartenmaterial sowie eine Tabelle mit den Wahlergebnissen der Landtagswahl 2003 umgerechnet auf die von 2008 an für Braunschweig geltenden neu-

en Wahlkreise.

Der Wahlbericht zur Landtagswahl 2003 steht als Ansichtsexemplar auch im Internet unter <http://www.braunschweig.de/landtagswahl> zur Verfügung. Darüber hinaus befinden sich unter <http://www.braunschweig.de/wahlen> in der bekannten Rubrik „Wahlen à la carte“ umfangreiche, grafisch aufbereitete Analyseergebnisse auf der Basis von Wahlbezirken, Stadtbezirken, Gemeindevahlbereichen und Landtagswahlkreisen.

Weitere Druckexemplare sind beim Referat Stadtentwicklung und Statistik, Reichsstraße 3, gegen eine Schutzgebühr von jeweils 5 Euro erhältlich.

Quelle: Braunschweiger Zeitung vom 29. März 2005

WIE MISST MAN INFLATION?

Ein Puzzle aus 350 000 Teilen

Jeder Bürger spürt am eigenen Portemonnaie, wenn das Geld an Wert verliert. Wenn beispielsweise eine Pizza im Restaurant nicht mehr sieben Mark kostet wie vor der Einführung des Euro, sondern, wie inzwischen häufig zu beobachten, sieben Euro, hat sie sich im Preis fast verdoppelt. Bahnfahrten oder der Friseurbesuch werden auch von Jahr zu Jahr teurer. Und für die Kugel Eis, die ganz früher für zehn Pfennige zu haben war, muss man inzwischen 50 Cent auf den Tisch legen. Andere Produkte werden allerdings auch billiger: Digitalkameras, PCs oder DVD-Abspielgeräte. Die subjektiv empfundene Inflation hängt demnach entscheidend von den individuellen Konsumgewohnheiten ab. Wie also wird die offizielle Inflationsrate gemessen?

Zur Ermittlung des Verbraucherpreisindex für Deutschland (VPI) erheben jeweils zur Monatsmitte rund 560 Preisermittler im Auftrag der Statistischen Landesämter und rund 15 Mitarbeiter des Statistischen Bundesamtes Preise für die etwa 750 Waren und Dienstleistungen des so genannten Warenkorb. Die Preisbeobachtung findet in 190 Berichtsgemeinden und knapp 40 000 Berichtsstellen (darunter zum Beispiel Einzelhandelsgeschäfte oder Dienstleister) in ganz Deutschland statt. Insgesamt werden nach Angaben des Statistischen Bundesamtes monatlich rund 350 000 Einzelpreise erhoben. 2004 zogen im Jahresdurchschnitt die Verbraucherpreise in Deutschland durchschnittlich um 1,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr an. Dabei erhöhten sich durch die Gesundheitsreform allein die Ausgaben für Gesundheitspflege um 19,2 Prozent. Ohne die Kosten der Gesundheitsreform wäre die Teuerungsrate 2004 etwa 0,7 Prozentpunkte geringer ausgefallen.

Die Preisveränderungen der einzelnen Waren und Dienstleistungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die ihnen im Budget der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt. Dabei wird die Gewichtung im Normalfall alle fünf Jahre aktualisiert. So geben die Deutschen zunehmend mehr Geld für Wohnung, Wasser sowie Strom aus und weniger für Nahrungsmittel. Darüber hinaus werden Güter, die kaum mehr nachgefragt werden, durch neue Güter ersetzt, beispielsweise Farbbänder für Schreibmaschinen durch Druckerpatronen.

Neben dem VPI berechnet das Statistische Bundesamt seit 1997 auch einen Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) für Deutschland. Dieser wird in allen EU-Mitgliedsstaaten nach einem einheitlichen Verfahren berechnet und dient dazu, für die Europäische Union und die Europäische Währungsunion einen einheitlichen Verbraucherpreisindex zu erhalten.

Die Teuerungsrate in der Europäischen Währungsunion lag in den vergangenen Jahren durchweg höher als in Deutschland. So kletterte 2003 der HVPI der Eurozone um 2,1 Prozent gegenüber 1,0 Prozent in Deutschland. 2004 fiel die Teuerung in der Eurozone mit 2,1 Prozent im Jahresdurchschnitt um 0,3 Prozentpunkte höher aus als hierzulande. Wenn Deutschland inflationsgeschützte Anleihen begibt, dürfte es sich, wie andere Staaten auch, die solche Papiere schon aufgelegt haben, am HVPI der Eurozone orientieren. Insofern spielt dann auch eine Rolle, wie stark die Preise in Frankreich, Italien oder Spanien steigen. Kommt es in Euroland zu einer klar höheren Inflation als in Deutschland, fällt die Rechnung für die Investoren günstig, für Hans Eichel aber ungünstig aus. **RÜP**

Quelle: DIE ZEIT vom 27. Januar 2005

Tankstelle	Normal	Super	Super Plus*	Diesel
Shell Hamburger Straße 221	1,15 ⁹	1,17 ⁹	1,26 ⁹	0,99 ⁹
Tankstelle am Supermarkt Otto von Guericke Straße 2	1,14 ⁹	1,16 ⁹	-----	0,98 ⁴
Jet Gifhorner Straße 146	1,14 ⁹	1,16 ⁹	1,20 ⁹	0,98 ⁹
Shell Hansestraße 34	1,15 ⁹	1,17 ⁹	1,26 ⁹	1,00 ⁹
HEM Im Remenfeld 5	1,14 ⁹	1,16 ⁹	1,20 ⁹	0,98 ⁹
Aral Wallenbütteler Straße 51	1,15 ⁹	1,17 ⁹	1,25 ⁹	1,00 ⁹
Orlen Neustadttring 30	1,15 ⁹	1,17 ⁹	1,21 ⁹	0,99 ⁹
Agip Wendinging 30b	1,15 ⁹	1,17 ⁹	1,21 ⁹	1,00 ⁹

*Shell V-Power und Aral Ultimate 100 statt Super Plus
ADAC-Benzinpreisumfrage vom 1. April, 8:00 bis 8:05 Uhr.

Quelle: Braunschweiger Zeitung vom 2. April 2005

MARKTPREISE

Kartoffeln: Kilo 80 Cent bis 2,20 Euro; **Spitzkohl:** Kilo 1,90 bis 2; **Weißkohl:** Kilo 60 Cent bis 1 Euro; **Wirsing:** Kilo 80 Cent bis 1,90 Euro; **Porree:** Kilo 2 bis 2,90; **Möhren:** 80 Cent bis 1,20; **Blumenkohl:** Kopf 1,90 bis 2; **Broccoli:** 4 bis 5,90; **Radieschen:** Bund: 1,20 bis 1,50; **Tomaten:** Kilo 3,50 bis 5,20; **Cherrytomaten:** Kilo 5,90 bis 9,90; **Paprika:** Kilo 2,90 bis 5,90; **Apfel:** Kilo 1,50 bis 2,90; **Bananen:** Kilo 1,70 bis 2,90; **Spargel:** Kilo 6,95 bis 16; **Erdbeeren:** 500 Gramm 1,80 bis 2; **Weintrauben:** Kilo 4,50 bis 4,90; **Orangen:** Stück 29 bis 80 Cent; **Clementinen:** Stück 20 bis 60 Cent.

Quelle: Braunschweiger Zeitung vom 1. April 2005

Familienstruktur im Wandel

In nur 25 Jahren, dieser Zeitraum entspricht etwa einer Generation, hat die Zahl der Alleinlebenden um 86% zugenommen. Wie das Niedersächsische Landesamt für Statistik mitteilt, fand von 1978 bis 2003 eine tief greifende Veränderung der Art und Weise, wie Menschen in Familien zusammenleben, statt.

Zugleich wandelten sich auch die Strukturen, in denen Kinder aufwachsen. Kinder leben häufiger als noch vor einer Generation ohne Geschwister oder mit nur einem Elternteil. In dem genannten Zeitraum stieg die Zahl der Alleinerziehenden um 73%, während sich die Zahl der von Alleinerziehenden betreuten Kinder um 45% erhöhte.

Die Zahl der Ehepaare mit Kindern sank derweil um ein Fünftel (20%), die Zahl der von ihnen betreuten Kinder ging um 22% zurück. Während die Zahl der Einzelkinder nahezu unverändert blieb, verringerte sich die Zahl der Kinder, die mit Geschwistern in einer Familie aufwachsen, um 20%. Dadurch stieg der

Familientypen und Kinder in Familien 1978 und 2003

Familien- bzw. Haushaltstyp	1978	2003	Veränderung Prozent
	1000		
Ehepaare ohne Kinder	694	980	+ 41,2
Ehepaare mit Kindern	1131	907	- 19,8
Kinder von Ehepaaren	2183	1699	- 22,2
Alleinerziehende	157	272	+ 73,2
Kinder von Alleinerziehenden	231	334	+ 44,6
Einzelkinder	566	557	- 0,6
Kinder mit Geschwistern	1849	1476	- 20,2
Einzelpersonenhaushalte	748	1388	+ 85,6

Quelle: Ergebnisse des Mikrozensus. Die Zahl der Kinder bezieht sich auf die in der Familie lebenden Kinder.

© Niedersächsisches Landesamt für Statistik 2005. Alle Rechte vorbehalten.

Anteil der Einzelkinder von 23% auf 27%. Der Anteil der Kinder, die von nur einem Elternteil betreut werden, stieg von 10% auf 16%.

Zugleich erhöhte sich in diesem Zeitraum die Zahl der Singles und die der kinderlosen Ehepaare. So nahm die

Anzahl der Ehepaare ohne Kinder um 41% zu. Die Zahl der Alleinlebenden hat sich schon fast verdoppelt (+86%).

Insgesamt sieht man einen starken Trend zur Individualisierung und zur Auflösung traditioneller sozialer Bindungen (siehe Tabelle).

Quelle: Niedersächsischer Städtetag (Hrsg.): NST-N 2/2005, S. 40

 Stadt Braunschweig

Öffentliche Bekanntmachung

**Mandatswechsel in den Stadtbezirksräten
Ausscheiden von Ersatzpersonen für die Stadtbezirksräte**
Gemäß § 44 Abs. 7 des Niedersächsischen Kommunalwahlgesetzes (NKWG) in Verbindung mit § 71 der Niedersächsischen Kommunalwahlordnung (NKWO) gebe ich die in der Zeit von Oktober 2004 bis Februar 2005 erfolgten Mandatswechsel in den Stadtbezirksräten bekannt:

ausgeschieden:	Ersatzperson des Wahlvorschlages:
Stadtbezirk 111: Wolfgang Ahrens (SPD)	Listenwahl: Bernhard Blankschyn, Margaretenhöhe 43, 38108
Stadtbezirk 113: Rainer Eggeling (CDU)	Personenwahl: Christian Scheil, Möwenweg 6, 38108
Stadtbezirk 213: Rudi Steinbacher (CDU)	Personenwahl: Günter Bengelsdorf, Bunsenstraße 5, 38126
Stadtbezirk 214: Hans-Jürgen Austermann (SPD)	Listenwahl: Rudolph Förstel, Else-Hoppe-Straße 25, 38124
Rolf Schamlott (CDU)	Personenwahl: Peter Burgdorf, Rüniger Weg 2 A, 38124
Stadtbezirk 311: Manuel Lorenzo Perez (CDU)	_____
Stadtbezirk 413: Gerhard Wandt (CDU)	Personenwahl: Sigrid Knopf, Gifhorner Straße 65, 38112

Die frei gewordenen Sitze sind nach § 44 Abs. 1 NKWG in Verbindung mit § 38 NKWG auf die Ersatzpersonen der Wahlvorschläge übergegangen.
Die Ersatzperson des Wahlvorschlages der SPD im Stadtbezirk 111, Frau Christa Bergholz, ist verstorben.
Die Ersatzpersonen des Wahlvorschlages der CDU im Stadtbezirk 213, Herr Eberhard Heine und Herr Horst Siedentopf, haben die Mandatsübernahme abgelehnt und scheidet daher gem. § 45 Abs. 1 NKWG als Ersatzpersonen für die Wahlperiode aus.
Die Ersatzpersonen des Wahlvorschlages der CDU im Stadtbezirk 311, Herr Horst Bischoff, Frau Caren Höflich und Herr Matthias Schorsch haben die Mandatsübernahme abgelehnt und scheidet daher gem. § 45 Abs. 1 NKWG als Ersatzpersonen für die Wahlperiode aus. Da keine weiteren Ersatzpersonen vorhanden sind, bleibt der Sitz gem. § 44 Abs. 5 Satz 2 NKWG bis zum Ablauf der Wahlperiode unbesetzt.

Der Gemeindevorstand
Dr. Kuhlmann
16. März 2005

Quelle: Braunschweiger Zeitung vom 16. März 2005

Ausblick

Das Statistische Amt war während der 100 Jahre seines Bestehens den laufend, sich zum Teil sehr stark verändernden staatlichen und kommunalpolitischen Verhältnissen ausgesetzt. Es hat dabei seine Aufgabe als Erhebungsstelle, Datenlieferant, unabhängige Informationsaufbereitungsstelle, Trendmelder und kommunales Frühwarnsystem entsprechend den wechselnden gesellschaftlichen Fragestellungen und Problemlagen erfüllt. Die ersten 50 Jahre waren durch die von den Kriegen immer wieder mit Rückschlägen versehene Aufbauphase einer möglichst umfassenden, systematisch aufgebauten, kontinuierlich geführten, auf städtische Bedürfnisse ausgelegten Statistik geprägt. Nach dem 2. Weltkrieg wurden die Datenbestände durch die zahlreichen auf Bundesgesetzen beruhenden Großzählungen, zuletzt mit der Volkszählung 1987, stets auf den aktuellen Stand gebracht.

In den vergangenen fünf Dekaden waren es nicht mehr die politischen Umbrüche, sondern die immer größeren technischen Möglichkeiten, die die Arbeit der städtischen Statistik und Stadtforschung veränderten. Mit dem Einsatz des Personal Computers seit den 80er Jahren hat sich die Arbeit der amtlichen wie auch der kommunalen Statistik grundlegend gewandelt.

Vor welchen Herausforderungen steht die Stadt und was kann/könnte die städtische Statistik und Stadtforschung unter bestimmten Voraussetzungen dazu beitragen, ihnen frühzeitig zu begegnen, um absehbare nachteilige Auswirkungen (Kostensteigerungen, Versorgungsdefizite u. a. m.) zu verhindern oder zumindest so gering wie möglich zu halten? Im Folgenden werden einige konkrete Beispiele ausgeführt. Der mögliche Beitrag der städtischen Statistik und Stadtforschung hängt dabei im Wesentlichen von der Bereitschaft der Beteiligten ab, die entsprechenden organisatorischen Vorkehrungen für einen optimierten Ressourceneinsatz zu treffen.

Die rasend schnelle Entwicklung und Verbreitung der neuen Informations- und Kommunikationstechnik und der neuen Medien ermöglicht und erfordert zugleich ein weit reichendes und umfassenderes Informationsmanagement der Statistikdaten in der Verwaltung als bisher. Dies zu strukturieren und systematisch zu organisieren, durch Zusammenführen der statistischen Datenbestände der anderen Fachdienststellen der Verwaltung in einer Metadatenbank (Datawarehouse-Konzept), um Synergieeffekte, Kosteneinsparungen und kürzere Vorgangsbearbeitungszeiten zu erzielen, ist eine Herausforderung für die unmittelbare Zukunft.

Zahlreiche Fachabteilungen unterhalten eine lediglich auf ihr individuelles Aufgabengebiet bezogene Geschäftsstatistik. Erfolgt die Aufnahme der Daten richtig und strukturiert, können sie der o. a. Metadatenbank zugeführt werden. Dann können unter Einhaltung des Datenschutzes auch andere Fachdienststellen darauf zurückgreifen, z. B. um kleinräumige Strukturdaten für ihre Fachplanung zu gewinnen. Wie die gerade laufenden Arbeiten zum Aufbau eines Geodatenmanagements in der Verwaltung zeigen, amortisiert sich der Einrichtungs- und Umorganisationsaufwand aufgrund der auf breiter Ebene erreichbaren Zeitvorteile von der Datengenerierung über die Datenbereitstellung bis hin zur Vorgangsbearbeitung in relativ kurzer Zeit – bei gleichzeitiger Verbreiterung der Informationsbasis für alle Beteiligten.

Die Zusammenführung statistischer Daten mit unterschiedlichsten flächenbezogenen Informationen bietet dann eine Fülle individueller und schnell generierbarer Informationen für Rat, Verwaltung und Öffentlichkeit, egal ob es sich um ökologische Belange, um Verkehrsbelastungen oder Mobilitätsbedürfnisse, um Fragen der Einzelhandelsituation oder um kleinräumige demografische Veränderungen handelt. Die unterschiedlichsten Daten müssen aber mehr denn je mittels fachübergreifendem statistischem und planerischem Know-how verknüpft werden. Mit den Möglichkeiten der neuen Medien kann nach Umorganisation des inneren Statistikdateninformations-

managements und dem Einsatz am Markt verfügbarer Programme ein nutzerfreundliches, selbstbedienungsfähiges, statistisches Informationssystem für Verwaltung und Politik eingerichtet werden. Damit verliert die Städtestatistik einen Teil ihres deskriptiven Charakters und entwickelt sich zu einer offenen, dynamischen und jederzeit „begehbaren“ Informationsbörse.

Die amtliche Statistik, die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder haben bereits einen interessanten Schritt in diese Richtung unternommen („Masterplan Statistik“). Knappe Ressourcen und die Notwendigkeit, Bürger und Unternehmen von Statistikpflichten zu entlasten waren Anlass, nach neuen Wegen und Möglichkeiten zu suchen. So sollen nach dem Masterplan durch die Nutzung von Verwaltungsdaten und durch die Umstellung aller wesentlichen Wirtschaftsstatistiken auf Online-Verfahren bis hin zur Nutzung von Daten aus Systemen des betrieblichen Rechnungswesens für wirtschaftsstatistische Zwecke wesentliche Entlastungseffekte für die Befragten und spürbare Effizienzsteigerungen bei den Statistikproduktionsprozessen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder erzielt werden (siehe Nieders. Landesamt für Statistik: Niedersachsen-Monitor 2004, Hannover 2004, Seite 54 ff.).

Mit dem Masterplan wird ein weit reichender Systembruch vollzogen. Er führt zu einer Ausdünnung der statistischen Beobachtungsfelder, zur Reduzierung der Erhebungsfrequenz und vor allem zu einer Zentralisierung der Statistik auf Ebene der Länder und des Bundes. Die kommunale Ebene wird Stück für Stück von den Rohdateninformationskanälen abgeschnitten, wie heute bereits im Falle des genehmigungsfreien Bauens von Ein- und Zweifamilienhäusern nach § 69 a NBauO. Unter derartigen Rahmenbedingungen fundierte Planungsgrundlagen für die Fachabteilungen der Verwaltung zusammenzustellen wird für die Stadtforschung immer schwieriger. Folge: Die größten Informationsdefizite müssen von der Kommune notgedrungen durch eigene statistische Erhebungen ausgeglichen werden. Einen Vorteil wird der „Masterplan Statistik“ jedoch bringen: Wenn das System steht, werden die Daten vermutlich schneller öffentlich zur Verfügung stehen.

Breit angelegte Volkszählungen, wie sie zuletzt 1987 inklusive Berufszählung, Arbeitsstättenzählung sowie Gebäude- und Wohnungszählung durchgeführt wurden, wird es trotz der Verpflichtung durch die EU aufgrund des nach dem herkömmlichen Verfahren immensen Kostenaufwands in Zukunft nicht mehr geben. An deren Stelle wird es 2010/2011 einen Zensus auf der Basis von Registerauswertungen geben. Das klingt einfach, ist es aber bei weitem nicht. Während bislang diejenigen gezählt wurden, die am Ort wohnen, werden künftig nur diejenigen gezählt, die von den Melderegistern erfasst sind. Unangemeldet am Ort lebende Personen werden daher nicht mitgezählt, ebenso wie eine unbekannte Zahl an so genannten „Karteileichen“ nicht in Abzug gebracht werden. Was von den Bundes- und Landesstatistikern als „technisch und methodisch lösbares Problem“ definiert wird, kann sich für den Stadtentwickler, den Kämmerer und den Rat der Stadt zu einem ernsthaften Problem mit nachhaltiger Wirkung entpuppen: 2.000 Einwohner mehr oder weniger nach der Registerauswertung „amtlich attestiert“ zu bekommen, kann nach dem gegenwärtigen System des kommunalen Finanzausgleichs die finanzielle Lage einer Stadt maßgeblich beeinflussen. Wenn jedoch keine eigenen verlässlichen Daten darüber vorliegen, ob die im Rahmen des Zensus amtlich festgestellte Einwohnerzahl richtig, d. h. fehlerfrei ermittelt wurde, hat die Stadt keine Handhabe, gegen eine evtl. fehlerhaft ermittelte Einwohnerzahl zu klagen.

Um die Registerauswertungsergebnisse des Landes oder des Bundes qualifiziert beurteilen zu können und damit die finanzielle Basis, die kommunale Selbstverwaltungshoheit und die Planungshoheit aufrecht erhalten zu können, werden hier wie im vorherigen Beispiel ebenfalls zusätzliche eigene stichprobenartige statistische Erhebungen erforderlich werden.

Die Beobachtung, Analyse und Prognose demografischer Entwicklungslinien wird daher eine der wesentlichen Aufgaben städtischer Statistik und Stadtforschung bleiben. Frühzeitige und differenzierte Kenntnisse über den demografischen Wandel sind für eine vorausschauende Planung und Sicherung der sozialen Infrastruktur (Kindergärten, Schulen, Alteneinrichtungen), der technischen Infrastruktur (Verkehr, Energie, Wasser/Abwasser), aber auch des Wohnungs- und Baulandangebotes von entscheidender Bedeutung. Gerade diese Sektoren kommunaler Daseinsvorsorge

beeinflussen die Attraktivität Braunschweigs als Wohn- und nicht zuletzt auch als Wirtschaftsstandort im Kontext der Standortkonkurrenzen erheblich.

In weiten Teilen verfügen Statistik und Stadtforschung über aktuelle und kleinräumige Datengrundlagen, um die o. a. kontinuierliche Analyse von Entwicklungsverläufen durchführen zu können. Daneben gibt es aber auch entscheidende Parameter, über die nur unzureichende Kenntnisse vorhanden sind. Hier ist z. B. die Zahl und die Struktur der Haushalte zu nennen. Insbesondere für die nachfragegerechte Bereitstellung von Wohnbauland oder Wohnungen ist die Zahl der Haushalte – und nicht die Einwohnerzahl – die entscheidende Bezugsgröße. Da die Zahl der Haushalte nicht von der amtlichen Statistik kontinuierlich erhoben wird – dies geschah nur in Volkszählungen –, bereitet die Stadtforschung den Einsatz eines in Kooperation mit anderen Städten entwickelten Programms vor, das aus der Einwohnerdatei heraus die Zahl der dahinter stehenden Haushalte berechnen kann.

Der Einsatz des Programms ermöglicht, wesentlich früher als heute die Veränderungen der Struktur der Haushalte und ihrer Wohnungsnachfrage erkennen zu können. Der Aufbau einer „schlanken Wohnungsmarktbeobachtung“, ergänzt um das Instrument der kommunalen Umfragen, dürfte für alle Beteiligten von großem Nutzen sein. Eine zwischen der Stadtverwaltung und den wichtigsten Wohnungsanbietern in der Stadt abgestimmte Wohnungsmarktbeobachtung kann dazu beitragen, dass alle Mitwirkenden näher an der Nachfrage orientiert planen und investieren können.

Kommunale Umfragen sind in vielen deutschen Großstädten fester Bestandteil des Aufgabenprofils von Statistik und Stadtforschung. Sie sind ein qualitatives „Frühwarnsystem“ zur Erfassung der vor Ort relevanten gesellschaftlichen Veränderungen. In Braunschweig war es mangels Personal bisher nur möglich, punktuell und durch Beauftragung teurer externer Befragungsinstitute Bürgerumfragen durchzuführen. Kommunale Umfragen müssen wie Kundenbefragungen in der Wirtschaft systematisch vorbereitet und aufgebaut sein, um nach einem einheitlichen Raster und in regelmäßigen Abständen das Meinungsbild eines repräsentativen Querschnitts der Bevölkerung abfragen zu können. Sie sind ein flexibles Instrument zur Gewinnung qualitativer Informationen über die sozialen oder stadtentwicklungsrelevanten Prioritäten der städtischen Bevölkerung.

In Zeiten einer „Mediendemokratie“ besteht leicht die Gefahr, methodisch zweifelhaften Rankingstudien mehr Bedeutung beizumessen als eigenen fundierten Recherchen und Analysen. In jüngster Vergangenheit sind einige Zeitungen und Magazine dazu übergegangen, Forschungsinstitute oder Konsortien von Forschungsstellen mit einer vorgeprägten Fragestellung zu beauftragen, Rankinglisten über die 440 deutschen Städte und Landkreise zu erstellen. Diese Studien erweisen sich bei genauerem Hinsehen in der Regel als extrem Effekt heischend und lediglich dem Zweck der Umsatzsteigerung dienend. Oftmals werden große Mengen statistischer Daten unterschiedlicher Quellen, unterschiedlicher Konsistenz und Qualität oder einfach Blitzumfrageergebnisse in einen großen Topf geworfen, um daraus dann die „Top 10-Städte“ oder das Schlusslicht, den strukturschwächsten Landkreis o. ä. zu küren. Bei genauerer Recherche der Ergebnisse stellt sich oftmals heraus, dass lediglich ein Bruchteil (ca. 25%) des verwendeten Datenmaterials öffentlich zugänglich und damit nachvollziehbar ist, der gesamte Rest – also 75 % – eben nicht (Anmerkung: Diese Erfahrungswerte wurden im Laufe des Jahres 2004 bei zurückverfolgten Rankingstudien gewonnen).

Diesen feinen Unterschied zur städtischen und zur amtlichen Statistik zu kennen, ist entscheidend, wenn eine Diskussion über den Wert, den Nutzen oder über die „gefährliche Wissenschaft der Zahlen“ geführt wird, wie es 1905 im Vorfeld der Einrichtung der städtischen Statistikstelle in Braunschweig typischerweise getan wurde. Vor dem gezielten tendenziösen Gebrauch statistischer Daten ist man heute wie damals nicht gefeit. Sich auf eine Statistik zu berufen ist leider eine oft gewählte Methode, um zum Beispiel einem auf eine einfache Formel oder „knackige“ Schlagzeile reduzierten Vor-Urteil den Schein von Wahrhaftigkeit oder Seriosität zu verleihen.

Statistik wird nachweislich seit mehr als 100 Jahren kritisch betrachtet. Erfahrungsgemäß läuft jedoch nur derjenige, der nicht über die Kenntnis der Ungenauigkeiten der jeweiligen statistischen Datenbasis verfügt aufgrund eben dieser Unkenntnis leichter Gefahr, die Zahlen im falschen Sinne anzuwenden. Statistik wird gelegentlich - insbesondere wenn es gerade sachdienlich ist - als entbehrlich dargestellt oder bewusst als Mittel zum Zweck eingesetzt. Churchills Ausspruch „Ich glaube nur an Statistiken, die ich selbst gefälscht habe“, wie auch Simone de Beauvoirs Feststellung „Die hinterhältigste Lüge ist die Auslassung“ gingen nicht von ungefähr um die Welt. [Weitere erheiternde und ernüchternde Zitate und Beispiele, die über Statistik und Statistiker kursieren, befinden sich im Anhang VIII].

Bereits 1905 bei der Gründung der Statistikstelle und zum 50jährigen Bestehen 1955 wurde auf die Notwendigkeit wissenschaftlich ausgebildeten Fachpersonals für die Bearbeitung der Aufgaben der städtischen Statistik und Stadtforschung hingewiesen. Dies gilt heute gleichermaßen fort, da der Anteil einfacher Arbeiten, die kein tieferes methodisches Vorwissen erfordern und von Verwaltungskräften ausgeführt werden können, rückläufig ist. Um einen hohen praktischen Gebrauchswert der Städtestatistik nachhaltig gewährleisten zu können, ist es erforderlich, die Personalstruktur der städtischen Statistik und Stadtforschung stets an den insgesamt komplexer werdenden Arbeitszusammenhängen auszurichten. Mit moderner Informationstechnologie und entsprechend qualifiziertem Personal sind auch die Informationsbedürfnisse der Zukunft zu bewältigen.

Bei der Statistik verhält es sich ähnlich wie mit dem Geld: Statistik ist längst nicht alles, aber ohne solide Statistik ist alles nichts. Dies gilt vor allem für die kommunale Ebene, die im Gegensatz zu Land und Bund aufgrund der unmittelbaren Nähe zum Bürger in besonderer Weise gefordert ist, auf statistisch und fachlich fundierten Planungsgrundlagen sachgerechte und tragfähige Entscheidungen zu treffen. In diesem Sinne ist die Feststellung von Prof. Dr. Elisabeth Noelle-Neumann, „Statistik ist das Informationsmittel der Mündigen“, eine geeignete Basis, um in der städtischen Statistik und Stadtforschung vernünftig weiter arbeiten zu können.